

Rundbrief

Forum Umwelt & Entwicklung

3/2007



NGOs als politische Akteure

Instrumente, Möglichkeiten und Grenzen

NGOs als politische Akteure

Instrumente, Möglichkeiten und Grenzen

Inhalt

Editorial 2
Jürgen Maier

Schwerpunkt: NGOs

Nichtregierungsorganisationen und Mobilisierung Mitten im Leben oder eine Welt für sich? 3
Jürgen Maier

Was vom Tage übrig blieb - Nachlese der G8-Proteste 4
Mona Bricke

Organize! - Nichtregierungsorganisationen brauchen Mobilisierung 6
Alexis J. Passadakis

Gerechtigkeit Jetzt! – Die Welthandelskampagne Anmerkungen zum Ende einer Kampagne 7
Friedel Hütz-Adams

Von Heiligendamm nach Neurath - Die Klimaschutzbewegung in Deutschland nimmt Fahrt auf 9
Matthias Seiche

NGOs und Gewerkschaften - Kooperation mit starken Perspektiven 10
Tina Löffelsend

Ungleiche Chancen für alle - NGOs zwischen eigener Lobbyarbeit und Machtungleichgewichten ... 12
Ulrich Müller

Internet sinnvoll nutzen - Chancen und Bedingungen erfolgreicher Online-Kampagnen 13
Günter Metzges

Zu schwer, den Wolf unterm Schafspelz zu finden? NGOs und Weltbank, ein komplexes Verhältnis.... 15
Regine Richter

Ownership als Grundlage internationaler Konferenzen? - Zivilgesellschaftliche Konferenz zur ländlichen Entwicklung 16
Roman Herre

Internationale zivilgesellschaftliche Vernetzung zur Biologischen Vielfalt - Erfahrungen und Herausforderungen 17
Günter Mitlacher

Geld für Gutes - Finanzierung von NRO im Zeitalter von Corporate Citizenship und konsolidierter Haushalte 18
Martina Schaub

Pro & Contra

Breite Bündnisse – eine Chance, die es zu nutzen gilt oder ein folgenschweres Wagnis? 20
Dr. Ulla Mikota, Werner Rätz, Peter Wahl

Aktuell

Verteidigung der Exportinteressen der EU - EU-Kommission will ein Pro-Umwelt-Urteil der WTO kippen 23
Jürgen Knirsch

UNCCD soll wieder Fahrt aufnehmen Umsetzung der Wüstenkonvention hinkt Ansprüchen hinterher..... 25
Carsta Neuenroth

Themen & AGs

Facettenreiche AG-Wasser - Neues Schwerpunktprogramm verabschiedet..... 26
Nikolaus Geiler

„International Year of Sanitation“ der Vereinten Nationen..... 27
Andrea Wachtler

Grüne Revolution in Afrika - Ernährungssicherheit bleibt auf der Strecke..... 29
Uwe Hoering

Der steinige Weg zu guten COP9-Beschlüssen SBSTTA12 in Paris, 2.-6. Juli 2007 30
Susanne Gura

Auswirkungen der Öl-Kluft auf den Verkehr Chancen für sinkende Treibhausgasemissionen 31
Manfred Treber

Flugverkehr und Emissionshandel Heiße Phase im EU-Parlament..... 33
Sven Harmeling

Internationale Wohnrechts-Kampagne startet im Oktober/Forum und MISEREOR gegen Zwangsräumungen 34

Veranstaltungen / Veröffentlichungen 35



Forum Umwelt und Entwicklung

Impressum:
Herausgeber:
Projektstelle Umwelt & Entwicklung
Am Michaelshof 8-10
53177 Bonn
Telefon: 0228-35 97 04
Fax: 0228-923 993 56
E-mail: info@forumue.de
Internet: www.forumue.de

Verantwortlich: Jürgen Maier
Redaktion: Monika Brinkmüller
Serviceteil: Bettina Oehmen
Layout: Stefan Schober
(www.diesigns.com)

Das Forum Umwelt & Entwicklung wurde 1992 nach der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung gegründet und koordiniert die Aktivitäten der deutschen NRO in internationalen Politikprozessen zu nachhaltiger Entwicklung. Rechtsträger ist der Deutsche Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

Diese Publikation wurde vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanziell gefördert. Der Inhalt gibt nicht unbedingt die Meinung des BMZ wieder.

Die nächste Ausgabe des Rundbriefs erscheint im Dezember 2007.

Liebe Leserinnen und Leser,

Wer kennt es nicht: so sehr wir uns in den NGOs auch engagieren, manchmal hat man einfach das Gefühl, dass das alles nicht viel bringt. Dass auch die NGOs längst integriert worden sind in eine große bürokratisch-politische Maschinerie, in der zwar jeder sagen kann was er will. Dass es aber es letztlich auch völlig egal ist, was man sagt und ob man es sagt – Veränderungen sind doch nur unendlich langsam und in winzigen Trippelschritten möglich. Das Phänomen hat auch schon einen Namen bekommen: »Participation overkill«. Wir rennen von Sitzung zu Sitzung, publizieren Positionspapier auf Positionspapier – und erreichen doch herzlich wenig.

Mit unserer Wahrnehmung durch unsere politischen Gegenseiten deckt sich das nicht unbedingt. Wer abseits des öffentlichen Rampenlichts ein Bier mit Vertretern beispielsweise der Stromkonzerne trinkt, stellt rasch fest, welcher Frust sich dort angestaut hat: Buhmänner der Nation sind sie geworden, Stromkunden laufen davon, die Erneuerbaren Energien haben sich zu einem gigantischen Wachstumsmarkt entwickelt, in dem sie kaum vertreten sind und der sie immer mehr Marktanteile kostet, der Atomausstieg ist einfach nicht aus der Welt zu schaffen, selbst Kohlekraftwerke geraten immer mehr ins Kreuzfeuer der Kritik – und wer ist daran schuld? Diese Ökos, diese Rattenfänger denen die Öffentlichkeit willenlos hinterherläuft.

Die Wahrheit liegt wie so oft irgendwo dazwischen. Aber klar sein dürfte auch, dass das Jahr 2007 bisher gezeigt hat, dass wir mehr erreichen können, wenn wir ab und zu den Druck auf die Politik wieder erhöhen können, indem wir größere Menschenansammlungen zusammenbringen. Wenn wir uns mehr öffnen für junge Aktive, die weder Lust auf die berühmte Ochsentour in einer politischen Partei noch auf ähnlich gelagerte Phänomene in einer größeren NGO haben. Wenn wir öfter mit kreativen Aktionen ins Fernsehen kommen. Wenn wir gesellschaftliche Mehrheiten für unsere Ziele überzeugender ins gesellschaftliche Bewusstsein tragen können als nur mit ein paar Umfragen, zum Beispiel mit ungewohnten Bündnispartnern. Aber wie gehen wir das am besten an?

Dieser Frage geht der vorliegende Rundbrief nach – und übrigens auch das diesjährige Plenum des Forums Umwelt & Entwicklung am 26.-27. September in Berlin, zu dem ich Sie herzlich einladen möchte. Das Programm haben Sie schon erhalten, Sie finden es aber auch noch mal unter www.forumue.de. In gewisser Weise ist dieser Rundbrief damit auch die Tagungsmappe für das Plenum...

Erbauliche Lektüre wünscht



Jürgen Maier



Jürgen Maier

Nichtregierungsorganisationen und Mobilisierung

Mitten im Leben oder eine Welt für sich?

Das Jahr 2007 ist für viele Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in Deutschland in ungewohntem Ausmaß davon geprägt, Menschen zu Aktionen zu mobilisieren. Dabei gehört diese Mobilisierung für viele NGOs eigentlich nicht zum Tagesgeschäft. Die positiven Erfahrungen machen allerdings deutlich, dass sich NGOs mit der Einbindung der Basis befassen müssen, wenn sie mehr Einfluss auf das politische Geschehen nehmen wollen.

Nach den vielfältigen Aktionen und Veranstaltungen zum diesjährigen G8-Gipfel steht mit dem Internationalen Klima-Aktionstag am 8. Dezember ein zweiter Anlass ins Haus, bei dem es darum geht, Menschen auf die Straße zu bringen. Die teilweise überraschend hohen Besucherzahlen bei Veranstaltungen wie der G8-Demo in Rostock, dem McPlanet-Kongress im Mai oder dem G8-Alternativgipfel haben zwar gezeigt, dass die Bereitschaft gerade junger Menschen, sich zu engagieren, durchaus sehr hoch ist. Um ehrlich zu sein, stellen sich aber für viele NGOs eine ganze Reihe von Fragen, wenn es darum geht, mit solchen Aktionen den Druck auf die Politik zu erhöhen. Wie mobilisierungsfähig ist eigentlich eine durchschnittliche NGO in Deutschland? Und wo kann jemand in die deutsche NGO-Szene einsteigen, der dazu beitragen möchte, dass nicht mehr nur geredet, sondern gehandelt wird?

Kernkompetenzen

Auf diese Fragen gibt es natürlich nicht die eine Antwort, sondern vermutlich mindestens genauso viele Antworten wie NGOs. Aber es ist wichtig, dass diese Frage ab und zu gestellt wird. Unsere Kernkompetenzen als NGOs sind es, Menschen für Ideen, Werte und Konzepte zusammenzubringen und daraus politischen Druck zu entwickeln. Ab und zu ist eine kritische Reflexion erforderlich, inwieweit wir dies noch schaffen und wo wir uns möglicherweise ab und zu was neues einfallen lassen müssen. Genau dieses soll beim diesjährigen Plenum des Forums am 26.-27. September stattfinden. Es gibt Leute, die das Phänomen »Nichtregierungsorganisation« für

einen der am meisten überschätzten politischen Akteure halten. Aus der relativ durchgehenden Ignoranz der Regierungen gegenüber NGOs wurde nach dem Erdgipfel von Rio 1992 fast schon eine Art »Partnerschaft« – jedenfalls in manchen UN-Dokumenten, die in Rio verabschiedet wurden. Die Ernüchterung folgte bald auf dem Fuß, und heute müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass aller schönen Worte zum Trotz die Durchsetzung selbst kleinster Facetten von »nachhaltiger Entwicklung« weniger von guten Argumenten oder UN-Beschlusslagen abhängt, sondern von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen. Diese wiederum kann man ändern, und das ist letztlich unser Job.

In Umfragen genießen Umweltorganisationen und Entwicklungs-NGOs allgemein ein hohes Vertrauen in der Öffentlichkeit – ein weitaus höheres als Parteien, Unternehmen oder staatliche Institutionen. Was aber machen wir aus diesem enormen politischen Kapital? Viele NGO-Akteure sind zu vorgerückter Stunde ausgesprochen kritisch gegenüber den Zuständen in ihren eigenen Organisationen oder Netzwerken. Enorme interne Reibungsverluste werden beklagt, inhaltlicher und personeller Stillstand, Führungsschwäche in den Führungszirkeln, bürokratische Lethargie und so weiter. Mag alles sein – aber in Regierungen, Parteien und Unternehmen ist es vermutlich noch schlimmer. Mit dieser vermutlich auch weitgehend zutreffenden lapidaren Feststellung könnten wir uns jetzt begnügen. Sollten wir aber nicht – denn schließlich wollen wir ja die Welt verändern und nicht im eigenen Saft schmoren.

Breite oder Tiefe?

Wie dem auch sei – zutreffend ist sicher, dass wir zumindest in der politischen Landschaft Deutschlands heute zwar manche Dinge blockieren können, aber nur selten eine positive politische Agenda setzen können, auf die andere reagieren müssen. NGOs spielten und spielen beispielsweise eine wesentliche Rolle dabei, die weitere Deregulierung des Welthandels nach den Paradigmen der WTO aufgehalten zu haben, aber was kommt danach? Eine positive, proaktive politische Agenda verlangt, die eigenen Positionen zu konkretisieren und weiterzuentwickeln – aber wenn man nicht aufpasst, geht das schnell auf Kosten der politischen Breite.

In der Klimapolitik sind wir heute an einem Punkt angekommen, wo zwar niemand mehr offen gegen Klimaschutz argumentiert, aber de facto die fossile Blockadelobby nach wie vor enormes Verhinderungspotenzial hat. Immerhin haben die Entscheidungsträger der meisten Umweltorganisationen nun dafür gesorgt, dass mit der Klima-Allianz ein neues Bündnis entstanden ist, dass es in dieser Breite wohl seit der Nachrüstungsdebatte vor 25 Jahren nicht mehr gegeben hat. Ein tatsächlicher Durchbruch gegen die fossile Blockadelobby wird nur möglich sein, wenn die Politik das unmissbare Signal bekommt, dass die politischen Kosten höher sind, wenn man dieser Blockadelobby nachgibt als wenn man einer gesellschaftlichen Mehrheit für Klimaschutz folgt. Bisher hat sich die Klima-Allianz auf der Funktionärssebene hervorragend in der Öffentlichkeit präsentieren können, aber auf Dauer muss sie auch Menschen zu Aktionen mobilisieren können, wenn sie sich durchsetzen will.

Nur ein kleinerer Teil der 70 Mitgliedsorganisationen ist tatsächlich eine flächendeckend präsente Mitgliederorganisation mit einer breiten Basis. Die Herausforderung, die eigenen Leute auf die Beine zu bringen, ist der eine Teil. Der zweite ist es, für die vielen unorganisierten Menschen tatsächlich ein Angebot machen zu können, dass es sich lohnt in den NGOs aktiv zu werden. Was haben wir diesen Menschen zu bieten? Sind

professionelle Bundesgeschäftsstellen der Herausforderung gewachsen, beispielsweise mit neu entstehenden lokalen Bürgerinitiativen gegen Kohlekraftwerke produktiv zusammenzuarbeiten?

Fantasievolle Mobilisierung

Gelungen ist dies sicherlich bei der Welthandelskampagne »Gerechtigkeit Jetzt«. Auch bei den Aktionen zum G8-Gipfel in Rostock waren die Großpuppen ein nicht nur medial stark präsentenes Zeichen, wie fantasievolle Mobilisierung aussehen kann. Doch bei näherem Hinsehen fällt auf,

dass der Rückhalt für die Kampagne in der NGO-Szene rasch nachließ, sobald die WTO in die Krise kam und das Handelsthema auf der politischen Agenda zweitrangig wurde. Sie war schlussendlich zwar formal von NGOs getragen, aber wurde immer mehr de facto zu einem Bündnis von Aktionsgruppen, deren Potenzial von den meisten Träger-NGOs kaum zur Kenntnis genommen wurde. Da hätte man mehr draus machen können.

Wir werden nicht umhin kommen, uns diesen Fragen offen zu stellen, wenn wir auf das politische Geschehen stärker Einfluss nehmen wollen.

Dabei wird es sicher auch einen Wettbewerb unter den NGOs geben – wer sich am erfolgreichsten für neue Aktive öffnet, wird die meiste Dividende in Form neuer Mitglieder und erhöhter Medienpräsenz ernten. Aber es wird den politischen Entscheidungsträgern auch abverlangen, dass die Neuen mitreden und mitbestimmen wollen, und vieles dann anders werden kann. Wer das auf die Reihe bekommt, hat gewonnen.



Jürgen Maier

Der Autor ist Geschäftsführer des Forums Umwelt und Entwicklung.

Was vom Tage übrig blieb

Nachlese der G8-Proteste

Was bleibt im Gedächtnis, wenn wir Monate später an den G8-Gipfel und die Proteste zurück denken? Was sollten sich deutsche Nichtregierungsorganisationen für die Zukunft merken? Welche Ansätze müssen weiter verfolgt werden?

Haften geblieben ist für mich aus all den beeindruckenden, begeisternden, beängstigenden Bildern und Erlebnissen der Tage um den G8-Gipfel vor allem dies: Wie sich die Bilder, die um die Welt gingen und mit ihnen die Berichterstattung und die öffentliche Wahrnehmung der Proteste fast täglich von einem Extrem ins andere wandelten: Erst die bunte Vielfalt und der beeindruckende Einfallsreichtum der Großdemonstration mit 80 000 Menschen die am 2. August durch die Rostocker Innenstadt zog, dann die Bilder von brennenden Autos, Steinerwerfern (unter ihnen sah ich sowohl Demonstranten als auch Polizisten), Wasserwerfern, die in die verängstigte Menge hinein fuhren, während vor der Bühne der Abschlusskundgebung Tausende ausgelassen feierten. In den darauf folgenden Tagen schien es fast so, als sollten dies die vorherrschenden Bilder der G8-Proteste sein.

Wichtig für die Weichenstellungen zukünftiger NGO-Politik sind aber nicht hauptsächlich diese Bilder, sondern diejenigen, die am Mittwoch und Donnerstag, den Tagen des eigentlichen G8-Gipfels um die Welt gingen. Was war dort zu sehen?

Die Macht der Bilder

Tausende von zumeist jungen Menschen, unter ihnen neben attac und Autonomen auch viele von kirchlichen,

Umwelt- und Gewerkschaftsjugendorganisationen zogen mit bunten Fahnen durch grüne Felder, vorbei an Polizisten, die dieser „fließend“ gewaltfreien Form des Widerstands nicht gewachsen waren und ließen sich auf den Zugangsstraßen nach Heiligendamm nieder um sie zu blockieren. Damit setzten sie sich nicht nur gegen die Politik der G8 zur Wehr, sondern auch gegen das ihrer Meinung nach demokratiegefährdende weiträumige Demonstrationsverbot, das für die Gipfeltage rund um den Zaun erlassen, wieder aufgehoben und dann in letzter Instanz, trotz heftiger demokratischer Bauchschmerzen der Karlsruher Richter, von oberster Stelle bestätigt wurde. Dort harrten sie dann tagelang aus, und brachten für viele Stunden die minutiöse Planung des milliardenteuren Gipfelspektakels zum Erliegen. Im Endeffekt hat das den G8-Gipfel nicht verhindert – es war aber auch keine reine Symbolpolitik. Denn es geht bei solchen Gipfevents zwar um die Hoheit über die Bilder, die die Welt wahrnimmt. Aber es geht auch um die Überwindung des Ohnmachtsgefühls, das so viele auch gerade engagierte junge Menschen angesichts des Abgrundes ergreift, an dessen Rand sie sich sehen: der Abgrund der weltweiten Armut, der Abgrund des drohenden Klimakollapses. Was sie wahrnehmen ist, dass die G8 unverdrossen weiter auf das „Business as Usual“ der

Profitmaximierungslogik setzen, auch wenn sie etwas „Window Dressing“ bezüglich Afrika oder Klima betreiben. NGOs in Deutschland, die in Sachen Afrika oder Klimawandel wirklich etwas erreichen wollen, brauchen diese Menschen: sie brauchen die Ideen, den Idealismus, aber auch die Verzweiflung und die produktive Wut. Denn ohne massiven Druck „von der Straße“ wird sich zumindest in Sachen Klimawandel nicht rechtzeitig das Ruder herumreißen lassen.

Welche Macht die Bilder der Blockaden in anderen Teilen der Welt hatten, zeigten die Reaktionen der internationalen Gäste des Alternativgipfels, der vom 5. bis 7. Juni in Rostock stattfand. Viele der international bekannten NGO-Größen und Wissenschaftler, die an Veranstaltungen teilnahmen, allen voran Jean Ziegler und Vandana Shiva, machten klar, wie dramatisch sie die Lage bezüglich der zentralen Themen des G8-Gipfels, Afrika und Klimawandel einschätzten. Zahlreiche internationale Gäste solidarisierten sich bedenkenlos mit den Blockierern und sprachen davon, wie bewegend und richtungweisend sie diese Form des Protestes fänden.

Warum reagierten die Vertreter der meisten deutschen NGOs so verhalten, obwohl der internationale Jubel groß war? Oft zu hören ist das Argument, solche Mittel des zivilen Ungehorsams bzw. des gewaltfreien Widerstandes, wie sie in fernen „Entwicklungsländern“ für verständlich und unterstützenswert gehalten werden, seien in unserer Demokratie nicht nötig und nicht zulässig. Maßen wir uns also an, davon auszugehen, unsere Demokratie sei perfekt, während andere (z. B. Indi-



Foto: Flickr/Guerilla

en, die „größte Demokratie der Welt“) auf deren Verteidigung und Verbesserung angewiesen seien?

Wo geschieht Veränderung?
oder: back to the roots!

Vandana Shiva auf dem Alternativgipfel oder Meena Rahman beim McPlanet Kongress, halten uns dezidiert entgegen, dies sei kein schlagendes Argument, wenn uns allen das Wasser zwar gleichermaßen bis zum Hals steht, aber diejenigen, die zuerst und am heftigsten die Folgen des Klimawandels zu spüren bekommen, eben dort und nicht hier sitzen. Der Widerstand gegen eine desaströse Klimapolitik muss hier bei uns beginnen und dazu brauchen wir Mittel und auch Bündnisse, die über diejenigen hinaus gehen, die NGOs in Deutschland als ihre ureigenen wahrnehmen. Gegen neu geplante Kohlekraftwerke, gegen die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken, für eine ökologisch und sozial verträgliche Lebens- und Wirtschaftsweise werden wir streiten müssen. Die normative und auch die bürokratische Macht des Faktischen, in diesem Falle der Wachstums- und Profitmaximierung ist so stark, dass es unmöglich sein wird, das Ruder rechtzeitig herum zu werfen, wenn es nicht breiten gesellschaftlichen Widerstand gibt, der grundsätzliche Veränderungen anschiebt und hervorbringt. Das Verharrensvermögen derjenigen, die die politische Macht in Händen halten ist mindestens so groß wie das jedes und jeder Einzelnen. Wir alle wissen im Grunde genommen genau, dass unsere und die Zukunft unserer Kinder auf dem Spiel stehen, und wenn nicht

das bare Leben, so doch zumindest die Vorstellung eines lebenswerten Lebens für möglichst viele Menschen auf dieser Erde. Und wir alle haben trotzdem nicht alle Konsequenzen gezogen, die wir persönlich und politisch ziehen müssten. Dies kann nicht allein eine Frage der individuellen Entscheidung sein, sondern muss Teil eines radikalen kollektiven Umdenkens werden, das innerhalb von ein paar Jahren zumindest begonnen haben muss. Die Ergebnisse der Klimakonferenz in Bali werden für diesen Umsteuerungsprozess von Bedeutung sein, aber dies ist nicht der einzige, wohl noch nicht einmal der hauptsächlich wichtige Ort der Entscheidung über unsere Zukunft. Der eigentliche Ort der Entscheidung liegt in den Köpfen und Herzen der Menschen, für die sowohl Politiker als auch NGOs behaupten, ihre Politik zu machen. Nur mit ihnen und durch sie, durch uns alle, wird eine ökologische und gerechte Welt entstehen.

Ansätze für solche Bewegungen gibt es bereits. In England ging vor kurzem das zweite internationale Klimacamp zu Ende, das dieses Jahr am Flughafen Heathrow stattfand, während im Vorjahr die Zelte vor einem Kohlekraftwerk aufgeschlagen worden waren. Am 8. Dezember 2007, kurz vor der Klimakonferenz in Bali, findet ein weltweiter Aktionstag zum Thema Klima statt, an der Mobilisierung beteiligen sich viele deutsche NGOs im Rahmen der Klima-Allianz (www.die-klima-allianz.de). Wirklich erfolgreich werden wir aber nur dann sein, wenn dies nur der Anfang einer weltweiten Bewegung, eines weltweiten Bewusstwerdungs- und Bewusstseinswandlungsprozesses ist.

Mona Bricke

Die Autorin war G8-Projektbeauftragte des Forums Umwelt und Entwicklung für den G8-Gipfel in Heiligendamm.



Foto: indymedia

Organize!

Nichtregierungsorganisationen brauchen Mobilisierung

Internationale Großereignisse haben die Eigenschaft als Lackmustest für die an ihnen beteiligten Akteure zu dienen – wer kann sich auf welche Weise mit welchen Inhalten positionieren? Ein solcher Test war auch der G8-Gipfel in Heiligendamm. Die Nichtregierungsorganisationen haben dabei nicht besonders gut abgeschnitten. Ein Grund dafür ist ihre mangelnde Mobilisierungsfähigkeit. Das gewerkschaftliche Konzept des „Organizing“ deutet mögliche Wege aus dieser Lage an.

Während der ersten Hälfte der 90er Jahre insbesondere katalysiert durch die Debatten um den Rio-Gipfel mauserten sich in der Wahrnehmung vieler die zunehmend professionalisierten NGOs zu den Hoffnungsträgern einer gesellschaftlichen Transformation. Neue Nichtregierungsorganisationen wurden gegründet, Netzwerke wurden geknüpft – auf nationaler und auf internationaler Ebene. Auch das Forum für Umwelt & Entwicklung war ein Ergebnis dieser Dynamik. Im Laufe der vergangenen 15 Jahre gab es durchaus punktuelle Erfolge, dennoch bestimmte ab 1999 mit „the people of Seattle“ ein ein anderer Typus von Akteur die öffentlichen Debatten um globale Gerechtigkeit. Die Weltsozialforen entstanden, Globalisierungskritik war der „talk of the town“. Zwar sind weder die von Porto Allegre ausgehenden Zusammenkünfte noch die Kritik an der neoliberalen Globalisierung ohne die Mitwirkung und Finanzierung von Nichtregierungsorganisationen (und im übrigen auch Regierungen) zu denken, dennoch wird ihr Pulsschlag von Akteurs-Netzwerken bestimmt, die eher Bewegungscharakter haben.

Wichtige Projekte, um die sich viele NGOs versammelten, wie das Kyoto-Protokoll, wirken heute eher wie tote Pferde, von denen es schleunigst abzusteigen gilt. Nicht, dass es nicht viel sinnvolle, notwendige und zielgerichtete NGO-Arbeit gäbe: angesichts aber der eigenen oft alarmierenden Analysen, was den Zustand von weltweiter sozialer Gerechtigkeit und der Umwelt angeht, bleibt eine fatale Lücke.

Kein Antagonismus, kaum Mobilisierung

Entsprechend dieser Historie waren die NGOs im Kontext der Vorbereitungen auf den G8-Gipfel in Heiligendamm schlecht positioniert – sowohl programmatisch, als auch in ihrer Fä-

higkeit Menschen zu motivieren, sich zu engagieren. Der mediale Raum war für kritische Inhalte sowohl vor als auch während der Gipfeltage relativ weit geöffnet. Diese Gelegenheit nutzen nur wenige NGOs. Eine Chance, die vertan wurde.

Das rächte sich insbesondere beim Thema Klimawandel, bei dem das Bundeskanzleramt besonders punkten konnte. Beackert wurde dieses Feld seitens der Kritiker im wesentlichen von den großen Umwelt-NGOs. Trotz Schnellboot-Aktionen von Greenpeace konnte allerdings nicht viel mehr transportiert werden, als die schlichte Notwendigkeit größerer CO₂-Reduktionen. Zurück blieb der Eindruck, dass alle Klimaschutz wollen, die NGOs aber ein bisschen mehr, als die Kanzlerin. Besonders interessant wirkt das nicht und ist der Dimension der vom Klimawandel induzierten sozialen und ökologischen Katastrophen ist das als politische Strategie ziemlich lau.

Das Ergebnis war, dass irgendwie alle Beteiligten – und damit auch die Bundesregierung – dies- und jenseits des Zauns gewonnen hatten. Dies war zumindest der Tenor eines großen Teils der medialen Berichterstattung. Und auch wenn selbst in den „Leitmedien“ häufig Zweifel an der Relevanz der Beschlüsse geäußert wurden, gelang es Angel Merkel sich zur „Klima-Queen“ krönen zu lassen.

Abhilfe hätte nur die Herausarbeitung eines klareren Antagonismus zwischen der Bundesregierung und den Kritikern geschaffen. Ein solcher wäre auch für eine stärkere Mobilisierung auf Seiten der NGOs notwendig gewesen. Und angesichts des Desasters der Beschlüsse der G8 für Umwelt und Entwicklung und den politischen Dynamiken in anderen politischen Institutionen, wie z.B. der neuen europäischen Handelsstrategie „Global Europe“ scheint eine Strategie-Revision der NGOs angebracht.

„Change to win!“

Die Debatten der US-amerikanischen Gewerkschaftsreformbewegung der 80er und 90er Jahre brachten eine Spaltung des Gewerkschaftsdachverbandes AFL-CIO mit sich: „Change to win!“ (www.changetowin.org) nannte sich die neue Strömung, deren neue Politikidee um das Konzept des „Organizing“ kreiste. „Organizing“ ist inzwischen auch bei deutschen Gewerkschaften, insbesondere bei verdi, angekommen. Ist „Organizing“ auch ein neuer Ansatz für Nichtsregierungsorganisationen?

Das „Organizing-Modell“ erschöpft sich nicht in simpler „Mitgliederwerbung“, sondern repräsentiert einen grundsätzlich neuen Weg gewerkschaftlicher Arbeit. Zentral ist die Idee, dass die Beschäftigten selbst die Gewerkschaft bilden – aber auch dass erfolgreiches „Organizing“ einer Verankerung in anderen lokalen Organisationen sowie einer bundesweiten und internationalen Vernetzung mit bedarf. „Organizing“ meint das aktive Anwerben, Ausbilden und Empowern von Gewerkschaftsmitgliedern durch professionell geschulte Werber. Es sind dann die Gewerkschaftsmitglieder, die bei betrieblichen Auseinandersetzungen den Konflikt austragen, nicht der Gewerkschaftsapparat. Das Konzept war eine Reaktion auf den zunehmenden Mitgliederschwund bei Gewerkschaften seit den 70er Jahren, aber auch der Notwendigkeit in neuen Sektoren wie dem Dienstleistungssektor mit seinen vielen prekären zum großen Teil migrantischen ArbeiterInnen Fuß zu fassen.

Auch wenn die Herausforderungen vor denen NGOs stehen nur z.T. vergleichbar sind, so kann das „Organizing“-Konzept doch als Anregung dafür stehen, wie eine aktivistische Basis mittelfristig entwickelt werden kann. Eine Basis, die fähig ist, gemeinsam mit den Hauptamtlichen und auf Grundlage ihrer Expertise politischen Druck zu erzeugen und somit die eklatante Lücke zwischen dem was aufgrund der Analysen an sozialer und ökologischer Veränderung nötig ist, und dem was bisher erreicht werden konnte, zu schließen.

Alexis J. Passadakis

Der Autor ist Campaigner bei Gerechtigkeit Jetzt! – Die Welthandelskampagne



Gerechtigkeit Jetzt! – Die Welthandelskampagne

Anmerkungen zum Ende einer Kampagne

Im Herbst dieses Jahres beendet das Büro der Kampagne „Gerechtigkeit Jetzt!“ (GJ) seine Tätigkeit. Gerechtigkeit jetzt, so die derzeitigen Überlegungen, wird in einer Informationskampagne des Forums Umwelt und Entwicklung weitergeführt. Diese Entscheidung ist den Beteiligten nicht leicht gefallen. Schließlich war, so die einmütige Feststellung der Träger, die Kampagne insgesamt erfolgreich. Was aber soll man tun, wenn einem das Geld ausgeht?

Ein kurzer Rückblick: Erfolge...

Gegründet wurde Gerechtigkeit jetzt, im NGO-Jargon bald kurz GJ genannt, im Jahre 2003. Ein breites Bündnis unterschiedlicher Gruppen, von denen die meisten in der AG-Handel des Forums Umwelt und Entwicklung mitwirken, suchte eine Plattform für öffentlichkeitswirksame Aktionen. Hintergrund war die Erfahrung, dass für mehr Gerechtigkeit im Welthandel auch mehr öffentlicher Druck notwendig wäre. Handelspolitik, so die Vorgabe, müsse vom Elfenbeinturm der Lobbyarbeit auf die Straßen des öffentlichen Protestes gebracht werden.

Dies ist in erheblichem Maße gelungen. Die erste große Aktion zur Europawahl endete mit 100.000 Unterschriften und 90 Selbstverpflichtungen der deutschen KandidatInnen

für das Europaparlament. Bei der Aktionswoche für globale Gerechtigkeit im April 2005 gab es in über 50 deutschen Städten 70 Veranstaltungen. Weitere Aktionen folgten. Höhepunkt der Aktivitäten war die „Großpuppenparade“ beim G8-Gipfel in Rostock. Bundesweit beteiligten sich bereits im Vorfeld des Gipfels viele Gruppen am Bau der Großpuppen, die bei vielen Gelegenheiten als Blickfang für die Medien dienten.

Daneben gab es zahlreiche Veranstaltungen und Aktivitäten. Anfragen an KandidatInnen für Bundestag und Europaparlament, mehrere zweitägige Konferenzen mit jeweils über 200 Teilnehmenden, vier Abendveranstaltungen im Kölner Domforum mit jeweils 150-200 BesucherInnen, ausverkaufte Filmabende, Pressekonferenzen,

Medienworkshops und so weiter. Die Liste der erfolgreichen Aktivitäten ist lang.

Dabei sind – neben vollen Sälen – insbesondere zwei Aspekte positiv hervorzuheben. Zum einen ist es gelungen, GJ durch die Medien in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Höhepunkt war hier sicherlich der G8-Gipfel: kaum ein Bericht von den Demonstrationen kam ohne Großpuppen aus. Aber auch schon vorher ist es GJ gelungen, prominent in den Medien aufzutauchen, etwa mit Kühen vor dem Kanzleramt („WTO melkt Entwicklungsländer“), die anlässlich der Ministerkonferenz in Hongkong im September 2005 in nahezu allen überregionalen Blättern vorkamen. Überhaupt ist die Liste der Pressemeldungen über die Arbeit von GJ beeindruckend lang: Es ist uns gelungen, das Handelsthema und hier insbesondere die Kritik am bestehenden Handelssystem immer wieder in die Medien zu bringen.

Der zweite positive Aspekt besteht darin, dass es gelungen ist, lokale Gruppen zu mobilisieren. Weltläden,

Dritte-Welt-Gruppen, Ortsgruppen von Greenpeace und BUND, Kirchengemeinden, etc. – sie alle engagierten sich bei und mit GJ, sei es durch Veranstaltungen, durch den Bau von Großpuppen oder durch Unterschriften. Besonders hervorzuheben ist der Brief an Bundeskanzlerin Merkel im Rahmen der G8-Aktion, der von fast 450 Gruppen und Organisationen unterzeichnet wurde. Es gelang so, ein Signal an die Politiker zu senden: Die Forderung nach einem gerechten Welthandel wird von vielen Menschen mitgetragen.

... und Defizite

Es ist ein Erfolg, dass es gelungen ist, auf diese Weise viele Menschen zu motivieren. Dabei hatte die Kampagne in ihrer frühen Phase entschieden, auf eine breite Mitträgerstruktur, wie sie etwa die Erlassjahrkampagne aufgebaut hatte, zu verzichten. Dadurch konnte der Aufwand für die Verwaltung und Betreuung der Mitträgerschaft sehr klein gehalten werden – doch zugleich wurde damit eine permanente Verankerung der Kampagne an der Basis erschwert. Es galt, für neue Aktionen immer wieder neu zu mobilisieren. Möglich war dies nur, wenn die großen Mitträgerorganisationen die Aktionen massiv bei ihrer eigenen Klientel bewarben.

Dies ist nur in der Anfangsphase gelungen. Dann war zu beobachten, dass die Mitträger andere Prioritäten entwickelten, stärker auf Eigenprofilierung als auf Netzwerkarbeit setzten oder aber schlicht aus Mangel an Ressourcen ihre Mitarbeit in der Kampagne reduzierten oder gar einstellten: Während Handelsfragen plötzlich für Schlagzeilen sorgten und Bücher wie „Weltkrieg um Wohlstand“ zu Bestsellern wurden, wechselten in einigen Organisationen die Verantwortlichen für das Thema, was große Lücken riss. Zudem wurden bei wichtigen Mitträgern Stellen im Handelsbereich abgebaut, umgewidmet etc. Damit wurde die handelspolitische NGO-Szene in einem Moment schwächer, in dem es großen Handlungsbedarf gab und zugleich eine kritische Diskussion der Auswirkungen des Handels in der Öffentlichkeit zunahm – eine Entwicklung, die GJ eigentlich verstärken und qualifizieren wollte. Wie weit angesichts knapper werdender Mittel die

Spardiskussion innerhalb der Mitträger ging zeigt sich daran, dass VertreterInnen großer Organisationen nicht mehr zu Sitzungen kamen, weil sie nicht nur überlastet waren, sondern auch der Reiseetat erschöpft war. Andere hatten nur befristete Stellen, da die Laufzeit von Zuschüssen für ihre Arbeit nur kurz war – kein Motivations Schub für die zusätzliche Mitarbeit in Kampagnen.

Zum Schluss blieb im Grunde nur noch ein kleines Häuflein übrig. Dass die Aktivitäten zu G8 in Heiligendamm dennoch erfolgreich verliefen, grenzt daher an ein kleines Wunder und ist vor allem dem Einsatz und Engagement der Mitarbeitenden im Büro von GJ zu verdanken.

Ein weiteres Defizit bestand in der Breite der Forderungen. Es gab nicht die eine zentrale Parole, die für die Öffentlichkeitsarbeit sicher wünschenswert gewesen wäre, sondern ein ganzes Bündel von Forderungen. Dabei war den Verantwortlichen der Kampagne klar, dass dies gegen alle „Gesetze“ der Führung einer erfolgreichen Kampagne verstößt. Doch nur so meinte man, der komplexen Realität der Welthandelsbeziehungen gerecht werden zu können. Es gab eben nicht nur ein Problem, sondern gleich mehrere, von Umweltfragen und Demokratiedefiziten über Ernährungssouveränität sowie der Grundversorgung mit Dienstleistungen bis hin zum internationalen Patentrecht. Nur durch diese Themenvielfalt und zugleich Offenheit war es zudem möglich, der Heterogenität der Mitträger gerecht zu werden: Es sollte für jeden etwas dabei sein, womit die eigene Klientel mobilisiert werden konnte. Zugleich war allerdings nicht einfach zu vermitteln, welche Ziele GJ verfolgte. Auf die einfache, kurze Frage: „Was wollt ihr denn nun konkret?“ gab es nur lange Antworten.

Das eigentliche Problem der Kampagne war aber – wie könnte es anders sein? – das liebe Geld. Finanziert wurde die Arbeit im Wesentlichen durch die kirchlichen Hilfswerke Misereor, Brot für die Welt und EED. Hinzu kamen kleinere Beträge von anderen Mitgliedsorganisationen und ein beträchtlicher Zuschuss der NRW-Stiftung für Umwelt und Entwicklung. Letzterer läuft nur bis Ende des Jahres, ein Neuantrag war aufgrund der

schwierigen Lage der Stiftung praktisch aussichtslos.

Zugleich stiegen einige der großen Mitträger nicht wie erhofft in eine nennenswerte finanzielle Unterstützung der Kampagne ein. Als dann auch noch aus den Reihen der kirchlichen Werke Signale für einen Rückgang des finanziellen Engagements kamen, sahen die Verantwortlichen keine Perspektive mehr für eine sinnvolle Weiterarbeit.

Und nun?

Merkwürdigerweise stand das zu beobachtende Bröckeln bei finanziellem und personellem Engagement von Seiten der beteiligten Nichtregierungsorganisationen in einem erstaunlichen Missverhältnis zu den Erfolgen der Kampagne und den Nachfrage aus der Öffentlichkeit. Die Anfragen für Fachvorträge konnten kaum befriedigt werden, immer neue Workshops zum Großpuppenbau wurden organisiert, die Zahl der angeforderten – keineswegs immer kostenlosen – Materialien überstieg die Erwartungen.

Gleichzeitig ist festzustellen, dass die politische Notwendigkeit, sich für gerechten Welthandel einzusetzen, keineswegs obsolet geworden ist. Die vielfältige, zersplitterte handelsinteressierte NGO-Landschaft braucht dabei eine Vernetzung, um ihre politische Wirkung besser entfalten zu können. Die Bündelung von Kräften für bestimmte Aktivitäten – und öffentlichkeitswirksame Aktionen gehören mit Sicherheit dazu – ist dringend erforderlich. Es ist daher schade, dass mit GJ ein solches Forum verloren geht.

Aber für die Fortsetzung der Arbeit fehlte es an der Bereitschaft der Mitgliedsorganisationen, oder aber auch an den tatsächlichen Möglichkeiten. Nun ist die Aufgabe, eine gemeinsame Plattform für ein öffentlichkeitswirksames Eintreten für einen gerechten Welthandel wieder beim Forum Umwelt und Entwicklung angelandet. Inwieweit das Forum dem gerecht werden kann, bleibt abzuwarten, denn schließlich leidet auch die AG Handel unter schwindenden personellen Ressourcen.


Friedel Hütz-Adams

Der Autor befasst sich bei SÜDWIND e.V. mit den Themen Öffentlichkeitsarbeit, Kinderarbeit in Indien und Welthandel.

Von Heiligendamm nach Neurath

Die Klimaschutzbewegung in Deutschland nimmt Fahrt auf

Zwei Dörfer schreiben Geschichte: Heiligendamm und Neurath haben auf den ersten Blick nichts gemeinsam. Das weiß getünchte Ostseebad sieht idyllisch aus im Vergleich zu Neurath bei Düsseldorf. Heiligendamm war Schauplatz des diesjährigen G8-Gipfels. In Neurath baut RWE ein riesiges Braunkohlekraftwerk. An beiden Orten signalisieren kilometerlange Zäune, dass hier einsame Entscheidungen der Mächtigen gegen den Willen der Bürgerinnen und Bürger „verteidigt“ werden.

Am 2. Juni demonstrierten in Rostock bei Heiligendamm über 50.000 Menschen für globale Gerechtigkeit. Für den 8. Dezember ruft die Klima-Allianz zu Klimaschutz-Demonstrationen in Neurath und Berlin auf. Hinter den G8-Demos steht eine lange erfolgreiche Mobilisierungsgeschichte. Seattle, Genua, Heiligendamm – die politische Botschaft der Globalisierungskritiker ist in den Medien angekommen. Für den globalen Klimaaktionstag am 8. Dezember wird dieses Jahr in Deutschland im großen Stil mobilisiert.

Botschaft an die Bundesregierung

Der 8. Dezember ist das Startsignal für eine starke Klimaschutzbewegung in Deutschland. Die Chancen stehen gut, dass viele tausend Bürger/innen dem Demonstrationsaufruf folgen. Hinter dem Aufruf stehen rund 70 große Organisationen mit zusammen mehr als zehn Millionen Mitgliedern und Unterstützer/innen. Damit sich möglichst viele davon auf den Weg nach Berlin und Neurath machen, müssen wir alle zusammen in den nächsten Monaten kräftig die Trommeln rühren.

Entscheidend für den Erfolg ist eine gemeinsame politische Botschaft: Der 8. Dezember markiert die Mitte der UN-Klimakonferenz auf Bali, bei der über die Zukunft nach dem Kyoto-Protokoll verhandelt wird. Deshalb demonstrieren die NGOs weltweit an diesem Tag, um den Druck auf ihre nationalen Regierungen zu erhöhen.

Konsequenter Klimaschutz gefordert

Die im August von der Bundesregierung beschlossenen Eckpunkte mit 29 Klimaschutzmaßnahmen sind über

weite Strecken ein Etikettenschwindel: Hinter den vollmundigen Überschriften verbergen sich die altbekannten Blockierer, Michael Glos und Wolfgang Tiefensee. Tempolimit? Fehlanzeige. Steuerprivilegien für klimaschädliche Dienstwagen und den Flugverkehr? Auch in Zukunft garantiert. Unterstützung der Entwicklungsländer beim Schutz vor den Folgen des Klimawandels? Nichts Neues. Die Liste der Versäumnisse lässt sich fortsetzen.

Die Klima-Allianz hat zu ihrer Gründung im April einen Maßnahmenkatalog vorgelegt, der konsequenten Klimaschutz und Solidarität mit den Entwicklungsländern durchbuchstabiert. Die Demos am 8. Dezember sollen dafür sorgen, dass die Bundesregierung den vielen Worten endlich mehr als nur kosmetische Taten folgen lässt. Ein zentraler Punkt ist die Auseinandersetzung um die über 25 geplanten Kohlekraftwerke. Jedes dieser Kohlekraftwerke ist auf eine Laufzeit von über 40 Jahren ausgelegt. Über die Hälfte der eingesetzten Kohleenergie entweicht ungenutzt über die Kühltürme. Die zusätzlichen klimaschädlichen Gase aus diesen fossilen Dinosauriern werden sich durch noch so ehrgeizige Klimaschutzmaßnahmen an anderer Stelle nicht ausgleichen lassen.

Klima-Aktionstag

Deshalb hat sich die Klima-Allianz für Neurath als einen der beiden De-

mostandorte entschieden. Direkt vor dem Bauplatz werden die Demonstrant/innen mit einer Lichterkette diese Kontroverse in die bundesweiten Medien bringen. Zeitgleich findet in Berlin vor dem Brandenburger Tor eine große Kundgebung mit Bands und prominenten Redner/innen statt. Die Teilnehmer/innen ziehen anschließend mit leuchtend blauen Lampions als Symbol für unseren Planeten vor das Bundeskanzleramt.

Nicht nur die Demos, auch die Monate der Mobilisierung sind für den



Foto: Flickr/Zadoc

Kilometerlange Zäune signalisieren, dass hier einsame Entscheidungen der Mächtigen „verteidigt“ werden.

Klimaschutz entscheidend. Bis Dezember will die Bundesregierung die wichtigsten Punkte aus ihrem Programm in Gesetzesform gießen – zum Beispiel den Ausbau der erneuerbaren Energien und der klimaverträglichen Kraft-Wärme-Kopplung. Der Bundesregierung muss klar sein: Nicht nur die Umweltverbände, auch die in der Klima-Allianz vereinten Kirchen, Jugendorganisationen und viele NGOs vom Alpenverein über attac bis zum Zukunftsrat schauen ihr dabei auf die Finger.

Für Deutschland ist der Klima-Aktionstag ein Novum. Letztes Jahr waren in London 20.000 Menschen auf der Straße. Das können wir auch schaffen! Der Erfolg hängt aber davon ab, dass jetzt alle Organisationen mit vollem Einsatz mobilisieren: Auf jeder Website, in jedem Newsletter und in jeder Mitgliederzeitschrift soll der 8. Dezember unübersehbar sein!

Matthias Seiche

Der Autor ist Leiter Klimaschutz beim BUND – Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.

NGOs und Gewerkschaften

Kooperation mit starken Perspektiven

Eine Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Umwelt und Entwicklungs-NGOs ist zielführend und innovativ. Es gibt zahlreiche Themen und Aufgaben, bei denen eine gemeinsame Arbeit sinnvoll ist. Seit Ende der 80er Jahre hat eine gegenseitige Öffnung stattgefunden, die eine Vielzahl gemeinsamer Projekte nach sich gezogen hat. Doch nach wie vor bestehen viele Vorbehalte auf beiden Seiten und erschweren reale Unterschiede die Zusammenarbeit.

Es waren das Konzept der nachhaltigen Entwicklung und die UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992, die einen neuen Kooperationsboden geschaffen haben: Die Verbindung von sozialer Frage, Ökologie und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für eine zukunftsfähige Entwicklung machten die Kooperation von NGOs und Gewerkschaften attraktiv und zugleich die Notwendigkeit deutlich. Der Mehrwert liegt auf der Hand, auch heute noch, wo das Thema Nachhaltigkeit einerseits zwar zum Schlagwort verkommen ist, andererseits aber noch immer mit Leben gefüllt werden muss. Neben dem grundsätzlichen Bekenntnis und Willen zu Kooperation von Gewerkschaften und NGOs steht aber die Frage, wo es in der Umsetzung hapert und wie zukünftig Probleme angegangen werden können.

Von Projekt zu Kontinuität

Wenn Fehler der Vergangenheit und Unterschiede reflektiert werden, werden die gegenseitigen Erwartungen realistischer und die gemeinsame Basis wird sich vertiefen können. So ist es etwa bisher trotz vielfältiger gemeinsamer Projekte nicht gelungen, die Zusammenarbeit von „alter“ und „neuer sozialer Bewegung“ zu verstetigen und kontinuierlich aufrecht zu erhalten. Aus dieser Tatsache und früheren Experimenten können ein paar Lehren gezogen werden.

Auf der ‚Haben-Seite‘ sind eine Vielzahl von Kontakten zwischen NGOs und Gewerkschaftsbewegung zu verbuchen, die aber meist an Individuen in den Organisationen und deren persönlichen Einsatz gebunden sind. Zudem tragen viele Vertreter nicht nur einen „Hut“ sondern sind gleichzeitig Gewerkschaftsmitglieder, in NGOs oder Parteien engagiert, was den Austausch fördert.

Über diese individuellen und auf persönlichen Kontakten beruhenden

Synergien hinaus, gab es als ersten Versuch der Verstetigung das Forum NRO und Gewerkschaften. Es sollte eine Plattform sein, um den Dialog zu vertiefen und zu verstetigen. In diesem Forum gab es zum Beispiel auf der Höhe der Castor-Proteste spannende Prozesse. So konnten hier Vertreter der Gewerkschaft der Polizei mit solchen von X-tausendmal quer diskutieren. Es kamen von fast allen Gewerkschaften Vertreter und von vielen NGOs.

Das Forum stieß aber an seine Grenzen wenn es um konkrete Aktionen ging. Es mangelte, so kann wohl in der Rückschau gesagt werden, an gegenseitigem Verständnis für die Interessenlagen des anderen. Während die NGO-Seite die Gewerkschaften für Kampagnen einspannen wollten, waren diese (noch) nicht bereit, sich solchen anzuschließen. Denn die Aktionsformen der NGOs entsprachen oft nicht dem Instrumenten-Baukasten der Gewerkschaften (Verhandlungen, betriebsbezogene Aktionen bis hin zu Streiks), wobei auch hier eine Angleichung zu beobachten ist.

Das „Forum NRO und Gewerkschaften“ war daher vielleicht zu dem Zeitpunkt nicht das richtige Gremium, die Initiatoren ihrer Zeit voraus.

Da der kurzfristige Erfolg ausblieb, blieben nach und nach auch die Vertreter der großen NGOs weg. Die Gewerkschaften zogen sich zurück, weil die Repräsentanten der NGOs, die noch kamen, kaum ein Mandat ihrer Organisation hatten und keine adäquaten Ansprechpartner für gewählte gewerkschaftliche Vertreter waren. Die Gewerkschaften begingen aber auch den Fehler, angestoßene Projekte, und so auch das „Forum“, nicht konsequent weiter zu entwickeln und zu begleiten.

Zwischen Kerngeschäft und neuen Herausforderungen

Das Scheitern des Forums illustriert die grundlegenden Unterschiede von Gewerkschaften und NGOs: Anliegen, Struktur, Tradition, Entscheidungsprozesse.

Um noch eins drauf zu setzen: es gibt ein tief sitzendes gegenseitiges Misstrauen. Gewerkschaften entwickeln sich auf dem Fundament der alten Industriegesellschaft. Eben jener Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur, die NGOs gerne umkrempeln wollen. Dieser Konflikt ist bis heute nicht ausgestanden und wird weiter eine Rolle spielen wenn beide Seiten zusammenarbeiten.

Die gewerkschaftliche Positionierung und Neuorientierung ist aufwändig und braucht Zeit. Denn sie geschieht in großen, demokratisch

organisierten Mitgliedsorganisationen, die zudem aus anderen Motiven gegründet wurden und deren Mitglieder sich traditionell aus

anderen Milieus rekrutieren als die heutigen NGOs. Das Kerngeschäft der Gewerkschaften ist nicht der Umweltschutz oder die Entwicklungshilfe, sondern die Gestaltung der Arbeitnehmer-Arbeitgeberbeziehungen, das Einstehen für die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen – und elementar für die gerechte Verteilung von Ressourcen innerhalb einer Gesellschaft.

Es existiert eine lange Traditionslinie, die es auch und gerade in Zeiten verschärften Kapitalismus zu wahren gilt. So müssen neue Themen, die nicht zum originären Geschäft gehören, erst erarbeitet, in der Organisation kommuniziert und mehrheitsfähig gemacht und schließlich demokratisch abgestimmt werden.

Ansporn für Öffnung

Die neuen sozialen Bewegungen sind Ausdruck eines gesellschaftlichen Wandels, der sich auch in der starken Zunahme von nationalen und internationalen NGOs seit Mitte der 1980er zeigt. Insbesondere die Umweltbewegung hat in Deutschland deutliche

Die gewerkschaftliche Positionierung und Neuorientierung ist aufwändig und braucht Zeit.

Spuren hinterlassen und auch die Gewerkschaftsbewegung mit beeinflusst und geprägt. Postmaterialistische Werte prägen unsere Gesellschaft und auch die Gewerkschaften vollziehen diesen Wandel mit.

Der Wandel der Gewerkschaften ist zwar nicht abgeschlossen, er wird aber kaum das von NGOs wohl erwünschte Ergebnis haben. Denn Gewerkschaften sind und bleiben Arbeitnehmervertreter, das ist ihre essentielle Bestimmung und einen Frage der Selbstbehauptung. Aber dass sie sich wandeln müssen, um zu bestehen, dass sie den Wandel gestalten müssen, ist ebenso klar. Insofern ist die Kooperation für Gewerkschaften ein Anstoß, sich neuen gesellschaftlichen Themen zu öffnen, für die NGOs mehr Flexibilität mitbringen.

NGOs hingegen vernachlässigen Fragen sozialer Gerechtigkeit. Als Pauschal-Vorwurf ist das zwar nicht richtig, fasst man unter NGOs ja auch soziale Initiativen und Entwicklungs-NGOs. Auf Seiten der großen Umweltverbände, mit denen viele Gewerkschaften zusammenarbeiten, ist das aber eine Feststellung, die wohl nicht von der Hand gewiesen würde – eben weil es nicht ihr Kerngeschäft ist.

Insofern können bei Kooperationen beide Seiten voneinander lernen.

Internationale Solidarität

Tatsächlich gibt es einige gemeinsame Anknüpfungspunkte, die auch in Zukunft Felder für Kooperationen sein können. Zum Beispiel, internationale Solidarität, die Gewerkschaften seit jeher praktizieren und in einem gewachsenen internationalen Netzwerk auch leben. Gewerkschaften betreiben Nord-Süd-Kooperation und gewerkschaftliche Entwicklungszusammenarbeit: Es gibt für eine Vielzahl von „Union-to-Union“-Projekten, von Aufforstung bis zu Ausbildungsstätten für ehemalige Kinderarbeiter, finanzielle und konkrete Unterstützung.

Die IG BAU etwa hat die Welthungerhilfe mitgegründet. Arbeitnehmerrechte sind Menschenrechte und dafür treten Gewerkschaften international ein: für die in den ILO-Konventionen verbrieften Rechte und für verfolgte Gewerkschafter weltweit. NGOs können von dieser gewachsenen Solidarität, den Erfahrungen und dem in-

ternationalen Netzwerk der Gewerkschaften profitieren, das sie selbst oft noch aufbauen müssen.

Wirtschaft

Gewerkschaften haben Zugang zu Bereichen der nationalen Politik, in denen NGOs noch immer kaum gehört werden: Wirtschaft und Arbeit. Im Bereich der sozialen Verantwortung von Unternehmen (CSR) finden einige NGO-Gewerkschafts-Kooperationen statt, etwa die Initiative für „saubere Kleidung“ oder die gemeinsamen Diskussionen zu den „Codes of Conduct“ seit Ende der 1990er Jahre, die aber auch immer eine starke internationale Dimension haben. Weitere Schnittmengen fanden sich in Kampagnen gegen das MAI oder die EU-Dienstleistungsrichtlinie. Im CorA-Bündnis für Unternehmensverantwortung arbeiten NGOs von BUND bis Verbraucherinitiative und die Gewerkschaften Ver.di und IG BAU zusammen. Dieses Bündnis ist noch jung. Es konzentriert sich in einem losen, aber stetigen Diskussionsprozess auf ein gemeinsames Anliegen. Hier ist Platz für mehr.

Umwelt und Klima

Umwelt ist wohl der Bereich, in dem Gewerkschaften und NGOs am stärksten kooperieren. Meist sind es konkrete Projekte, von denen beide Seiten profitieren wie die gemeinsamen Initiativen der IG BAU und Greenpeace für ein Gütesiegel für energetische Gebäudesanierung oder mit dem WWF für das FSC-Label in Deutschland. Die Gewerkschaften haben gerade in diesem Bereich viel von der Expertise der NGOs profitiert und durch Kooperation die jeweiligen Projekte mit mehr Glaubwürdigkeit gegenüber der Öffentlichkeit ausgestattet. Die Herausforderungen des Klimawandels sind ein Feld, in dem Gewerkschaften und NGOs erfolgreicher sein können, wenn sie zusammen arbeiten. Einmal mehr sind die Umwelt-NGOs die treibende Kraft, die auch den Gewerkschaften Beine gemacht haben.

Die deutschen Gewerkschaften teilen nicht alle die gleichen Positionen in dieser Frage, aber allen ist bewusst, dass sie sich konstruktiv positionieren müssen, national und international. Die sozialen Folgen des Klimawandels (des Klima-induzierten Strukturwandels in Industrieländern und der

verstärkten wirtschaftlich-sozialen Probleme in Entwicklungsländern), sind bisher kaum beleuchtet worden. Gewerkschaften betrachten es als ihre Aufgabe im Interesse ihrer Mitglieder die Konsequenzen sichtbar zu machen und soziale Anpassungsstrategien zu entwickeln.

Hierbei kann die Kooperation mit den Experten-Verbänden der Umweltbewegung nur hilfreich sein. Für die NGOs bedeutet Kooperation in diesen Fragen die Chance, eine breitere Basis für ihre Anliegen zu gewinnen, mehr politischen Druck zu erzeugen und nicht zuletzt, konkret etwas zu erreichen. Allerdings ist es ein Experiment, ob Kooperation auch gelingen kann, wenn es sich nicht automatisch um eine Win-win-Situation handelt.

Viel zu tun, auch zusammen

Gewerkschaften in all ihrer Heterogenität und häufigen Zögerlichkeit sind ein Spiegel der Gesellschaft, ein Spiegel der Schwierigkeiten, die Umbrüche mit sich bringen. Wenn NGOs die Befindlichkeiten in der Gewerkschaftsbewegung ernst nehmen, werden sie die Schwierigkeiten, die viele ihrer politischen Forderungen mit sich bringen, besser verstehen. Es gibt ihnen die Chance, anderes zu agieren und für ihre Anliegen zu werben und mehr Menschen mitzunehmen. Mit ihrer breiten Mitgliederbasis in Deutschland und weltweit sind Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter entgegen neoliberaler Unkenrufe und trotz tatsächlicher Probleme, ein gewichtiger Faktor. Die weltweiten NGO-Netzwerke wachsen gleichzeitig weiter.

Von einer nachhaltigen Gesellschafts- und Weltordnung sind wir trotzdem immer noch weit entfernt. Das Feld für Zusammenarbeit ist daher nicht kleiner geworden sondern eher größer. Aus den alten Fehlern zu lernen wird bei der Initiierung und Umsetzung neuer Projekte helfen. Solidarität von Mensch und Natur, soziale Gerechtigkeit und zukunftsfähige Gestaltung unserer Umwelt sind die Pfeiler für eine Brücke die wir gemeinsam bauen müssen.

 Tina Löffelsend

Die Autorin ist Beraterin für Klima- und Energiepolitik bei der Stiftung Soziale Gesellschaft – Nachhaltige Entwicklung (Stiftung der IG BAU).

Ungleiche Chancen für alle

NGOs zwischen eigener Lobbyarbeit und Machtungleichgewichten

Das oft bemühte Idealbild des Lobbyismus setzt darauf, dass Lobbyarbeit wichtige Informationen für die Politik liefert und durch den Wettstreit verschiedener Interessen demokratische Willensbildung ermöglicht wird. Dieses pluralistische Bild greift jedoch zu kurz – wie gerade die Mitarbeit von Lobbyisten in Ministerien zeigt.

Lobbyismus und Interessenvertretung sind von strukturellen gesellschaftlichen Machtasymmetrien geprägt. Es gibt enorme Ressourcenunterschiede zwischen verschiedenen Interessen. In Brüssel arbeiten schätzungsweise 15.000 Lobbyisten, davon etwa 70% für Unternehmen und ihre Lobbyorganisationen. In Berlin wird die Zahl auf etwa 5.000 geschätzt. Auch hier kann man von einem deutlichen Übergewicht an Ressourcen auf Seiten von Unternehmen, Wirtschaftsverbänden und nahestehenden Denkfabriken ausgehen.

Die Problematik wird durch vier Entwicklungen verschärft. Zum einen werden die Methoden der Beeinflussung immer ausgefeilter – und problematischer: verdeckte Medienbeeinflussung wie Schleichwerbung oder die gezielte Irreführung durch von Unternehmen oder Verbänden gesteuerte "Tarnorganisationen" sind Beispiele dafür. Zum zweiten haben wirtschaftsnahe Interessen häufig besonderen Zugang zu Entscheidungsverfahren. Dazu trägt auch die Entwicklung hin zu einem Wettbewerbsstaat bei sowie die Auslagerung von Entscheidungen in Kommissionen oder Gipfeltreffen jenseits des parlamentarischen Raums. Drittens verstärkt die Verlagerung der Politik in supranationale Arenen und Institutionen die Ungleichheit beim Zugang zu Entscheidungsträgern zum Teil erheblich. Viertens zielt die Einflussnahme zunehmend auf eine umfassende Beeinflussung des gesellschaftlichen „Meinungsklimas“. Beispiele für solches „deep lobbying“ sind die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ der Metallarbeitgeber oder die Arbeit von Denkfabriken wie der Bertelsmann-Stiftung.

Lobbyisten in Ministerien, aber keine NGOs

Ein besonders prägnantes Beispiel für die verschärften Ungleichheiten bietet die verbreitete Praxis des „Leihbeamtentums“. Das Fernsehmagazin Monitor deckte im Oktober 2006 auf, dass in Bundes- und Landesministerien in großem Umfang MitarbeiterInnen von Unternehmen und Unternehmensverbänden arbeiten und in der Regel von diesen weiter bezahlt werden. Über 100 Fälle sind inzwischen bekannt. Z.B. saß der Leiter der Abteilung Konzernstrategie-Verkehrspolitik von DaimlerChrysler im Verkehrsministerium, just als über die LKW-Maut verhandelt wurde. BASF und Bayer finden sich im Umweltministerium, ABB und ALSTOM im Entwicklungsministerium usw. (Eine vollständige Übersicht der Fälle findet sich unter www.keine-lobbyisten-in-ministerien.de).

Ein Teil der Fälle geht auf das Personalaustauschprogramm „Seitenwech-

sel“ der Bundesregierung zurück, ein Bestandteil des Regierungsprogramms „Moderner Staat – Moderne Verwaltung“, das von der rot-grünen Regierung unter Bundeskanzler Schröder von 2004 aufgelegt wurde. Ziel des Vorhabens sei ein langfristiger Wissenstransfer, um einen Mentalitätswechsel in der Bundesverwaltung zu erreichen, so die wohlklingende Begründung der Bundesregierung.

Bei genauerem Hinsehen entpuppt sich diese Praxis als unter demokratietheoretischen Gesichtspunkten äußerst problematische Verflechtung zwischen Bundesregierung, Unternehmen und Wirtschaftsverbänden. Unter den über 100 bekannten Fällen sind ganze zweimal die Gewerkschaften vertreten, Nichtregierungsorganisationen überhaupt nicht, weder Umweltorganisationen, noch Verbraucherschützer oder Patientenorganisationen. Das ist kein Zufall, sondern zeigt, welcher Input von staatlicher Seite in der jüngsten Zeit besonders gefragt ist.

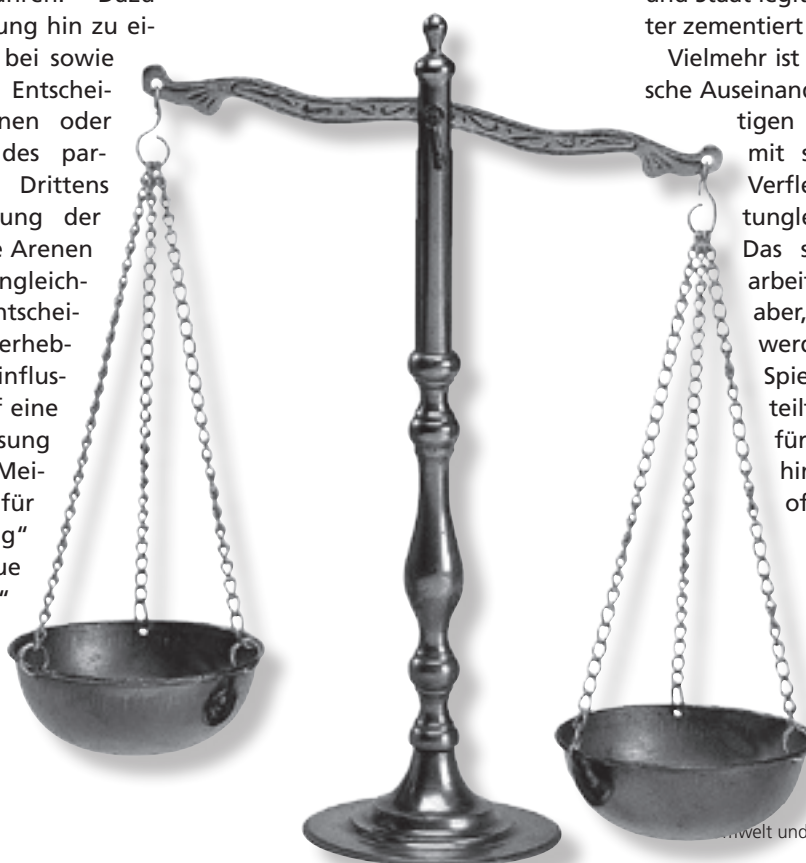
Herausforderungen für die Zivilgesellschaft

Die Konsequenz sollte nicht sein, nun als NGOs ebenfalls Zugang zu dem Austauschprogramm zu fordern. Eine selektive Integration kritischer Zivilgesellschaft und marginale Einbindung williger NGOs würde wahrscheinlich dazu führen, dass eine hochgradig ungleiche Verflechtung von Wirtschaft und Staat legitimer erschiene und weiter zementiert würde.

Vielmehr ist eine grundsätzlich kritische Auseinandersetzung mit der heutigen Form des Lobbyismus, mit seinen Methoden, den Verflechtungen und Machtungleichgewichten gefragt. Das schließt eigene Lobbyarbeit nicht aus – bedeutet aber, sich stärker bewusst zu werden, dass man auf einem Spielfeld mit ungleich verteilten Ressourcen agiert, für dessen Akteure darüber hinaus unterschiedliche inoffizielle Regeln gelten.

Ulrich Müller

Der Autor ist Politikwissenschaftler und Vorstandsmitglied des lobbykritischen Vereins LobbyControl. Weitere Informationen unter www.lobbycontrol.de und www.keine-lobbyisten-in-ministerien.de.



Internet sinnvoll nutzen

Chancen und Bedingungen erfolgreicher

Online-Kampagnen

Die Vorteile des Internets liegen auf der Hand: Wir können heute schnell gleichzeitig mit einer quasi unbegrenzten Anzahl von Menschen kostenlos kommunizieren. Es erlaubt anders als Briefe und Rundbriefe eine sofortige Reaktion. Massenkommunikation ist nicht mehr an Zeitungen, Radio oder Fernsehen, also an Nachrichtenübermittler gebunden. Sie kann direkt erfolgen. Die Kommunikation kann bi- und multidirektional angelegt werden. Das Internet ermöglicht uns, gemeinsam zu handeln, ohne an einem gemeinsamen Ort zu leben. Über E-Maillisten, Websites, WIKIs, Blogs, Mobiltelefone fällt es leicht, wirksames politisches Handeln dezentral an verschiedenen Orten zu koordinieren.

Bisher werden die Möglichkeiten des Internets in NGOs vor allem zur internen Organisation und zur Informationsweitergabe an Interessierte genutzt. Zwar finden sich immer wieder – oft nicht weiter durchdachte – **E-Mail-Aktionen an Politiker/innen** und Unternehmen. Die Chancen, die sich durch einen systematischen, zielgerichteten Einsatz von E-Mail-Aktionen in politischen Auseinandersetzungen ergeben, bleiben vielfach noch ungenutzt.

Warum wirken Protest E-Mails? Sie sind leicht per Filter zu löschen oder direkt zu blockieren. Nur die erste Mail unter gleichlautenden besticht durch ihre Argumente. Kennt der Empfänger eine Mail, kennt er alle. Trotzdem werden die Mails in der Regel entgegengenommen. Politisch wirkungsvoll sind sie allein schon durch die Menge: Wenn sich tausende Bürger/innen für ein Thema stark machen, erhalten plausible Forderungen Nachdruck.

Doch die eigentliche Wirkung begründet sich anders. Mehr und mehr Politiker/innen sehen Massen-E-Mails als Chance. Tausende Menschen lassen sich mit einer per Mail übermittelten Antwort erreichen. Solch eine zielgruppengerechte Ansprache erlaubt übliche Öffentlichkeitsarbeit nicht. Gerade, wenn die Politiker eine andere Meinung als die Aktionsteilnehmer/innen vertreten, erhalten sie die seltene Chance, sich mal nicht an sowieso schon Überzeugte zu wenden.

Mit der Entscheidung für eine Antwort müssen sich Politiker/innen zwangsläufig mit den Argumenten der Aktionsteilnehmer auseinandersetzen. Je größer die Gruppe ist, an welche die Antwort geht, umso wahr-

scheinlicher ist, dass nicht nur Büromitarbeiter/innen mit der Aufgabe betraut sind.

Diese Art der Rückkopplung birgt für NGOs auch Risiken. Natürlich ist es gut, wenn sich die Politik mit den Forderungen der eigenen Organisation auseinandersetzt. Gleichzeitig werden die eigenen Unterstützer/innen direkt den Argumenten und natürlich auch den Fehlinformationen möglicher politischer Gegner ausgesetzt. Es ergibt sich aber auch die Chance, die Antwort des Politikers selbst kommentiert ins Internet zu stellen und zum Gegenstand der politischen Auseinandersetzung zu machen.

Online-Campaigning darf also nicht auf die Bereitstellung eines Mail-O-Maten reduziert werden, wenn politische Chancen genutzt und Schäden vermieden werden sollen. Online-Maßnahmen sollten in eine größere Kampagnenstrategie eingebunden werden.

Denn schlechte Aktionen sind nicht nur wirkungslos, sie sind gefährlich. Undurchdachte Aktionen mit schlecht formulierten, unangemessenen Texten, zum falschen Zeitpunkt oder an die falschen Adressat/innen können leicht den mühsam über Jahre entwickelten Ruf der Organisation als kompetenter, fachlich versierter



Berater oder Kooperationspartner zerstören. Aktionen mit geringer oder ausbleibender Beteiligung setzen darüber hinaus kontraproduktive Signale: „das Thema interessiert wirklich niemanden“. Den one best way für eine erfolgreiche Online-Kampagne gibt es nicht. Dennoch lassen sich bestimmte Erfolgsfaktoren ausmachen

Aktionen nicht nebenher laufen lassen

Online-Aktionen sind nicht bloßes Beiwerk zur üblichen Presseinformation, die man einmal aufsetzt und sich dann Wichtigerem zuwendet. Vielmehr wird damit ein Dialogprozess begonnen. Dieser muss begleitet werden, wenn er nicht gegenüber Politik und eigenen Unterstützer/innen unglaublich werden soll. Politiker/innen und Teilnehmer/innen der Aktion reagieren darauf und erwarten eine Dokumentation und Bewertung des Dialoges. Die eigenen Maßnahmen, die Reaktionen darauf und die eigenen Erfolge müssen plausibel gemacht werden. Letztlich muss den Teilnehmer/innen klar werden: „was hat mein Engagement gebracht?“. Online-Aktionen sollten nicht schwarzen Löchern gleichen, in denen die Beiträge von Netzaktivisten verschwinden.

Aus dem gleichen Grund darf die Kommunikation auch nicht einseitig den Kommunikationsfachleuten oder den Fachreferent/innen in der Organisation überlassen werden. Gute Ergebnisse sind nur dann wahrscheinlich, wenn beide intensiv zusammenarbeiten und die Organisation zumindest für den Zeitraum der Aktion gewährleisten kann, dass Anfragen von Teilnehmer/innen professionell beantwortet werden, dass auf Rückmeldungen aus der Politik professionell reagiert wird, dass Veränderungen im politischen Raum umgehend in die Kampagnenstrategie einfließen.

Reaktionsgeschwindigkeit ist im Internet Trumpf

Anders als bei einer Postkartenaktion schadet es der eigenen Glaubwürdigkeit, wenn nach einer schon getroffenen Entscheidung immer noch Aufrufe dazu im Abgeordnetenbüro eingehen. Es müssen Ressourcen in der Organisation verfügbar sein, die kurzfristiges Umdenken und schnelles Handeln erlauben. Deshalb gilt: Ändert sich die politische Lage, beispielsweise durch

einen Beschluss des Koalitionsausschusses, muss sich auch die Kampagne wandeln. Eine enge Zusammenarbeit zwischen Fachreferenten und Online-Campaigner/innen ist unabdingbar und muss dieser Geschwindigkeit gerecht werden können.

Online-Aktionen leben von Timing und Zielgenauigkeit

Mit dem Internet lässt sich sehr schnell auf politische Entwicklungen reagieren und Druck erzeugen. Dabei erfolgt Online-Mobilisierung oftmals in einer oder mehreren Wellen. Danach nimmt die Anzahl der Teilnehmer/innen stark ab. Idealerweise sollten deshalb Aktionsform und Aktionszeitraum so gewählt sein, dass der Druck bis zu einem konkreten Entscheidungspunkt aufrecht erhalten und wenn möglich gesteigert werden kann. Es braucht deshalb zu jeder Online-Aktion ein sinnvolles Ausstiegsszenario zu einem bedeutenden politischen Kristallisationspunkt – etwa einem Bundestagsbeschluss, an dem die Teilnehmer/innen sehen können, ob ihr Engagement Wirkung gezeigt hat.

Die eigenen Mitglieder mobilisieren

Online-Aktionen von bekannten NGOs ohne Teilnehmer/innen schaden dem eigenen Anliegen. Wenn es schlecht läuft, signalisieren sie der Politik, dass es der NGO nicht einmal gelingt, die eigenen Mitglieder für ihre Anliegen zu mobilisieren. Es ist schade, dass es bisher kaum eine NGO schafft, ihre eigenen Mitglieder für politische Kampagnen per Internet zu adressieren und zu aktivieren. Hier liegen in den Verbänden riesige politische Potentiale brach. Insbesondere Abstimmungsprobleme zwischen Landes- und Bundesverbänden machen eine schnelle Mobilisierung von Mitgliedern für politische Kampagnen oft unmöglich.

Mehr und bessere Zusammenarbeit

Auch die eifersüchtige Abgrenzung gegenüber NGOs im selben Themenfeld ist politisch kontraproduktiv. Durch gemeinsame Mobilisierung lie-

ße sich politisch viel erreichen. Dabei muss nicht immer alles gemeinsam passieren, doch Absprachen darüber, wer zu welchen Themen Online-Aktionen vorbereitet und ein gegenseitiger Verweis auf die Aktionen der Partner würde helfen und zu Win-Win-Situationen führen.

Wenn jede NGO eine identische Online-Aktion zum selben Thema startet, ist dies wenig sinnvoll: Folge ist nicht nur Doppelarbeit bei der Bereitstellung der Technik, dem Fehler-Support und der inhaltlichen Betreuung. Doppel-Aktionen sorgen auch bei den Teilnehmer/innen für Verwirrung.

Sie wissen nicht, ob sie an der jeweiligen Aktion bereits teilgenommen haben, sie finden keine zuständigen Ansprechpartner für Rückmeldungen.

Zudem gelingt es kaum, den Erfolg der Aktionen zu dokumentieren (s.o.). Bei Doppel-Aktionen ist die notwendige Rückkopplung zu Politiker/innen und Teilnehmer/innen nicht sinnvoll herstellbar. Möglich und hilfreich ist aber der Verweis auf Aktionen von Partnerorganisationen. Die begrenzte Kraft der Verbände sollte lieber in die Entwicklung ergänzender statt dublierender Aktionen oder Kampagnen investiert werden.

Wie in den USA werden wir das Internet in den kommenden Jahren nicht nur zur Informationsweitergabe oder zur internen Kommunikation nutzen. Es wird immer mehr zu einer zentralen Arena der politischen Auseinandersetzung. Dabei verschwimmen Ressortgrenzen innerhalb der eigenen Organisation und zu anderen Organisationen. Die Meinungsäußerung des einzelnen Bürgers gewinnt an Gewicht, während die Stimme der Organisation schwächer wird. Politische Erfolge werden davon abhängen, ob es uns gelingt, die Dynamiken dieses Prozesses zu verstehen und in geeigneter Weise darauf zu reagieren.

Günter Metzges

Online-Aktionen sollten nicht schwarzen Löchern gleichen, in denen die Beiträge von Netzaktivisten verschwinden

Der Autor arbeitet im Ökologischen Zentrum Verden und ist Mitbegründer von Campact, einem Online-Netzwerk von mittlerweile mehr als 40.000 Netzaktivisten. Seit Anfang 2005 organisiert Campact gemeinsam mit verschiedenen NGOs Online-Kampagnen zu unterschiedlichen aktuellen Gesetzgebungsprozessen.

Zu schwer, den Wolf unterm Schafspelz zu finden?

NGOs und Weltbank, ein komplexes Verhältnis

Im März 2005 ging ein kollektiver Aufschrei durch die Nichtregierungs-Szene und große Teile des politischen Europas. Präsident Bush stellte Paul Wolfowitz, den Architekt des Irakkrieges, als seinen Wunschkandidaten für die Weltbankspitze vor. Da die Weltbank traditionell von den US-Amerikanern besetzt wird, nützte die Aufregung jedoch nichts. Wolfowitz wurde Weltbankpräsident, startete eine Charmeoffensive und stürzte nicht durch NGO-Kampagnen, oder europäische Intrigen, sondern über eine selbst gemachte Affäre.

Die Aufregung im Jahr 2005 war eine Personaldiskussion, die die Institution „Weltbank“ stand dabei nicht wirklich zur Disposition. Vorbei die Zeiten, wo IWF und Weltbank Zehntausende Demonstranten auf die Straße trieben. Aber hat sich die Weltbank, die für ihre einseitige Wirtschaftspolitik, Strukturanpassungsmaßnahmen und riesige Infrastrukturprojekte in der Kritik stand, geändert, hat sie sich verbessert? Sie hat unter Wolfowitz Vorgänger Wolfensohn ebenfalls mit einer Charmeoffensive auf die Kritik reagiert und massiv an ihrer Rhetorik gearbeitet. So stilisiert sich die Bank heutzutage als oberste globale Klimaschützerin, erfolgreich: ihr wird eine wichtige internationale Rolle bei der Bekämpfung des Klimawandels zugesprochen. Unter anderem soll sie ein internationales Investitionsrahmenwerk für saubere Energie und Entwicklung erarbeiten (Rundbrief 2/2007).

Rhetorik von Realität trennen

Und selbst im Bereich Privatisierung, stellt die Weltbank ihr Dogma, dass die Privatisierung die Mutter aller Entwicklung sei, schon einmal selbstkritisch in Frage. Doch man muss die Rhetorik von der Realität trennen. Und in der Realität macht die Weltbank im Großen und Ganzen weiter wie bisher: Liberalisierung und Privatisierung sollen Wirtschaftswachstum bringen, als Voraussetzung für mehr Wohlstand. Das funktioniert ansatzweise in einzelnen Sektoren einzelner Länder, ohne jedoch den versprochenen Wohlstand für alle zu bringen und in Sektoren wie der Wasserversorgung brachte die Privatisierung keineswegs die Verbesserung des Service und die Ausbesserung maroder Versorgungssysteme, son-

dern höhere Preise bei schlechterer Versorgung.

Auch beim Klimaschutz herrscht mehr Schein als Sein: Die Weltbank finanziert massiv fossile Energien, die Zahlen in diesem Bereich steigen, statt zugunsten von Erneuerbaren und Energieeffizienz zu sinken. Ebenso bleibt die Weltbank im klimawichtigen Waldbereich in der Kritik: so berichtet Greenpeace im August, dass die Weltbanktochter International Finance Corporation (IFC) in den letzten vier Jahren über 11 Millionen Dollar Kredite und Garantien an die Handelsfirma Olam International gegeben hat, die im Kongo wegen illegalen Holzeinschlags belangt wird und der vorgeworfen wird, illegal Holzschlagkonzessionen erworben zu haben.

Ist die Weltbank zu komplex?

Genaueres Hinsehen ist also nötig, um zu sehen, dass sich in der Substanz wenig geändert hat und die Weltbank nach wie vor eine Institution ist, die den Interessen und Firmen ihrer großen Geldgeber deutlich mehr nutzt, als ihrer Aufgabe „Abschaffung der Armut“ nachzukommen. Das Interesse jedoch, sich mit der Weltbank auseinander zu setzen, steht in keinem Verhältnis zu ihrer Bedeutung und dem Schaden, den sie weltweit anrichtet. Ist die Weltbank zu komplex? Ist es zu leicht, sich im Gewirr der verschiedenen Weltbankarme (International Bank for Reconstruction and Development, International Development Association, International Finance Corporation, Multilateral Investment Guarantee Agency und International Center for the Settlement of Investment Disputes) und Weltbankrollen (Entwicklungsbank, Investitionsbank, Wissensbank) zu verlieren? Gehen Organisationen der Rhetorik auf den

Leim? Dabei ist es eine Institution, die den meisten Menschen immerhin schon ein Begriff ist, bei der die Anteilseigner, zu denen auch die Bundesrepublik gehört, mitentscheiden über Politik und Projekte. Und sie ist eine Institution, die in regelmäßigen Abständen Geld braucht, was ein besonders günstiger Zeitpunkt für Nichtregierungsorganisationen ist, um Einfluss auf ihre Politik zu nehmen.



„Wiederauffüllungen“ nutzen

Wie zum Beispiel jetzt: die Mittel der International Development Association (IDA), die besonders zinsgünstige Kredite oder Zuschüsse vergibt, werden Ende 2007 für die nächsten drei Jahre festgelegt. Solche „Wiederauffüllungen“ können von den Anteilseignern für Reformen genutzt werden. Auf die Einrichtung des „Inspection Panels“ der Weltbank, eine Beschwerdestelle für Projektbetroffene, ließ sich die Weltbank zum Beispiel während einer früheren Auffüllungsrunde ein. Deshalb machen europäische Nichtregierungsorganisationen gerade Druck auf europäische Regierungen. Diese sollen ihrerseits die Weltbank dazu bringen, Entwicklungsländern keine wirtschaftspolitischen Maßnahmen mehr vorzuschreiben und aus der Förderung fossiler Energien auszusteigen. Mehr Informationen für die, die sich doch intensiver mit der Weltbank auseinandersetzen wollen: www.worldbankcampaigneurope.org

Regine Richter

Die Autorin arbeitet bei der Umwelt- und Menschenrechtsorganisation Urgewald zu internationalen Finanzinstitutionen und ist Mitglied im Leitungskreis des Forums Umwelt und Entwicklung.

Ownership als Grundlage internationaler Konferenzen?

Zivilgesellschaftliche Konferenz zur ländlichen Entwicklung

Basisbewegungen äußern schon lange Bedenken, dass auf internationalen Konferenzen über ihre Köpfe hinweg über ihre Lebenswelten debattiert werde, ohne sie, die eigentlichen Betroffenen, angemessen an diesen Prozessen und Entscheidungsfindungen zu beteiligen. Bei vielen diesen Konferenzen sind sie völlig unterrepräsentiert. Außerdem sind sie selten in den zentralen Gremien dieser Konferenzen vertreten.

Die Gründe für dieses Phänomen sind vielfältig. Viele Basisbewegungen sind nicht in dem Maße vernetzt, wie bspw. die etablierten NRO. Dies liegt nicht zuletzt an der unterschiedlichen Ressourcenausstattung. Da viele Konferenzen zu Themen des globalen Südens im Norden stattfinden kommen logistische und finanzielle Hürden hinzu. Auch Sprachbarrieren gilt es zu überwinden. Außerdem bedeutet echte Ownership auch die Rückgabe von Entscheidungsprozessen und Kompetenzen an die Betroffenen und deren Repräsentanten. Und das ist nicht immer leicht.

Aber es gibt Möglichkeiten diese Schiefelage zu beheben. Ein Beispiel ist die zivilgesellschaftliche¹ Konferenz ‚Rural Life‘ zur ländlichen Entwicklung. Sie wurde als Vorkonferenz zum europäischen Forum für nachhaltige ländliche Entwicklung im Juni in Berlin veranstaltet. Ein zentrales Anliegen der zivilgesellschaftlichen Konferenz war, Strategien und Meinungen von Basisbewegungen und NRO zu diskutieren und abzustimmen um diese im EU-Forum vorzubringen.

Prozesse innerhalb der Zivilgesellschaft

Von Beginn der Planung an versuchte das Organisationskomitee den Basisbewegungen des Südens eine entscheidende Rolle bei der Festlegung der Themen und der Bewertung der politischen Prozesse zukommen zu lassen. Ein erster Schritt war das Einführen einer Quote für die TeilnehmerInnen, die dann auch die 50 Delegierten des EU-Forums bilden sollten. So sollte die klassische Dominanz der NRO verhindert, Bauernverbände angemessen repräsentiert und besonders häufig vernachlässigte Gruppen wie Pastoralisten und Fischer einge-

bunden werden. Zusätzlich wurden bei der Auswahl der TeilnehmerInnen Frauen besonders berücksichtigt und versucht, eine geografische und ideologische Vielfalt zu erreichen.

In einem zweiten Schritt wurde ein Steuerungskomitee einberufen, das aus vier Mitgliedern von Basisbewegungen und einem Vertreter einer NRO aus dem Gastgeberland bestand. Aufgabe dieses Komitees sollte sein, Themen und Ausrichtung der Konferenz zu bestimmen und Forderungen der Zivilgesellschaft an die Organisatoren des EU-Forums zu formulieren.

Die hochgesteckten Ziele zur Sicherstellung einer angemessenen Partizipation aller relevanten Gruppen wurden nicht erreicht. Aber rückblickend kann festgehalten werden, dass eine Festlegung solcher Ziele wichtig war, um sich bestmöglich darum zu bemühen.

Die Auseinandersetzung mit staatlichen Akteure

Für die Teilnahme am europäischen Forum wurden drei zentrale Forderungen gestellt. Wichtigste Forderung war die eigenständige Auswahl der zivilgesellschaftlichen Delegierten nach dem Motto: Wir bestimmen selbst, wer uns repräsentiert. Zudem wurde eine angemessene Repräsentanz der Zivilgesellschaft auf dem Forum eingefordert² wie auch die Mitbestimmung bei der Auswahl der Themenschwerpunkte. Die erste Forderung wurde weitgehend akzeptiert, die weiteren nur in Ansätzen.

In den abendlichen Treffen des Steuerungs- und Organisationskomitees wurden die Ergebnisse des Forums bewertet und das weitere Vorgehen abgestimmt. Es erwies sich als sehr hilfreich auch während des EU-Forums eigene Räumlichkeiten für die Zivilgesellschaft zu haben. Durch die eigenständige Organisation, die Tref-

fen der Komitees und die Präsentation der Ergebnisse der Vorkonferenz – also die Forderungen der Zivilgesellschaft an die Politik – wurde die Zivilgesellschaft auf dem EU Forum deutlich als eigenständige Kraft wahrgenommen. Dies stellte zudem sicher, dass sie nicht von der EU oder der mitveranstaltenden Global Donor Platform (GDP) vereinnahmt wurde.

Obwohl es einige Verbesserungen bezüglich der Teilnahme der Zivilgesellschaft, besonders bei den Repräsentanten der Bauernorganisationen gegeben hat, scheint es aber noch ein weiter Weg zu sein hin zu einer Partizipation auf gleicher Augenhöhe.

Fazit

Allein durch eine die Auseinandersetzung mit ‚angemessenen‘ Quoten für TeilnehmerInnen internationaler Konferenzen wird die Frage aufgeworfen, wer jeweils die wichtigsten Stakeholder sind. Sicher gestellt werden sollte, dass die Organisationen der unmittelbar betroffenen Gruppen, im Falle ländlicher Entwicklung Bauernbewegungen, Pastoralistenverbände etc. als zentrale Stakeholder anerkannt werden. Eine wichtige Aufgabe für die NRO sollte es sein, diese Partizipationsprozesse der direkt betroffenen Gruppen auch bei Konferenzen vermehrt zu organisieren. Damit kann ein wichtiger Beitrag geleistet werden, die Betroffenen von Beginn an in Diskussionsprozesse einzubinden.

Regierungen und Institutionen sprechen seit einiger Zeit gerne von Ownership. Eine Umsetzung dieses Prinzips bedeutet auch, vermehrt Partizipation bei internationalen Konferenzen zu ermöglichen. Ob das nun Ownership genannt werden sollte oder echte Partizipation an den Diskussionsprozessen, die zukünftige Politik mitentscheiden, ist nicht wirklich wichtig.

Roman Herre

Der Autor ist bei FIAN Deutschland zuständig für Agrarreformen und war Mitglied des Organisations- und Steuerungskomitees der Konferenz Rural Life.

Das Statement der Zivilgesellschaft zu ländlicher Entwicklung und die Schlussbewertung des Europäischen Forums sind auf der Homepage des FUE (Positionspapiere) nachzulesen.

¹ Unter Zivilgesellschaft werden hier alle Kräfte außerhalb des Staates, der Wirtschaft und des privaten individuellen Bereiches gezählt. Somit sind hier Basisbewegungen wie auch NRO gemeint.
² Die Zivilgesellschaft forderte einen Platz auf dem Podium bei jeder Plenarsitzung und Mitbestimmung bei der Auswahl der Resource Persons für die verschiedenen Workshops.

Internationale zivilgesellschaftliche Vernetzung zur Biologischen Vielfalt

Erfahrungen und Herausforderungen

Bonn wird Schauplatz der 9. Vertragsstaatenkonferenz zur Konvention über die biologische Vielfalt vom 19. bis 30. Mai 2008 sein. Eine Woche vor dieser „Conference of the Parties“ (COP) kommen vom 12. bis 16. Mai 2007 die Delegationen der Regierungen zusammen, um das Cartagena Protokoll über biologische Sicherheit weiter zu verhandeln, einem Unterabkommen der „Convention on Biodiversity“ (CDB).

Die Konferenzwochen sind die „prime time“ für die Aktionen der verschiedenen zivilgesellschaftlichen Gruppen, um die Verhandlungen der Delegierten aus 190 Staaten einschließlich der EU zu beobachten und zu beeinflussen. Es werden bis zu 1000 Vertreterinnen und Vertreter aus Nichtregierungsorganisationen des Natur- und Umweltschutzes, der Entwicklungshilfe und der Landwirtschaft, aus lokalen Aktionsgruppen, lockeren Netzwerken mit Aktivisten und von indigenen Volksgruppen anwesend sein.

Das Forum Umwelt & Entwicklung hat sich zur Aufgabe gesetzt, die internationale zivilgesellschaftliche Vernetzung organisatorisch mit zu unterstützen und mit den deutschen Aktivitäten zu verknüpfen. Dafür steht das CBD Projektbüro in Bonn zur Vorbereitung der COP 9 zur Verfügung, das vom Bundesamt für Naturschutz mit Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit gefördert wird.

Erstes internationales Vernetzungstreffen in Paris

Die Vorbereitung von Beschlüssen, die auf der COP 9 gefasst werden sollen, geschieht nach einem strengen Fahrplan, an den sich die zivilgesellschaftlichen Bündnisse anpassen und orientieren. So fand ein zweitägiger Strategieworkshop vor der 12. Verhandlungswoche (2.-6. Juli 2007) des wissenschaftlichen Gremiums der CBD (SBSTTA 12 - „Subsidiary Body on Scientific, Technical and Technological Advice“) in Paris statt. Eingeladen hatte die CBD Alliance, die sich versteht als „loose network of activists, NGOs, local community representatives and Indigenous Peoples representatives

advocating for improved and informed participation in Convention on Biological Diversity processes – particularly the participation of Southern

NGOs, Indigenous Peoples and Community Based Organizations“ (www.cbdalliance.org). An dem Treffen beteiligten sich zudem auch weltweit organisierte Verbände wie Greenpeace, WWF und Birdlife sowie erstmalig auch Kollegen von BUND und NABU.

Vorgestellt und ausgiebig diskutiert wurden vor allem die „heißen“ Themen der SBSTTA 12-Agenda:

- Nutzung von Biokraftstoffen (biofuels/agrofuels) und Auswirkungen auf die biologische Vielfalt und die indigene Bevölkerung, insbesondere in den tropischen Wäldern Südamerikas und Indonesiens,
- Einrichtung von Schutzgebieten und deren Finanzierung sowie Abbau schädlicher Subventionen (perverse incentives)
- Neue Finanzierungsmechanismen wie trust funds und die Mittelvergabe durch die Global Environment Facility (GEF).

In Arbeitsgruppen erörterte man z.B. die Vorschläge der EU-Experten-Gruppe, die im April auf der Insel Vilm tagte, und formulierte spezielle Stellungnahmen dazu, die anschließend im Plenum vorgestellt und untereinander abgestimmt wurden. Die vom CBD-Sekretariat vorgelegten Papiere wurden vor allem in Bezug auf die vorgeschlagenen Empfehlungen (recommendations) im Einzelnen von Experten kritisch analysiert und kommentiert.

Das Forum Umwelt & Entwicklung will die internationale zivilgesellschaftliche Vernetzung organisatorisch unterstützen.

Verknüpfung der Erfahrungs- und Meinungsvielfalt

Die große Herausforderung der Strategiesitzung bestand in der Aufgabe, eine angemessene Plattform zur Diskussion und Abstimmung der Erfahrungs- und Meinungsvielfalt der unterschiedlichsten Gruppierungen aus allen Kontinenten und Kulturen zu bieten. Nach z.T. ausgiebigen Positionsbestimmungen – z.B. bei der Frage der Biokraftstoffnutzung - konnte man sich in vielen inhaltlichen Punkten auf eine gemeinsame Linie im Vorge-

hen während der Verhandlungswoche einigen.

Die Lobbyisten fühlten sich somit gut gerüstet für die Gespräche mit den verschiedenen Delegationen und die

öffentlichen Statements während der Verhandlungen einzelner Themen. Weiteren fachlichen Input konnte man sich auf den vielen „side events“ während der Mittagspause oder am späten Nachmittag holen.

Allmorgendlich fand vor Verhandlungsbeginn die zivilgesellschaftliche Abstimmungsrunde statt, um die vorläufigen Entwicklungen und Verhandlungsergebnisse zu bewerten und die Vorgehensweise zu justieren. Täglich kommentierte „ECO – the voice of the NGO community“ die neue Lage.

Die im Forum Umwelt und Entwicklung zusammenarbeitenden Verbände, Gruppen und Personen brachten ihre Ideen, Vorschläge und Positionen in die internationale Debatte mit ein und beteiligten sich intensiv am Lobbying während der Verhandlungen. Sie tragen auch die Sichtweise der internationalen zivilgesellschaftlichen Gemeinschaft mit in ihre Verbände hinein – so ist zu hoffen.

Soll die COP 9 zu einem großen Erfolg in der Geschichte der CBD werden, ist es zu wünschen, dass sich noch mehr Aktive für die internationale zivilgesellschaftliche Vernetzung engagieren.


Günter Mitlacher

Günter Mitlacher ist Ansprechpartner für die NGO-Koordination des Forums Umwelt und Entwicklung für die Vorbereitung der CBD COP 9.

Geld für Gutes

Finanzierung von NRO im Zeitalter von Corporate Citizenship und konsolidierter Haushalte

NRO sind die „Infrastruktur“ unserer Zivilgesellschaft. Trotz ihrer allgemein anerkannten wichtigen Bedeutung in Politik und Gesellschaft blicken einige von ihnen mit Skepsis in die Zukunft und stehen vor großen Herausforderungen hinsichtlich ihrer Finanzierung. Zum einen geht die öffentliche Unterstützung zurück, zum anderen wird die Werbung von neuen Mitgliedern, langfristig Engagierten und die Besetzung von Führungspositionen immer schwieriger.

Rolle von NRO

Hinzu kommt, dass sich Selbstverständnis, Aufgabenstellung und Umfeld von NRO in Industrieländern in den vergangenen Jahren erheblich gewandelt haben. Erhöht haben sich der Legitimationsdruck und der Anspruch an die Qualität der Arbeit. Die komplexen Probleme und Zusammenhänge, die sich aus der weltweiten Globalisierung und den damit verbundenen negativen Auswirkungen und der wachsenden Macht der globalen Märkte ergeben, erfordern hoch qualifizierte Spezialisten in den Organisationen. Staatliche Akteure erwarten in manchen Bereichen eine aktive strategische Rolle von NRO zur politischen Lösung komplexer Probleme.

NRO sind in diesem Fall sowohl als Dienstleister im Rahmen staatlicher Politikimplementierung tätig, als auch der Ausdruck von unzufriedenen Bürgerinnen und Bürgern mit der gegenwärtigen Politik oder einer bestimmten gesellschaftlichen Entwicklung. Hier stellen sie Transparenz, Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit her. Dabei geht es vor allem darum, Strategien zu entwickeln und Druck für Veränderungen auszuüben. Insgesamt wird sowohl von der Politik als auch der Gesellschaft erwartet, dass sich die Menschen freiwillig engagieren und als Bürger gesamtgesellschaftliche Aufgaben wahrnehmen. Dafür sollen sie mit aktuellen politischen Entscheidungen aus dem Finanzministerium unter anderem auch steuerlich entlastet werden durch das dieser Tage den Bundesrat passierende Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements.

Aktuelle Rahmenbedingungen

Diesen Fakten stehen gegenüber: stagnierende Spendenvolumen (in Deutschland kursieren laut DZI Spendenalmanach 2006/7 Zahlen von 3-5

Mrd. € jährlich) bei gleichzeitigem Rückzug des Staates aus dem Wohlfahrts- und sozialen Bereich und leeren öffentlichen Kassen. Verbunden ist diese Entwicklung mit großen finanziellen Einbußen für jene, die zumindest teilweise genau diese staatlichen Aufgaben übernehmen. Eine weitere Entwicklung gehört in diesen Kontext: Stiftungen schießen in den letzten Jahren wie Pilze aus dem Boden. Während in den 80er Jahren jährlich ca. 150 Neugründungen in Deutschland zu verzeichnen waren, sind es seit der Jahrtausendwende jährlich über 800.

Finanzierung als institutionelle Förderung über mehrere Jahre wäre die ideale Grundlage, um all den gewachsenen Herausforderungen, denen NRO gegenüberstehen, gerecht zu werden. Stattdessen sehen sie sich mit einer weit verbreiteten „Projektitis“ konfrontiert. Die Arbeit muss, ob im Einzelfall sinnvoll oder nicht, in einzelne voneinander abgrenzbare Projekte zerlegt werden. Mit diesen zeitlich und thematisch abgegrenzten Konzepten können potenzielle Finanziers angesprochen werden. Die öffentlichen

oder privaten Geldgeber erwarten ihrerseits jedoch realistische Konzepte, wie die Arbeit nach Abschluss der Förderung weiter finanziert werden soll. Hinzu kommt noch, dass die Organisationen viel Zeit in Antragswesen (vom Antrag stellen über die Abwicklung bis zur Abrechnung) stecken müssen. Diese Zeit geht oft von der bereits sehr knapp bemessenen Arbeitskapazität für Inhalte ab.

Ein weiteres Dilemma hat sich herausgebildet: NRO treten zunehmend in Konkurrenz auf dem Markt der Finanzierung, Förderung und öffentlichen Wahrnehmung. Daraus folgt eine immer schärfer werdende Profilbildung, die oft einher geht mit der Unfähigkeit, in Bündnissen und Kampagnen noch fair zusammenzuarbeiten.



Hier besteht durchaus die Gefahr, dass der Inhalt, die Sache, um die es ursprünglich ging, mehr und mehr in den Hintergrund tritt.

Zu diesen Entwicklungen kommt hinzu, dass fördernde Akteure Themen selbst setzen und keinem Gleichbehandlungsgrundsatz folgen müssen. Demzufolge müssen NRO auch Trends folgen und können eine oft über Jahre aufgebaute gut verankerte Arbeit nicht mehr fortführen, weil neue Themen „in“ sind. Gleichzeitig ist es aber gerade das über Jahre aufgebaute Know How, das nötig ist, um sperrigen Themen in der Gesellschaft und Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen. Bestes Beispiel sind die jüngst in vielen Organisationen wegfallenden Stellen zur Arbeit rund um WTO

und das internationale Handelssystem.

Im Zeitalter von Corporate Citizenship sind auch Unternehmen für einige Organisationen ein potenzieller Partner für die Finanzierung ihrer Arbeit. Gerade Sponsoring ist trotzdem kein Allheilmittel für die Lösung aller Finanzprobleme. Im Gegenteil: in besonderer Weise muss man sich hier die Glaubwürdigkeitsfrage gut beantworten können. Hier sind politische und strategische Entscheidungen auf Seiten der NRO zu treffen, ob Sponsoring eine Option ist. Es geht dabei auch nicht einfach nur um Spenden, sondern um vertragliche Verpflichtungen mit beiderseitigen Rechten und Pflichten bis hin zu steuerlichen Auswirkungen für die gemeinnützigen Organisationen.

Zauberwort Fundraising

Wo soll in diesem Umfeld nun Geld für das Gute herkommen? Es scheint durchaus vorhanden zu sein, die Wege dorthin sind aber komplexer geworden. Es ist essentiell, mittel- und langfristige Finanzierungsstrategien zu planen, inhaltliche und strategische Ausrichtung der Arbeit darauf auszurichten und mit einem scharfen Profil in der Öffentlichkeit zu agieren. Zusätzlich müssen auch die inneren Strukturen von NRO die entsprechenden Voraussetzungen bieten. Nicht immer ist es beispielsweise ratsam, bei knapper werdenden Mitteln auf Stellen für Geschäftsführung oder Fundraising zu verzichten. Gerade an diesen Stellen sitzt Erfahrung und Routine im

Umgang mit Antragstellung, Vertreten der Organisationsziele in der Öffentlichkeit und Kontaktmanagement. Es wird keinen Königsweg geben, aber ein Schlüsselwort lautet: Fundraising-Mix. Die Finanzierung sollte sich aus unterschiedlichen Quellen zusammensetzen mit dem Ziel, einen höchstmöglichen Anteil aus Eigenmitteln zu erreichen. NRO vertreten Ziele und Interessen derer, die ihnen vertrauen. Ihre Glaubwürdigkeit ist damit eine der entscheidenden Größen zur Sicherung ihrer finanziellen Grundlagen. Es kommt oft vor, dass der Anteil der Eigenmittel (Mitgliedsbeiträge, Spenden) ca. 10% des Jahresbudgets einer Organisation erreicht. Hier sollte zumindest eine Verdopplung angestrebt werden.

Wer Fundraising betreibt, entlässt nicht den Staat aus der Verantwortung, sondern plant bewusst, welche Teile der Arbeit öffentlich finanziert werden sollen und wo aus gutem Grund andere Quellen besser passen. Fundraising ist kein Betteln und darf daher auch nicht getrennt von der eigentlichen Vereinsarbeit, quasi als ein zusätzlicher Service betrachtet werden. Es ist Querschnittsaufgabe und hat mit allen Tätigkeitsbereichen der Organisation zu tun. Fundraising heißt überzeugen und bedeutet, Menschen zu gewinnen, die sich für die Arbeit der Organisation engagieren: finanziell oder mit ihrer ehrenamtlichen Mitarbeit. Dazu muss selbstverständlich der Organisationszweck klar sein und nach außen kommuniziert werden: Für was steht die NRO, womit sollen die Menschen gewonnen werden? Auch sollten sich NRO bewusst machen, dass sie an den Ansprüchen hinsichtlich Rechenschaftslegung und Transparenz, die sie an Regierungen und Privatwirtschaft stellen, auch selbst gemessen werden.

„Nur eine NRO, die in der Gesellschaft verankert ist bzw. in Teilen der Gesellschaft, die dort über ein Standing verfügt, die abhängig bleibt von freiwilligen Ressourcenübertragungen aus der Gesellschaft und deshalb ständig um sie kämpfen muss und sich nicht im Ernstfall abkoppeln und auf staatliche Alimentierung zurückziehen kann, ist in der Lage, einen selbstinduzierten Entwicklungsprozess nachhaltig zu begleiten.“ (Glagow, M., 1999)



Martina Schaub

Die Autorin ist Geschäftsführerin des Instituts Südwind.

Pro & Contra

Pro Breite Bündnisse – Contra eine Chance, die es zu nutzen gilt oder ein folgenschweres Wagnis?

3 Standpunkte

Im Vorfeld des diesjährigen G8-Gipfels in Heiligendamm, kamen erstmals seit langer Zeit Nichtregierungsorganisationen, Bewegungen und politische Gruppen im sogenannten G8-Koordinierungskreis zusammen, die sich sonst nicht unbedingt an einen Tisch setzen.

Als dann am 2. Juni die Bilder von steinwerfenden Jugendlichen und brennenden Autos die Nachrichten be-

herrschten, wurde von einigen Seiten die Frage laut, ob es für diesen Koordinierungskreis nicht nötig gewesen wäre, im Vorhinein klarere Absprachen zu den zulässigen Formen des Widerstandes zu treffen oder sich doch direkt nach dem 2. Juni deutlich von Teilen des Koordinierungskreises abzugrenzen. Von anderen wurde wiederum die weitere Zusammenarbeit auch so unterschiedlicher Kräfte positiv bewertet, da die Alternativen dazu noch schlechter wären. Für Attac, das eine wichtige Rolle als Bindeglied zwischen NGOs und Bewegung spielte, gab es eine Zerreißprobe zwischen den beiden gegensätzlichen Tendenzen. Peter Wahl und Werner Rätz, beide im Koordinierungskreis von attac, stehen für diese gegensätzlichen Ansichten. Dr. Ulla Mikota, Geschäftsführerin von VENRO beleuchtet in ihrem Beitrag die Sinnhaftigkeit und Zukunftsfähigkeit dieser strategischen Kooperation aus NGO-Perspektive.

Jeder redete mit jedem

Respektable strategische Kooperation der Zivilgesellschaft beim G8-Gipfel 2008

Was die deutsche Zivilgesellschaft zum G8-Gipfel in Heiligendamm geleistet hat, war insgesamt respektabel. Sie hat einen deutlichen Kontrapunkt gegen die Politik der G8 gesetzt! Sie hat politisch Einfluss genommen, die Öffentlichkeit für den Gipfel sowie seine Themen sensibilisiert; ja sogar in beachtlicher Zahl auch mobilisiert. Und das trotz – oder vielleicht sogar wegen - ihrer enormen Unterschiedlichkeit, die mehr ist als nur einfache Vielfalt. Denn schon im langen Vorbereitungsprozess trafen „politische Welten“ aufeinander.

Beim „Hannover-Prozess“ und im „Rostocker-Bündnis“ versammelten sich von der entwicklungs- und umweltpolitischen NRO-Szene, über Attac und interventionistische Linke bis zum Dissent-Netzwerk Akteure die dem G8-Gipfel in Deutschland kritisch gegenüberstanden und ganz allgemein „eine bessere Welt“ für möglich halten. In ihrer konkreten Alltagsarbeit vertreten sie jedoch ganz unterschiedliche politische Ziele und Strategien. Zum G8-Gipfel war es die Kernfrage der Legitimation der G8 und konkret: G8-Politik beeinflussen oder G8-Gipfel abschaffen. Es bestand also durchaus das Potenzial, sich in erster Linie gegenseitig zu bekämpfen, zu diskreditieren, dem an-

deren die eigene Meinung aufzudrängen oder sich zumindest an die Spitze der Bewegung stellen zu wollen.

Gegenseitige Information und Koordination

Das ist 2006/2007 nicht passiert. Einzelne Versuche dazu wurden vom großen Rest schnell eingefangen. Sehr realpolitisch bestand ein breiter Konsens, dass es in erster Linie um gegenseitige Information und Koordination aller einzelnen Prozesse und Vorhaben geht. Und dass dazu die Bereitschaft notwendig ist, dass prinzipiell jeder mit jedem redet – was im Konkreten sicherlich manchmal nur schweren politischen Herzens möglich war. Aber es gab eine große Einsicht und das Be-

mühen, Kräfte nicht unproduktiv zu verschleifen. Diese Einsicht wurde vor allem von den zentralen politischen Personen im Vorbereitungsprozess mit vertreten und war dadurch stilbildend. Manche mussten dafür von ihrer eigenen politischen Klientel zwar einiges an Kritik einstecken, trotzdem prägten vor allem sie die Atmosphäre der Kooperation und nicht die der demonstrativen Abgrenzung. Hier liegt sicherlich auch für die Zukunft eine Chance und gleichzeitig eine Verantwortung.

Spektren bleiben unter sich

Die pragmatische und breite Zusammenarbeit hatte aber auch ihren Preis. Die Kooperation beschränkte sich vor allem auf logistische Fragen und politisch auf die Großdemonstration und den Alternativgipfel, wobei auch dort schon eine Reihe von Organisationen „Nein Danke“ sagten angesichts der aus ihrer Sicht undifferenzierten politischen Rhetorik der Aufrufe dazu. Ansonsten blieben die politischen Spektren meist unter sich mit ihrem politischen Selbstverständnis und ihren Zielen und mit ihren eigenen Aktionsformen wie den Camps und Blockaden der meist jungen Linken, den kreativen Happenings von Green-

peace, dem Sherpa-Treffen oder dem großen P(oor)8-Konzert von Deine Stimme gegen Armut, mit zahlreichen politischen Stimmen und Botschaften aus dem Süden und dem Einsatz von viel Prominenz.

Keine kontinuierliche Vernetzung

Trotz der insgesamt positiven Bilanz ergibt sich aus der zivilgesellschaftlichen G8-Kooperation in Deutschland keine kontinuierliche Vernetzung oder sogar ein neues Bündnis. Der konkrete Anlass ist vorbei, der Stafelstab und die Erfahrungen werden

weitergegeben an die Japaner und nach und nach klingt man sich aus dem einen oder anderen Email-Verteiler aus. Zudem war das politische Eis dünn auf dem man sich gemeinsam bewegte, das zeigten die gewalttätigen Szenen bei der Demonstration, die teilweise grenzwertigen Blockaden und vor allem grundsätzlich unterschiedliche Politikvorstellungen. Diese wurden angesichts der großen Herausforderung des G8-Gipfels im eigenen Land zurückgestellt. Ganz bewusst wurde nicht versucht (oder der Versuch rasch wieder aufgegeben), eine gemeinsame politische Botschaft

zu formulieren. Sie wäre nicht zustande gekommen und es spricht nichts dafür, dass sich das in Zukunft ändert. Bewahrt und wiederbelebt werden kann hoffentlich die Erfahrung und das Potenzial, dass punktuelle Kooperationen mögliche und respektierte Unterschiedlichkeit politisch erfolgreich sein kann. In diesem Sinne sollte man weiter im Gespräch bleiben.



Dr. Ulla Mikota

Die Autorin ist Geschäftsführerin von VENRO (Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V.).

Zusammenarbeit von unterschiedlichen Kräften nötig

Alternative ist Isolation

An den Protesten zum G8-Gipfel in Heiligendamm waren Akteure aus einem sehr breiten politischen Spektrum beteiligt. Es gab kein formales Bündnis, aber eben doch eine irgendwie organisierte Kooperation oder zumindest Kontakt. Das führte zu Problemen. Das kann auch gar nicht anders sein, wenn man sieht, wer da alles involviert war, auch wenn viele der Beteiligten nie gemeinsam an einem Tisch saßen.

Im Rahmen der NGO-Plattform arbeiteten Organisationen mit, die Teil der formalen, offiziellen Kirchenstrukturen sind. Im dissent + X-Netzwerk waren Strukturen integriert, die ganz ausdrücklich „Bruch“ und „konfrontative Haltung“ zum Ausgangspunkt ihres Handelns machen. Und der G8-Koordinierungskreis umfasste zwar nicht alle dieser Extrempositionen, war aber selbst so breit, dass auch dort keine formalen Bündnisabsprachen möglich waren. Das hat viele immer wieder geärgert, Organisationen, Strömungen haben eigene Aktivitäten entfaltet, komplette eigene Kleinbündnisse aufgebaut. Selbst die formalen Absprachen im Koordinierungskreis etablierten die Selbstständigkeit und je eigene Verantwortung der so genannten Module.

Da kann es nicht wundern, dass an einigen Punkten einzelne Aktionen oder Akteure auf scharfen Widerspruch durch andere stießen oder doch zumindest auf Unverständnis. Die Aus-

einandersetzungen am Stadthafen am Rande der Großdemo sind da nur das spektakulärste, aber keinesfalls das einzige Beispiel. Verstärkt dürften diese Irritationen nochmals dadurch geworden sein, dass auch die eigentliche Grundrichtung des Agierens nicht bei allen Beteiligten gleich war. Das große Anliegen des aktionistischen Teils der Akteure, Delegitimierung der G8, wurde von denen nicht unbedingt geteilt, die stärker auf bessere Ergebnisse der G8-Politik ausgerichtet waren.

Ist angesichts dessen eine, wenn auch begrenzte, Zusammenarbeit so unterschiedlicher Kräfte überhaupt wünschenswert? Ich glaube ja, und das nicht nur, weil alle Alternativen noch schlechter wären.

Das wären sie allerdings auch gewesen, denn jede Alternative wäre auf ein isoliertes Agieren einzelner Organisationen oder kleinerer Bündnisse hinausgelaufen. In Schottland 2005 hatte es ja eine solche Situation ge-

geben, in der drei völlig voneinander unabhängige, getrennte Mobilisierungen stattgefunden hatten. Die großen NGO beklagten hinterher zu recht, dass ihre Anliegen sehr leicht von einer integrativen Medienstrategie der Regierung entschärft und entstellt werden konnten. Umgekehrt hatten die radikaleren, auf grundsätzlichen Widerspruch orientierenden Gruppen kaum eine Chance auf öffentliche Wahrnehmung.

Ich glaube, dass die Struktur medialer Öffentlichkeit zu einer unglaublichen Konzentration des Themenfeldes drängt. Es ist letztlich nur eine einzige Botschaft, die es in die großen Medien, die tagesaktuelle Berichterstattung schafft. Das hatten die Großorganisationen in Gleneagles sehr wohl verstanden und ihre Botschaft erfolgreich zu setzen versucht: Hilfe für Afrika ist dringend. Aber die Medien transportierten auch das, was Blair sagte, in genau diesem Rahmen. Dagegen war man machtlos, denn jede andere Wahrnehmung hätte einen Blick sozusagen von außen verlangt. In Heiligendamm war der mediale Rahmen: Proteste gegen G8. Dahinein wurde alles gesetzt und das gab allen die Möglichkeit, ihre Anliegen unterzubringen.

Ein sehr gutes Beispiel, wie das erfolgreich geschehen kann, lieferte Greenpeace. Die eigentlich ja nicht durch eine lange bündnispolitische Erfahrung ausgezeichnete Organisation hat es perfekt verstanden, Teil des gesamten Protestspektrums und aller wichtigen Bündnisaktionen zu sein und dabei doch ganz deutlich

ihr eigenes Profil zu behalten. Ich denke, dass die gegenseitige Verstärkung der eigenen Anliegen in einem solchen Konzert von Organisationen, Strömungen, Politikverständnissen und Aktionsformen allen Beteiligten nutzt. Wer sich davon fernhielte, könnte zwar vielleicht anderen einen Teil ihrer Aufmerksamkeit nehmen,

aber gleichzeitig auch sich selbst. Irritationen und Widersprüche sind bei einem solchen Konzept allerdings unumgänglich.



Werner Rätz

Der Autor arbeitet für die Informationsstelle Lateinamerika (ILA) und ist Mitglied im Koordinierungskreis von Attac.

Eine Pflicht zum Bündnis gibt es nicht

Politische Bündnisse sind kein Selbstzweck. Ihr Ziel besteht darin, einem politischen Projekt machtpolitisch mehr Gewicht zu geben. Dazu ist die Zusammenführung vieler Bündnispartner eine notwendige, aber keine hinreichende Voraussetzung. Denn die rein zahlenmäßige Breite kann durch andere Faktoren konterkariert werden. D.h. dem Nutzen können auch Kosten gegenüberstehen, die gegeneinander abgewogen werden müssen.

So wächst z.B. mit der Unterschiedlichkeit der Bündnispartner die Notwendigkeit, inhaltliche Kompromisse einzugehen, die die Wirksamkeit des Bündnisses nach außen beeinträchtigen können. Je größer die Zahl der Bündnispartner, umso komplexer und langwieriger sind auch die internen Prozesse. Dann besteht die Frage, ob man sich mit der Ausweitung in eine Richtung nicht wichtige Bündnismöglichkeiten in eine andere Richtung abschneidet und ob das Bündnis insgesamt ein win-win Spiel ist, d.h. allen Teilnehmern etwas bringt, oder ob sich einzelne oder Gruppen von Akteuren auf Kosten anderer profilieren, andere schwächen oder diese gar instrumentalisieren.

Vor dem Hintergrund dieser Kriterien sind auch die Bündnisfragen bei der Kampagne zum G8 zu diskutieren. Die Kritik an den Gipfeln ist eine pluralistische und vielfältige Bewegung. Einen Bündnisautomatismus und eine Verpflichtung oder gar ein Zwang zur Kooperation und Solidarität kann es daher nicht geben. Deshalb sollte man sich von Forderung nach „Einheit der Bewegung“ bzw. dem Vorwurf der „Spaltung“ nicht beeindruckend lassen.

Zumal die „freie Partnerwahl“ auch für jenes Spektrum, das sich selbst als „linksradikal“ zu bezeichnen pflegt,

eine Selbstverständlichkeit ist. Dann nämlich, wenn die Frage der Zusammenarbeit mit Organisationen steht, deren Position ihm nicht passt. So wurde z.B. von vielen Ultralinken in Rostock eine Zusammenarbeit mit dem Spektrum von Deine Stimme gegen Armut, abgelehnt – zum Teil höchst intolerant und aggressiv.¹

Die moralisch aufgeladenen Reden von Einheit und Spaltung haben in diesem Kontext die Funktion, vor allem junge Leute, die sich gerade politisieren, ins politische Gravitationsfeld der Ultralinken zu ziehen. Besonders problematisch wird dies, wenn damit versucht wird, Gewalt zu rechtfertigen. Die Ablehnung von Gewalt gegen andere Personen, wenn man selbst nicht bedroht ist, ist die bottomline emanzipatorischer Politik.

Hier ist eine klare Abgrenzung notwendig. Ein Bündnis mit Kräften, die sich daran nicht halten oder durch die Schaffung von Grauzonen Räume für Gewalt öffnen, ist für emanzipatorische Politik ausgeschlossen. Das ist nicht nur eine Frage des Verhältnisses von Mitteln und Zweck. Wer sich die Souveränität über seine Aktionsform nicht von einer intoleranten Minderheit diktieren lassen will, sollte sich diese Kräfte von vorneherein vom Hals halten.

Attac hat dies für sich bereits 2001 klipp und klar erklärt. In einem Konsenspapier heißt es dazu: „ATTAC ist der Meinung, dass gesellschaftliche Veränderungen durch die Köpfe der Menschen gehen müssen. An diesem demokratischen Imperativ orientieren sich auch die Aktionsformen von ATTAC. Aktionsformen, die diesem Ziel widersprechen und zur politischen Isolierung und moralischen Diskreditierung der Bewegung führen, lehnen wir ab. Daraus ergibt sich, dass unsere Aktionsformen friedlich und frei von physischer Gewaltanwendung sind.“

In diesem Sinne wurde - übrigens bereits in den Wochen vor der Demo - eindeutig Stellung bezogen. Insofern kam die Verurteilung der Steinerwerfer am 2. Juni nicht überraschend. Auch dazu heißt es bereits in dem Attac-Konsens: „Gegenseitige Instrumentalisierungen haben in einer gemeinsamen Bewegung keinen Platz. Akteure, die sich daran nicht halten, begreifen wir nicht als Bündnis- oder GesprächspartnerInnen und werden sie gegebenenfalls - auch öffentlich - entsprechend eindeutig kritisieren.“



Peter Wahl

Der Autor ist Mitarbeiter von WEED – Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung und Mitglied des Koordinierungskreises von Attac.

¹ Andere wiederum, wie die Interventionistische Linke (IL) hatte den Aufruf zum Alternativkongress unterschrieben und sich konstruktiv an den Diskussionen beteiligt. Allerdings hat sich dann herausgestellt, dass diese bündnisfähigen Kräfte in der IL eine Minderheit sind. In der Auswertung der G8, insbes. in der Gewaltfrage, haben sich die traditionellen Sektiererpositionen des politischen Anarchismus wieder durchgesetzt.

Verteidigung der Exportinteressen der EU

EU-Kommission will ein Pro-Umwelt-Urteil der WTO kippen¹

Die EU-Kommission will das Urteil der WTO im Altreifen-Streitfall zu Fall bringen, das die Spielräume für Umweltschutzmaßnahmen erweitert. Sie hat gegen das Urteil Einspruch eingelegt und hofft, dass die Berufungsinstanz einige Entscheidungen des Streitfallpanels korrigiert, damit europäische Exporteure von (runderneuerten) Altreifen wieder auf den brasilianischen Markt dürfen. Dabei nimmt sie in Kauf, dass Brasilien mit den aus Altreifenbergen resultierenden Umwelt und Gesundheitsproblemen nicht angemessen umgehen kann.

Eine EU-Verordnung als Instrument gegen Umweltschutz?

Der Altreifen-Streitfall ist nach dem Schwertfisch-Streitfall mit Chile der zweite Fall, in dem die EU vor der WTO versucht hat, eine Umweltschutzmaßnahme eines Entwicklungslandes zu Fall zu bringen. Im Schwertfischstreitfall hatte Chile europäischen Schwertfischfängern den Zugang zu seinen Häfen verwehrt, da sie sich nicht an die Umweltauflagen zum Schutz der Schwertfischbestände hielten. Kurz nach dem ein Streitfallpanel eingerichtet worden war, kam es im Januar 2001 zu einer Vereinbarung zwischen den Parteien, den Streitfall vorübergehend auszusetzen und nach kooperativen Lösungsmöglichkeiten zu suchen. Diese scheinen erfolgreich zu sein, so dass der bisher bis 2008 ausgesetzte Fall vermutlich nicht wieder vor die WTO kommen wird. In beiden Streitfällen hatten europäische Wirtschaftsverbände unter Ausnutzung der bisher wenig beachteten EU-Verordnung über Handelshemmnisse² die EU-Kommission dazu gebracht, das WTO-Streitschlichtungsverfahren anzurufen.

So klagte die EU-Kommission auf Antrag des Interessenverbandes der Reifenhändler BIPAVER ("Bureau Internationale Permanent des Associations de Vendeurs et Rechapeurs de Pneumatiques") vor der WTO dagegen, dass Brasilien die Einfuhr von runderneuerten Altreifen aus Europa verbietet.³ Nach vielen Verzögerungen wurde das Urteil am 12. Juni 2007 publik gemacht: Das WTO-Streitfallpa-



Foto: Flickr/granddesign

nel beschied, dass ein in Brasilien aus Umwelt- und Gesundheitsgründen erlassenes Einfuhrverbot für runderneuerte Altreifen gegen den WTO-Grundsatz der Gleichbehandlung verstößt.⁴ Obwohl die WTO der EU Recht gab, legte die EU-Kommission am 3. September 2007 Einspruch gegen dieses Urteil ein, da sie einige Begründungen des Urteils nicht teilt. Eine Korrektur

dieser Begründungen sei, so die EU, aus zwei Gründen wichtig: zur Verteidigung der Exportinteressen der EU, zum anderen um sicherzustellen, dass die WTO-Regeln zu Umwelt und Gesundheitsschutz stimmig und wirksam sind.⁵

Altreifen – kein harmloses Produkt

Im Altreifenstreitfall geht es um gebrauchte bzw. runderneuerte PKW-Reifen, von denen jährlich weltweit mehr als 1 Milliarde anfallen – davon ein knappes Drittel allein in der Europäischen Union. Altreifen sind ein problematischer Abfallstoff – dafür sorgen ihre Zusammensetzung, Nichtabbaubarkeit und leichte Brennbarkeit. Seit 2006 ist die Deponierung von Altreifen in der EU komplett verboten. Zudem wurden die Emissionsgrenzwerte für die Verbrennung von Reifen verschärft. Beide Maßnahmen bewirkten, dass die Wiederverwendungsrate für Altreifen deutlich ange-

hoben wurde. Eine Form der Wiederverwertung ist die Aufbereitung der Reifen, die dann als "runderneuert" ein zweites Leben bekommen. Allerdings ist für PKW-Reifen eine Runderneuerung nur einmal möglich. Im Vorfeld der Verschärfungen des EU-Regeln für Altreifen hatte sich bereits ein lukratives Geschäft entwickelt – der Export von Alt- und runderneuerten Reifen.

Doch diesem Altreifen-Export setzte Brasilien eine

Barriere entgegen. Seit 2000 verbietet es deren Einfuhr. Konsequenterweise geht daraufhin die Menge der eingeführten runderneuerten Reifen drastisch zurück. Dass sie nicht bei null liegt, ist auf zwei Tatsachen zurückzuführen: einerseits lässt Brasilien die Einfuhr von runderneuerten Reifen aus benachbarten Staaten zu. Zweitens ermöglichen einige vor brasiliani-

schen Gerichten verhandelte Klagen, dass weiterhin runderneuerte Reifen auch aus der EU eingeführt werden.

Brasilien begründete sein Einfuhrverbot mit Gefährdungen für die Umwelt und die Gesundheit. Das Land sei nicht einmal in der Lage, mit der Menge der Altreifen, die aus lokaler Produktion stammen, umweltgerecht umzugehen. Die Einfuhr weiterer Reifen würde das Problem nur verschärfen. Die Berge an Altreifen sind ideale Brutstätten für Krankheiten wie Malaria, Gelb- und Dengue-Fieber übertragende Moskitos. Bei den sich häufig ereignenden Bränden von Altreifenhalden werden gefährliche Umweltgifte freigesetzt.

Brasilien räumte ein, dass runderneuerte Altreifen aus Uruguay eingeführt werden, allerdings sei deren Menge im Verhältnis zu der Menge der früherer aus den EU eingeführten gering. Zudem müsse Brasilien diese Reifen zwangsweise einführen, da ein Streitlichtungsverfahren im Rahmen des Mercosur-Abkommens Uruguay das Recht zur Einfuhr eingeräumt habe. Da Brasilien aber weiterhin Einfuhren von runderneuerten Reifen aus den Nachbarländern Argentinien, Paraguay und vor allem Uruguay zulässt, sah die EU sich diskriminiert und rief am 20. Juni 2005 das Streitfallgericht der WTO an.

Auch die Einfuhr von (nicht-runderneuerten) Altreifen ist verboten, allerdings sorgen auch hier zahlreiche Gerichtsurteile dafür, dass dennoch und mit wachsender Tendenz Altreifen eingeführt werden können. So wächst parallel zu dem Verbot der Einfuhr von Altreifen, von denen mehr als zwei Drittel aus der EU kommen.

Eine "bedeutende" Entscheidung

In ihrem Urteil stellten die WTO-Richter fest, dass Brasilien diskriminiert hat, indem es die Einfuhr von Altreifen zum Zwecke der Runderneuerung im Lande nicht verhindert hat, gleichzeitig aber die Einfuhr von runderneuerten Reifen aus der EU nicht zuließ. Und damit hat Brasilien gegen eines der fundamentalen WTO-Prinzipien, das der Nichtdiskriminierung, verstoßen. Denn die in Brasilien ansässigen Betriebe, die aus importierten Altreifen runderneuerte herstellen, sind gegenüber den europäischen Expor-

teuren von runderneuerten Reifen eindeutig bevorzugt. Dennoch - so die WTO-Richter - darf Brasilien sein Einfuhrverbot aufrecht erhalten, wenn es für dessen konsequente Umsetzung sorgt und die Lücken schließt, die bisher die Einfuhr von Altreifen ermöglichten und auf entsprechende Entscheidungen brasilianischer Gerichte zurückzuführen sind.

Das Urteil der WTO-Richter enthält einige zentrale Aussagen, die für zukünftige Umwelt-Streitfälle bedeutsam sein können. So schätzt der brasilianische Zusammenschluss von Nichtregierungsorganisationen für Umwelt und nachhaltige Entwicklung FBOMS das Urteil nicht nur als Unterstützung für die brasilianische Position, sondern auch als wegweisend für zukünftige Umweltstreitfälle ein.⁶ Diese Sicht teilt der Jurist Brendan McGivern⁷ von der angesehenen Anwaltskanzlei White & Case. Er charakterisiert das Panel-Urteil als eine "bedeutende" WTO-Entscheidung, die Klarheit in der Frage schafft, wann Regierungen handelsbeschränkende Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit und des Lebens von Mensch, Tier und Pflanze ergreifen dürfen. Nach dem WTO-Richterspruch war das brasilianische Einfuhrverbot durch das WTO-Recht gedeckt. Das Verbot war notwendig, und es gab zu dieser Maßnahme auch keine Alternative - damit ist der von der WTO vorgegebene Notwendigkeitstest für handelsbeschränkende Maßnahmen bestanden. Nach Brendan McGivern erlauben weitere Begründungen des Urteils zukünftig eventuell mehr Flexibilität für Maßnahmen zum Umwelt- und Gesundheitsschutz.

Das Panel fordert Brasilien auf, zu verhindern, dass brasilianische Gerichte weiterhin Urteile fällen, die die Einfuhr von runderneuerten Reifen oder Altreifen aus Nicht-Mercosurländern ermöglichen. Bleibt das Urteil bestehen und setzt Brasilien es um - und dies ist zu erwarten, da die brasilianische Regierung ihren Willen dazu bereits am Tag der Panel-Entscheidung angekündigt hat⁸, dann sind die bestehenden Einfuhrverbote aus Sicht der WTO-Richter zulässig, dann darf Brasilien auch mit dem Segen der WTO Mensch und Umwelt schützen. Folglich hat der "Verlierer" Brasilien die WTO-Entscheidung positiv aufgenommen, während die EU als "Gewinnerin" dagegen vorgeht.

Der Einspruch muss zurückgezogen werden!

Denn die EU hat einen Pyrrhussieg erzielt. Setzt Brasilien das Urteil um, dann ist weder die Einfuhr von runderneuerten Reifen noch der Import von nicht runderneuerten Altreifen zulässig. Letztere kamen aber vor allem aus der EU. Auch ideologisch hat die EU verloren. Ihre Argumentation, dass das brasilianische Einfuhrverbot nur aus protektionistischen Gründen, nicht aber zum Schutz der Umwelt und Gesundheit erfolgte, wurde vom WTO-Gericht zurückgewiesen. Die EU-Kommission legte den Einspruch mit der Erwartung ein, dass durch die Berufungsinstanz die umweltfreundliche Argumentation des Panels wieder aufgehoben werden kann.⁹ Deshalb hat das Forum Umwelt & Entwicklung in einem offenen Brief EU-Handelskommissar Peter Mandelson aufgefordert, den Einspruch zurückzuziehen und stattdessen Brasilien und andere Entwicklungsländer darin zu unterstützen, mit den gravierenden Altreifen-Altlasten sachgerecht umzugehen. Das Beispiel Schwertfisch-Streitfall weist Mandelson den Weg: anstelle des Gangs vor die WTO sollten kooperative Maßnahmen zur Lösung des Problems ergriffen werden. 

Jürgen Knirsch

Der Autor ist Mitarbeiter von Greenpeace und war bis Herbst 2007 einer der Koordinatoren der AG-Handel des Forums Umwelt und Entwicklung.

- 1 Weitergehende Quellen und Links bei juergen.knirsch@greenpeace.de.
- 2 Diese Verordnung ermöglicht es Unternehmen und Industrien, gegen Handelshemmnisse vorzugehen, die ihren Zugang zu den Märkten von Drittländern oder zum EG-Markt berühren. Dazu können sie die Kommission ersuchen, Klagen zu prüfen und Rechtsmittel einzulegen.
- 3 Siehe http://ec.europa.eu/trade/issues/respectrules/tbr/cases/bra_tyr.htm.
- 4 Siehe http://www.wto.org/english/tratop_e/dispu_e/cases_e/lds332_e.htm.
- 5 DG Trade: EU to appeal points of reasoning in Brazil retreaded tyre ban WTO case, Brussels, 3 September 2007, zu finden unter http://ec.europa.eu/trade/issues/respectrules/disputel/pr030907_en.htm.
- 6 FBOMS - Fórum Brasileiro de ONGs e Movimentos Sociais para o Meio Ambiente e o Desenvolvimento Sustentável, Brasília, June 15, 2007.
- 7 Siehe <http://www.whitecase.com/bmcgivern/>.
- 8 Siehe Brazil's Press release on the WTO panel report "Brazil - Measures Affecting Imports of Retreaded Tyres" (WT/DS332), 12 June 2007 http://www.mre.gov.br/portugues/imprensa/nota_detalhe3.asp?ID_RELEASE=4441.
- 9 Gerade die derzeitige Zusammensetzung der Berufungsinstanz gilt als für Umweltfragen nicht besonders aufgeschlossen. Diese Einschätzung benutzte die EU als Begründung, im verlorenen Gentechnikstreitfall nicht in die Berufung zu gehen, da erwartet wurde, dass das Berufungsgremium einige für die EU positive Begründungen der ersten Instanz wieder aufheben würde.

UNCCD soll wieder Fahrt aufnehmen

Umsetzung der Wüstenkonvention hinkt Ansprüchen hinterher

Die UN Convention to Combat Desertification (UNCCD) ist in die zweite Dekade ihres Bestehens eingetreten. Die achte Vertragsstaatenkonferenz (Conference of the Parties - COP) der Konvention findet vom 3. bis 14. September 2007 in Madrid statt. Außerdem treten in der spanischen Hauptstadt auch das Committee for the Review of the Implementation of the Convention (CRIC) und das Committee on Science and Technology (CST) zum sechsten bzw. achten Mal zusammen.

Die Konvention hat im ersten Jahrzehnt ihrer Existenz bewirkt, dass Desertifikation und die Zerstörung des Bodens in Trockengebieten weltweit als globales Umwelt-, Armut- und Entwicklungsproblem anerkannt und wahrgenommen werden, welches durch den Klimawandel noch dringender wird. Entwicklungsländer sind dabei unterstützt worden, politische Rahmenbedingungen und Programme zu schaffen, welche die Erreichung der Ziele der UNCCD ermöglichen sollen. Inzwischen haben 88 von 140 betroffenen Staaten Nationale Aktionspläne (NAP) zur Bekämpfung der Desertifikation erarbeitet. 2006 rief die UN Vollversammlung das International Year of Deserts and Desertification (IYDD) aus, das u.a. genutzt wurde, um viele erfolgreiche Erfahrungen der Desertifikationsbekämpfung zu verbreiten und das Problembewusstsein in den Vertragsstaaten der Konvention und der generellen Öffentlichkeit zu erhöhen. Auch die Beteiligung der Zivilgesellschaft am Implementierungsprozess der UNCCD kann als erfolgreiche Strategie bei der Umsetzung der Konvention gewertet werden.

Ernste Herausforderungen ...

Dennoch ist nicht zu übersehen, dass die Konvention ernststen Herausforderungen gegenübersteht. Trotz der erwähnten Erfolge hat die politische Unterstützung der Beteiligten für die Konvention nachgelassen. Zu geringe Fortschritte bei der Implementierung und eine zunehmende Polarisierung der Debatten sind Gründe dafür. Das Engagement von NGOs ist ebenfalls rückläufig. Es ist dem UNCCD Netzwerk RIOD (Réseau International des

Organisations non-gouvernementales sur la Désertification) nicht ausreichend gelungen, die Zivilgesellschaft für die Umsetzung der Konvention zu mobilisieren. Auf der nationalen Regierungsebene ist die UNCCD häufig in Ministerien angesiedelt, die weder über die finanziellen noch personellen Ressourcen verfügen, um eine kompetente Begleitung ihrer Implementierung zu gewährleisten.

Die UNCCD sieht die Förderung von internationalem wissenschaftlichem Austausch vor, um die komplexe Problematik von Desertifikation, Bodenzerstörung und Dürre besser zu erforschen. Ziel dabei ist es, sowohl politische Entscheidungen als auch die Entwicklung konkreter Maßnahmen zur Desertifikationsbekämpfung auf eine solide wissenschaftliche Basis zu stellen. Die erhofften Fortschritte sind jedoch nicht erzielt worden. Schwächen existieren außerdem bei der Schaffung von Kompetenzen im Bereich Umweltmanagement.

Trotz des wachsenden Problembewusstseins, wird Desertifikationsbekämpfung noch zu häufig isoliert betrachtet. Es findet kaum Mainstreaming in nationale Entwicklungspläne oder Poverty Reduction Strategies (PRSP) statt. Außerdem werden die Synergien der UNCCD mit Biodiversitäts- und Klimaschutzkonvention nicht ausreichend genutzt.

Ein Schlüsselproblem stellt jedoch die Finanzierung dar. Geber- und Entwicklungsländer haben gegensätzliche Vorstellungen in Bezug auf die Finanzierung der Implementierung der Konvention. Während die Entwicklungsländer dem UNCCD-Sekretariat eine führende Rolle im Umsetzungsprozess zuschreiben, betrachten die

Geberländer es lediglich als Koordinierungsinstanz. Sie setzen auf eine klare Festlegung von Prioritäten bei der Umsetzung, auf Mainstreaming von Desertifikationsbekämpfung in nationale Entwicklungspläne, auf die Kommunikation erfolgreicher Ansätze sowie auf verbesserte Forschung und ein effizientes und transparentes Sekretariat. Dagegen erwarten die Entwicklungsländer konkrete Zusagen zur Finanzierung der Implementierung der UNCCD. Während COP 7 vor zwei Jahren ist es den Entwicklungsländern jedoch nicht gelungen, ihre Forderungen durchzusetzen. Das Budget des Sekretariats wurde nicht erhöht, sondern sogar reduziert.

... und neue Impulse

Nun soll COP 8 Impulse liefern, damit die Konvention wieder in Fahrt kommt. Zur Diskussion stehen z.B. der Ten-Year Strategic Plan and Framework to Enhance the Implementation of the UNCCD, der die Umsetzung der Konvention von 2008 bis 2018 begleiten soll, sowie die Vereinbarungen für regionale Koordinationsinstanzen. Während der CRIC-Tagung werden neben dem Bericht über CRIC 5 auch Berichte über die Zusammenarbeit mit der Global Environment Facility (GEF) besprochen. Außerdem steht die Überprüfung von Politik, operationalen Modalitäten und Aktivitäten des Global Mechanism (GM) ebenfalls auf der Tagesordnung. GM und GEF sind die wichtigsten Finanzierungsmechanismen der UNCCD.

CST wird über einen Bericht zur Verbesserung von Effizienz und Effektivität des Ausschusses diskutieren sowie über die Auswirkungen von klimatischen Veränderungen und menschlichen Aktivitäten auf die Bodenzerstörung.

Noch vor der COP wird die Ernennung eines neuen Exekutivsekretärs des UNCCD Sekretariats durch den UN Generalsekretär erwartet. Der erste Exekutivsekretär der UNCCD, Hama Arba Diallo, trat im Juni 2007 zurück, nachdem er in das Parlament von Burkina Faso gewählt wurde.

Carsta Neuenroth

Die Autorin ist Beraterin Ländliche Entwicklung und Landwirtschaft bei FAKT Beratung für Management, Bildung und Technologien GmbH.

Themen & AGs

Facettenreiche AG-Wasser

Neues Schwerpunktprogramm verabschiedet

Im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft Wasser im „Forum Umwelt und Entwicklung“ haben sich am 29. und 30. Juni 2007 in Berlin VertreterInnen engagierter Verbände aus dem Umwelt- und Entwicklungszusammenarbeitssektor getroffen. Auf dem Meeting in der Berliner verdi-Zentrale wurden aus der Fülle der aktuellen Themen die Sektoren herausdestilliert, um die sich die Verbände in den nächsten Monaten gemeinsam kümmern wollen.

Angesichts des bevorstehenden „Welttoilettenjahres 2008“ („Internationales Jahr der sanitären Grundversorgung 2008“), werden ökologische Sanitärtechniken sowie Abwasserrecycling und -verwertung zu den Topthemen gehören (siehe den Beitrag von Andrea Wachtler in diesem Heft). Ein weiteres Spitzenthema werden die Auswirkungen des Klimawandels auf die Wasserwirtschaft sein - und zwar sowohl in Europa als auch in der Dritten Welt. Dauerthema seit Jahren ist die Durchsetzung des „Menschenrechts auf Wasser“. Die Arbeitsgemeinschaft Wasser im „Forum“ wird sich anlässlich der Rheinministerkonferenz zur nächsten Sitzung am 19. Okt. 2007 in Bonn treffen. Weitere Auskunft: Michael Bender, Wassergruppe der GRÜNEN LIGA, Tel.: 030/44 33 91-44; Fax: -33, E-Mail: wasser@grueneliga.de.

UN-Sonderberichterstatter für Wasser

Nachdem die kirchlichen Hilfswerke in der Vergangenheit auch wasserwirtschaftliche Entwicklungshilfeprojekte mit fragwürdigem Nutzen unterstützt haben, legen die Hilfswerke inzwischen ihr Augenmerk darauf, dass die von ihnen finanzierten Projekte auch nachhaltig sind bzw. wirken. Wie auf dem Meeting des „Forums Umwelt und Entwicklung“ erläutert wurde, gilt als Vorzeigeprojekt die Regenwasserernte in Uganda: Mit dem Bau zahlreicher Regenwasserzisternen sei es gelungen, die dort wohnende Bevölkerung in einer ganzen Region in der der Trockenzeit mit Trink- und Bewässerungswasser zu versorgen. Zahlreiche Kirchen haben sich zudem im Ökumenischen Wassernetzwerk zusammengeschlossen. Das in Genf ansässige Netzwerk will beim Menschenrechtsrat der UN eine/n „Son-

derberichterstatter/in für Wasser“ durchsetzen - ähnlich dem „Sonderberichterstatter für Nahrung“. Diese Rolle wird derzeit wortgewaltig von dem Schweizer JEAN ZIEGLER wahrgenommen. Die kirchlichen Hilfswerke erwarten, dass ein „Sonderberichterstatter für Wasser“ dem Anliegen „Menschenrecht auf Wasser“ eine ganz andere Öffentlichkeit als bislang verschaffen könnte. Das Ökumenische Wassernetzwerk veranstaltet jährliche Regionalkonferenzen und wird im Jahr 2008 erstmals eine „Sommer-schule Wasser“ für junge Menschen in Genf ausrichten: Jugendliche aus Weltregionen mit hohem Wasserstress sollen in Genf zusammenkommen, um gemeinsam nach Lösungswegen aus Dürre, Wassermangel, ungerechter Wasserverteilung und ineffizienter Bewässerung zu suchen.

Obskurer Stauseeboom

In Deutschland hat der Bundestag in seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause 2007 die jährlich zulässigen Emissionen für das Treibhausgas Kohlendioxid (CO₂) auf 453 Mio. Tonnen gedeckelt - mit abnehmender Tendenz. Aber der Deckel hat ein Loch und das Schlupfloch hat einen Namen: „Clean Development Mechanism“ (CDM) oder „Mechanismus für umweltgerechte Entwicklung“. Dieses „flexible Marktinstrument“ wurde im Rahmen des „Kiotoprotokolls“ entwickelt und dient dem Handel mit CO₂-Emissionszertifikaten: Anstatt kostenaufwändig die vergleichsweise hohen Wirkungsgrade in Kraftwerken und Industrieanlagen in der ersten Welt noch weiter zu verbessern, können hiesige CO₂-Emittenten in kostengünstigere Klimaschutzmaßnahmen in der Dritten Welt investieren. Für diese Klimaschutzinvestitionen können sich die Emittenten von den Vereinten

Nationen handelbare Emissionsgutschriften ausstellen lassen. Die Emissionsgutschriften sind mit den Einsparverpflichtungen in Deutschland verrechenbar. Hierzulande können bis zu 90 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalente (20 Prozent der zulässigen Gesamtemission) über Klimaschutzinvestitionen im Ausland abgerechnet werden. Fraglich ist aber, ob die gegenwärtig 713 registrierten CDM-Projekte in Asien, Mittel- und Südamerika oder Afrika allesamt die erforderlichen CDM-Kriterien einhalten. So werden derzeit für CDM 418 (!) Wasserkraftwerke geplant, davon über 200 in China, über 100 in Indien und fast 50 in Brasilien. Etwa 100 dieser Staudammprojekte werden eine Leistung von über 50 Megawatt (MW) aufweisen. Nach ersten Untersuchungen sind erhebliche Zweifel angebracht, ob diese Anlagen zur Wasserkraftumwandlung tatsächlich alle CDM-fähig sind. Die Erteilung von Zertifikaten für obskure CDM-Maßnahmen würde die CO₂-Minderung nicht fördern, sondern die Emission von Treibhausgasen noch weiter erhöhen. Um die Schlupflöcher beim internationalen Handel mit Emissionszertifikaten zu stopfen, wollen NGOs aus dem Entwicklungszusammenarbeits- und Umweltsektor „CDM-Watch“ wieder beleben. Die Organisation soll ein wachsames Auge auf die Projekte und Maßnahmen werfen, die von deutschen Kraftwerks- und Industriegesellschaften im Rahmen von CDM finanziert und verrechnet werden. „CDM-Watch“ soll „unsaubere“ Emissionszertifikate entlarven. Es geht also nicht nur um eine Handvoll schlagzeilenträchtiger Großstaudämme, sondern darum, den Überblick beim bevorstehenden Wildwuchs von Tausenden von Wasser-, Windkraft- und Biogasanlagen nicht zu verlieren. Um in Deutschland zunächst ein Mal ein Problembewusstsein für CDM zu schaffen, hat „Die Linke“ im Bundestag zu einer öffentlichen CDM-Konferenz am 04.09.07 in Berlin eingeladen. Weitere Auskunft zur CDM-Problematik und zur CDM-Konferenz: Herrn Uwe Witt, MdB-Büro Eva Bulling-Schröter, E-Mail: eva.bulling-schroeter@bundestag.de.

Die Messlatte für CDM-Projekte

Wie Uwe Witt auf der FORUMS-Veranstaltung berichtete, müssen Klimaschutzinvestitionen, die in den Handel mit Emissionszertifikaten ein-

gebracht werden sollen, mindestens folgende Kriterien erfüllen:

1. Ohne CDM wäre die Anlage aus wirtschaftlichen Gründen nicht errichtet worden. Mit dem Kriterium „Zusätzlich“ sollen Mitnahmeeffekte ausgeschlossen werden.
2. Die Projekte müssen „nachhaltig“ sein – also auch einen ökologischen Mehrwert bringen.
3. Die Projekte bzw. Maßnahmen müssen partizipativ angelegt sein, dürfen also nur mit Zustimmung der betroffenen Bevölkerung in der jeweiligen Region durchgeführt werden. Ferner soll ausgeschlossen werden, dass CDM-Projekte zur Vertreibung und Enteignung der Bevölkerung führen.

Der Lug und Trug fängt schon beim Kriterium „Zusätzlich“ an: So wurde für das geplante 72-MW-Wasserkraftwerk Hunan Don Pinkg in China der Auslastungsgrad nach unten gerechnet, um behaupten zu können, dass ohne CDM das Kraftwerk nicht errichtet würde. Tatsächlich würde die Wasserführung des künftig gestauten Flusses in Südchina eine Auslastung von deutlich mehr als den behaupteten 50 Prozent erlauben. Das Kraftwerk würde somit auch ohne CDM wirtschaftlich zu betreiben sein. Nach

ersten Untersuchungen liegt der Verdacht nahe, dass zahlreiche für CDM angemeldete Projekte schlecht gerechnet worden sind, um ihre „Unwirtschaftlichkeit“ nachzuweisen - um also behaupten zu können, dass sie ohne CDM nie und nimmer errichtet würden. Da das Kiotoprotokoll große Freiräume für einen Zertifikatehandel einräumt, gehen Beobachter davon aus, dass das Volumen von CDM-Projekten exponentiell zunehmen wird: Bis 2012 steht die Vergabe von Zertifikaten in Höhe von 2 Mrd. Tonnen CO₂-Äquivalenten an, bis 2030 kann mit Emissionszertifikaten in Höhe von 6 Mrd. CO₂-Äquivalenten gehandelt werden. Die enorm zunehmende Zahl von CDM-Projekten und Maßnahmen erschwert die Kontrolle und erleichtert betrügerische Machenschaften (siehe ENERGIE&MANGEMENT vom 15. Aug. 07, S. 25; dort wird unter der Überschrift „Ich kämpfe für einen sauberen CDM“ berichtet, dass beispielsweise bei einer genauen Prüfung die Hälfte von 52 untersuchten CDM-Projekten in China durchgefallen sind.)

„Golden Standard“

Verbände aus dem Umwelt- und Entwicklungszusammenarbeitssektor setzen sich dafür ein, dass ein „Gol-

den Standard“ für CDM-Maßnahmen etabliert wird. Mit dem „Goldstandard“ werden nur die CDM-Maßnahmen ausgezeichnet, die den zuvor erläuterten CDM-Kriterien in vollem Umfang entsprechen. In Deutschland bemüht sich vor allem BORDA um CDM-Maßnahmen, die den Golden Standard-Kriterien standhalten. Die in Bremen beheimatete Organisation für Entwicklungszusammenarbeit macht sich beispielsweise dafür stark, dass „Hydraulische Widder“ in großer Zahl in Bergregionen zur Förderung von Wasser eingesetzt werden. Anstatt mit stinkenden und CO₂-qualmenden Dieselaggregaten das Wasser zu pumpen, setzen die Hydraulischen Widder den Wasserdruck in Pumpenergie um. CO₂ entsteht nur bei der Herstellung dieser einfach-genialen Apparate. Weitere Auskunft zum CDM-„Golden Standard“: Borda, Bremer Overseas Research & Development Ass. – Herr Stefan Reuter, Tel.: 0421/137 17, E-Mail: reuter@borda.de



Nikolaus Geiler

Der Autor ist Aktiv bei r e g i o W A S S E R e.V., Freiburger Arbeitskreis Wasser im Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU) sowie in der AG Wasser des Forums Umwelt und Entwicklung.

„International Year of Sanitation“ der Vereinten Nationen

Wie retten wir an Schmutzwasser sterbenden Kindern das Leben und Gewässer vor noch mehr Verschmutzung?

„Toiletten sind wichtiger als die Unabhängigkeit“ hatte Mahatma Gandhi einst gesagt. Im indischen Ahmedabad haben nun Schulkinder den „Jugend forscht“ Preis der Stadt für ein von ihnen gebautes Modell erhalten, das die „Urin-Trenn-Trocknungs-Toilette“ (UTTT) ihrer Schule zeigt.

Täglich sterben 5.000 Menschen, die meisten davon Kinder unter 5 Jahren, an den Folgen fehlender oder schlechter sanitärer Grundversorgung. Sie sterben, so könnte man sagen, weil nicht alle Menschen solch ökonomisch und ökologisch nachhaltige Toiletten besitzen, wie die Preis-gekrönten Schulkinder in Ahmedabad. Denn diese Toiletten tragen gleich mehrfach zur Verbesserung der Lebensbedingungen bei: sie produzieren Dünger anstatt Gewässer zu verschmutzen (siehe BOX), und tragen somit zur Verbesserung der Ernährungssicher-

heit bei. Sie zu Warten und zu Leeren ist keine entwürdigende Arbeit für die schwächste Gruppe der indischen Gesellschaft – die sogenannten Dalits oder Unberühbaren – sondern ein würdiges und ökonomisch einträgliches Unternehmen.

Mit der Ausrufung des Jahres 2008 zum Internationalen Jahr der Sanitärversorgung (International Year of Sanitation) hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen dazu beigetragen, dass im nächsten Jahr mehr über Toiletten, Schmutzwasser-induzierte Krankheiten und Gewäs-

serverschmutzung geredet werden wird. Dieses Jahr soll das Thema auf nationale und internationale Agenden bringen, denn nur mit vielfach verstärkten Anstrengungen werden wir die sanitärbezogenen Ziele der Millennium Development Goals bis 2015 überhaupt erreichen können. Sie zu erreichen würde bedeuten zusätzlich etwa 1.75 Milliarden Menschen bis 2015 mit „guten“ Sanitärsystemen zu versorgen.

Wenn dadurch auch mehr Geld in Richtung Sanitärinfrastruktur flösse, bleibt die entscheidende Frage noch offen - ob durch dieses Geld die Zahl der an Schmutzwasser sterbenden Kinder verringert werden wird oder ob sie sich aufgrund von Fehlinvestitionen gar erhöht! Kläranlagen fehlen in den Ländern des Südens heute weitgehend. Von den gebauten Anlagen funktionieren auch nach Jahrzehnten umfangreicher Entwicklungshilfe 75% nicht richtig. Es ist nicht unrealistisch, dass dieser Anteil in den nächsten Jahren ähnlich bleiben wird.

Dieses Scheitern hat Folgen: Denn der Punkt ist entscheidend, wenn das Jahr der Sanitärversorgung 2008 nun mit „business-as-usual“-Lösungen weltweit zu mehr „flush-and-forget“ Spül-Toiletten führt, bringen diese schlichtweg noch mehr Abwasser. Die für diese benötigten teuren Kanalsysteme sind fast immer subventioniert und versorgen vor allem den Mittelstand und die Reichen. Die Vorsitzende der indischen NRO Centre for Science and Environment (CSE) Sunita Narain fasst daher zusammen: „Mehr Toiletten an zentralen Abwasserkanälen sind in der Regel eine Subventionierung der Reichen, die dann in Ruhe ihre Fäkalien in die Oberflächengewässer leiten können. Die eigentliche Zielgruppe, die Armen in den Slums und Stadtrand siedlungen haben davon gar nichts – sondern sind oft noch von genau diesem verschmutzten Wasser abhängig.“¹

Die Gretchenfrage des Internationalen Sanitärversorgungsjahres heißt also: „Ist Dein Sanitärssystem auch umfassend nachhaltig?“

Mit dem vom BMZ geförderten Programm „Ökonomisch und ökologisch nachhaltige Sanitärssysteme“ hat die Bundesregierung hier die internationale Diskussion in der richtigen Richtung beeinflusst. Auch die „Allianz für nachhaltige Sanitärssysteme“ (Sustainable Sanitation Alliance) – ein internationales Netzwerk verschiedenster Institutionen und Organisationen, das sich diese Gretchenfrage auf die Fahne geschrieben hat – arbeitet in diese Richtung und die WHO hat im letzten Jahr neue Richtlinien formuliert, die genau diese Konzepte als wesentliche Lösungen für hygienisch sichere und zukunftsfähige Sanitärkonzepte behandeln.

Das BMZ schreibt in seinem Sektor-konzept Wasser: "Ein Engagement in der Trinkwasserversorgung sollte in der Regel mit Maßnahmen zur Verbesserung der Sanitärversorgung verbunden sein. Dort wo möglich und sinnvoll finden dabei kreislauforientierte Abwasser- und Sanitärkonzepte Anwendung."²

Bleibt allerdings das Missverhältnis der letzten Jahre auch 2008 bestehen, nämlich dass dezentrale und ecosan-Konzepte argumentativ das Feld beherrschen, sich aber auf kleine Beispielprojekte, wie das durchaus preiswürdige Beispiel in Ahmedabad beschränken müssen, während die

Mit dem Begriff „ökologische Sanitärkonzepte“ oder „ecosan“ werden neuartige Konzepte einer ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltigen Abwasserwirtschaft bezeichnet. Diese beruhen auf einer ganzheitlichen Betrachtung der mit der Siedlungswasserwirtschaft gekoppelten Stoffströme mit dem dreifachen Ziel der hygienisch sicheren Sanitärversorgung der Bevölkerung, des Schutzes der Umwelt und der Gewässer vor der Verschmutzung durch Schadstoffe und Krankheitserreger sowie der optimierten Verwertung der unterschiedlichen Abwasserteilströme.

Ökologische Sanitärssysteme favorisieren nicht eine bestimmte Technologie, sondern repräsentieren vielmehr eine neue Philosophie im Umgang mit den Stoffen, die wir in der Vergangenheit lediglich als zu beseitigende Abwässer und Schmutzfrachten be-

trachtet haben. Auf diesem Ansatz beruhende Systeme dienen der systematischen Schließung lokaler Stoffkreisläufe und ermöglichen damit letztlich Kreislaufwirtschaftssysteme wie sie im Bereich der festen Abfälle bereits verbreitet sind. Im Idealfall ermöglichen ecosan-Systeme eine nahezu vollständige Rückgewinnung aller in häuslichen Abwässern enthaltenen Nährstoffe, organischen Stoffe und Spurenelemente und – nach entsprechender Behandlung – deren Nutzbarmachung in der Landwirtschaft. Damit tragen sie zur Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit und zur langfristigen Ernährungssicherung bei. Nach überschlägigen Schätzungen könnten durch die Nutzbarmachung der in den menschlichen Ausscheidungen enthaltenen Nährstoffe mindestens 40 % des aktuellen weltweiten Verbrauchs an Kunstdünger substituiert werden.


traditionellen Infrastrukturen und die zugehörigen Interessengruppen im Windschatten segeln und den Löwenanteil der Mittel erhalten [Bliss 2004], sieht es schlecht aus mit der Nachhaltigkeit.

Für die Bewertung des deutschen Beitrags zum Internationalen Jahr der Sanitärversorgung ist die entscheidende Frage: Wird die deutsche EZ es schaffen aus den erfolgreichen Demonstrations- und Beispielprojekte, die auch bei einer umfassenden Betrachtung der Nachhaltigkeit gut abschneiden, weitreichendere Programme zu machen? Oder wird sie der Verlockung erliegen viel Geld in ein paar Kanalnetze und Kläranlagen zu stecken, deren Betriebskosten für die Beschenkten zur Verschuldungsfalle werden, und die ohnehin – wie die Erfahrung lehren könnte – nicht lange funktionieren werden?

Die aktuellen guten und nachhaltigen Beispiele sehen anders aus als monumentale Kläranlagenbau ruinen. Zwei seien hier genannt: Aus einem Projekt der Schwedischen EZ, das 1997 in China mit 70 Toiletten des Typs begann, wie sie auch die Schüler in Ahmedabad verwenden, ist ein Selbstläufer geworden. Mehr als einer Million dieser Toiletten gibt es mittlerweile in ganz. Anknüpfend an deutsche Biogasanlagenforschungen in den 1980er Jahren in Nepal, finanziert die KfW ein niederländisches Projekt, in dem 20.000 Haushalts-Biogasanlagen pro Jahr gebaut werden. Sie fassen den Dung einiger Kühe und in 90% der Fälle auch das Haushaltsabwasser, daraus produzieren sie Dünger und Biogas. Letzteres ersetzt teureres Kochgas

und das wiederum erlaubt eine rasche Refinanzierung der Anlagen.

Die Bundesrepublik Deutschland konnte sich noch bis vor kurzem den zweitgrößten Geber im Wasserbereich nennen. Noch hat sie sich nicht dazu geäußert, wie sie 2008 nutzen will um auch im Sanitärbereich zu punkten. Es muss u. E. dabei um die Förderung und Verbreitung nachhaltiger Sanitär-systeme gehen. Der deutsche Beitrag zum Jahr der sanitären Grundversorgung wird ganz klar daran zu messen sein, ob er mehr gute, d.h. umfassend nachhaltige, Beispielprojekte ermöglicht und die vorhandenen Projekte zu weitreichenderen Programme werden lässt – oder ob nur mehr „Business as usual“ finanziert wird.

Im Sinne der Millennium Development Goals, die dem Prinzip der Nachhaltigkeit verschrieben sind, darf die Bundesregierung bei der Verbreitung von Sanitärssystemen die bisherigen Fehler nicht fortsetzen. Gleichzeitig müssen wir die Chance des Internationalen Jahr der Sanitärversorgung nutzen, um mehr Aufmerksamkeit zu erregen und mehr nachhaltige Toiletensysteme zu realisieren. 

Andrea Wachtler

Die Autorin ist Diplom-Hydrologin, u.a. im Bereich ökologische Sanitärssysteme tätig und Mitglied in der AG Wasser des Forums Umwelt und Entwicklung.

¹ Narain, Sunita (2004): "Why the flush toilet is ecologically mindless and why we need a paradigm shift in sewage technology." – Opening Session, p. 11-15 - In: Werner et al. [eds.]. 2004: "ecosan - closing the loop. Proceedings of the 2nd international symposium on ecological sanitation (...), 7th - 11th April 2003, Lübeck, Germany", Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), Eschborn, Germany.
² <http://www.bmz.de/del/service/infothek/fach/konzepte/Konzepte143.pdf>

Grüne Revolution in Afrika

Ernährungssicherheit bleibt auf der Strecke

Das Schwerpunktthema des Weltentwicklungsberichts 2008 der Weltbank signalisiert: „Landwirtschaft für Entwicklung“ ist wieder auf der Agenda der internationalen Entwicklungspolitik. Doch welche Auswirkungen hat diese Wiederentdeckung auf die bäuerliche Landwirtschaft und die Ernährungssicherheit?

Die Wiederentdeckung der „Landwirtschaft für Entwicklung“ schlägt sich in einer Vielzahl frischer Strategiepapiere aller üblichen Verdächtigen nieder – vom britischen Entwicklungsministerium DFID über die OECD bis hin zu USAID und BMZ. Die Neue Partnerschaft für Afrika, NEPAD, hat mit tatkräftiger Hilfe der internationalen Gebergemeinschaft einen Aktionsplan für die Landwirtschaft aufgestellt: Der CAADP (Comprehensive Africa Agricultural Development Programme) sieht Investitionen in Höhe von 251 Milliarden US-Dollar bis 2015 vor. Flankiert wird die Agraroffensive durch private Initiativen wie die „Allianz für eine Grüne Revolution“, zu der sich Bill Gates und die Rockefeller-Stiftung zusammengesetzt haben.

Vordergründig geht es um Armutsminderung. Afrika südlich der Sahara ist der Subkontinent, auf dem die Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) beim gegenwärtigen Stand der Dinge am deutlichsten verfehlt werden. Und die Landwirtschaft beziehungsweise die ländlichen Regionen sind die Bereiche, in denen Maßnahmen vorrangig ansetzen sollten, lebt hier doch die größte Zahl der Armen. Das macht sie zu einem geeigneten Übungsfeld für neue Ansätze eines „armutsorientierten Wachstums“. Kein Wunder, dass auch viele nichtstaatliche Entwicklungsorganisationen die Wiederentdeckung begrüßen. So weit, so gut.

Technologie

Ein näherer Blick auf die verfolgte Politik weckt allerdings Zweifel. Zum einen geht es um Technologie. Afrikas Landwirtschaft gilt als arm, rückständig und unproduktiv, weil sie nicht genug Dünger, modernes Saatgut, Agrarchemie und Bewässerung einsetzt. Am deutlichsten wird dieses Ansatz bei der Stiftungs-„Allianz“, die mit dreistelligen Millionenbeträgen die Entwicklung und Verbreitung neuer Pflanzensorten vorantreiben will,

als zentrales Standbein eines „modernen“ Technologie-Pakets. Zudem liegt der Schwerpunkt auf dem Ausbau großer, exportorientierter Bewässerungssysteme. Neue Saatgutgesetze zielen unter dem Einfluss von Industrie und Entwicklungspolitik auf die Ausweitung des Patentschutzes und den Einsatz gentechnisch veränderter Anbauprodukte.

„Marktintegration“

Zum zweiten geht es um die „Marktintegration“ der bäuerlichen Landwirtschaft, die bislang lediglich bei „traditionellen“ Exportprodukten wie Kaffee, Tee oder Baumwolle und bei neuen Exportprodukten wie Blumen und Gemüse in die globale Landwirtschaft einbezogen ist. Insbesondere bei Grundnahrungsmitteln stehen nach wie vor die Selbstversorgung und die Ernährungssicherheit im Vordergrund. Fehlende Absatzmärkte würden verhindern, so die Argumentation, dass Bauern genug verdienen, um Dünger, Saatgut und andere landwirtschaftliche Inputs zu kaufen und dadurch die Produktivität zu steigern. Als Ausweg aus der Zwickmühle soll unter anderem der Aufbau privater Agrohändler-Netze gefördert, der Zugang zu Krediten durch den Ausbau von Finanzdienstleistungen erleichtert und die Infrastruktur verbessert werden. Mangels privater Investoren, die die Risiken scheuen, sind hier öffentliche Mittel von Regierungen und internationalen Gebern gefordert, die versprochen – und wie die Weltbank teilweise begonnen – haben, ihre Investitionen aufzustocken. In welchem Umfang das geschieht, bleibt abzuwarten.

Wirtschaftliche Liberalisierung

Zum dritten drängen die Geber auf weitere wirtschaftliche Liberalisierung. Obwohl Afrika nach einigen Jahrzehnten Strukturanpassungspolitik unter dem Diktat der internationalen Finanzinstitutionen, nach

WTO-Agrarabkommen (AoA) und „Entwicklungskooperation“ mit der Europäischen Union heute hinsichtlich Handelsliberalisierung zu den „freiesten“ Regionen weltweit gehört, fordert etwa die Weltbank im Entwurf des Weltentwicklungsberichts die Entwicklungsländer auf, die Besteuerung von Agrarexporten weiter zu verringern und den Versuchen, sich gegen dumping-Importe zu schützen, zu widerstehen. Eine Schlüsselrolle spielen auch die Entwicklungspartnerschaften EPAs, die die Europäische Union gegenwärtig unter anderem mit Afrikas Regierungen verhandelt. Dabei geht es nicht nur um den weiteren Abbau von Zöllen, sondern um die Beseitigung von Handelshindernissen innerhalb des Kontinents, die für Investoren erhebliche „Transaktionskosten“ verursachen, durch „einheimische Marktformen“ (Weltbank) und um die Bildung offener regionaler Märkte.

Mehrheit der Bauern weiter marginalisiert

Ziel ist es, Afrikas Landwirtschaft und ihre bislang „unproduktiv“ weil wenig profitabel genutzten Ressourcen wie Land, Wasser und Arbeitskraft weiter in die globale Wertschöpfungskette der kapitalistischen Weltlandwirtschaft zu integrieren – als Absatzmarkt wie als Zulieferer agrarischer Rohstoffe. Aktuelles Beispiel dafür sind die Agrartreibstoffe, für deren Produktion bereits zahlreiche Unternehmen, darunter Erdöl- und Agrarkonzerne, ihre Claims abstecken und sich Land sichern.

Absehbar ist, dass bei dieser Modernisierung, Privatisierung und Liberalisierung nur wenige Betriebe profitieren werden und die Mehrheit der Bauern weiter marginalisiert werden wird. Auch der Versuch, sie als abhängige Vertragsbauern in die Wertschöpfungskette einzubauen, ist nur für eine Minderheit eine realistische Perspektive. Auf der Strecke zu bleiben droht die Selbstversorgungslandwirtschaft und damit die Ernährungssicherheit.


Uwe Hoering

Der Autor ist freier Journalist.

Eine ausführliche Analyse der „Grünen Revolution für Afrika“ und ihrer Auswirkungen auf bäuerliche Landwirtschaft und Ernährungssicherheit erscheint im Herbst im VSA-Verlag, Hamburg.



Der steinige Weg zu guten COP9-Beschlüssen

SBSTTA12 in Paris, 2.-6. Juli 2007

Die Beschlussvorlagen, an denen sich die Vertragsstaatenkonferenzen (Conference of the Parties – COP) der Konvention über Biologische Vielfalt (Convention on Biological Diversity – CBD) abarbeiten, fallen nicht vom Himmel. Wichtige Themen werden von jeder COP an Arbeits- und Vorbereitungsorgane vergeben. Dazu gehören Arbeitsgruppen zu bestimmten Themen und auch ganz wesentlich SBSTTA (Subsidiary Body on Scientific Technological and Technical Advice). Zu SBSTTA 12 trafen sich ca. 350 Ländervertreter und 250 weitere Personen kürzlich in Paris. Vertreter der indigenen Völker und der Zivilgesellschaft hatten sich vorab zusammengesetzt und kamen gut vorbereitet in diese wissenschaftlich-technischen Vor-Verhandlungen.

Das heisse Thema bei dieser SBSTTA-Sitzung waren „Liquid Biofuels“, d.h. Agrosprit. Es gibt einen Mechanismus, der es SBSTTA erlaubt, neue und an Wichtigkeit gewinnende Themen zu identifizieren und zu bearbeiten. Aber dürfen dann auch Beschlussempfehlungen an die COP gehen? Logischerweise würde man das annehmen, denn nur so kann eine schnelle Beschlussfassung der COP 9 im Jahre 2008 ohne Verlust von zwei weiteren Jahren bis zur COP 10 zustande kommen. Doch da gab es zwei Hindernisse. Erstens: Mexiko, das diesmal der Vertragsstaat war, der als „Lautsprecher“ für den großen Nicht-Vertragsstaat USA diente, versuchte bis zum Schluss in Nacht-Sitzungen zu verhindern, dass SBSTTA 12 Empfehlungen zu Agrosprit aussprach, indem

es eine Formulierungslücke im Auftrag an die SBSTTA nutzte. Zweitens: Brasilien versuchte, mit seiner Äthanol-Produktion aus Zuckerrohr als leuchtendes Beispiel aufzutreten, dem alle Entwicklungsländer nur nachzueifern hätten. Der Behauptung der brasilianischen Regierung, diese sei ökologisch und sozial überaus verträglich, wurde schon gleich am ersten Tag durch Erfahrungsberichte und Analysen der anwesenden brasilianischen Landarbeiter und Kleinbauern richtig gestellt. Trotz dieser Hindernisse gibt es eine Empfehlung an die COP und eine Sichtung der Biofuel-Mode nach Biodiversitätskriterien, Klimakriterien, sozio-ökonomischen und Menschenrechtskriterien ist auf den Weg gebracht. Damit ist die Möglichkeit offengehalten, dass die USA und an-

dere Befürworter ungebremsen Biofuel-Wachstums doch bereits 2008 mit Beschlüssen der COP zu tun haben, die Gefahren für die Biodiversität aufzeigen, die die Völkergemeinschaft – zumindest was ihre Umweltminister betrifft – nicht hinnehmen will.

Wechselbeziehungen zwischen Mensch und Biodiversität

Der Ökosystem-Ansatz, d.h. die Betrachtung des Lebens als als komplexes, rückgekoppeltes Beziehungsnetzwerk, in das auch die Menschen eingebunden sind, und nicht nur als Inventar- und Shoppingliste, ist ein Grundpfeiler der Konvention. Jede Erwähnung des Ökosystem-Ansatzes in der Beschlussempfehlung wurde von einigen Delegierten vehement bekämpft. Dies ließ erkennen, wie stark bei ihnen die Verwertbarkeit von Biodiversität im Vordergrund steht. Der Ökosystem-Ansatz mit seiner engen Wechselbeziehung zwischen Menschen und Biodiversität und damit einhergehender Verantwortlichkeit erschien ihnen offensichtlich hinderlich. Entsprechend wurde auch das Millennium Ecosystem Assessment, das von Tausenden von Wissenschaftlern weltweit erarbeitet wurde, den Zustand der Biodiversität weltweit beschreibt, die Triebkräfte der Biodiversitätszerstörung aufzeigt und Lösungsvorschläge macht, eher links liegen gelassen. Seine nützlichen Ergebnisse könnten jedoch nun wiederbelebt werden, in-

dem ein Bericht erstellt wird, der mit dem Stern-Report der Klimakonvention vergleichbar ist. Raumplanung wird für Biodiversitätsfragen, insbesondere für die Erreichung des 2010-Ziels eine immer wichtigere Rolle spielen, wobei bei dieser SBSTTA die Identifizierung von erhaltenden bzw. vernichtenden Faktoren insbesondere in Trockengebieten im Mittelpunkt stand.

Rolle der Wissenschaft

Bei der Diskussion um die Globale Pflanzen-Erhaltungsstrategie zeigt sich deutlich eine Trennung der wissenschaftlichen Diskussionsstränge von den sogenannten „politischen Themen“. Wissenschaftler arbeiten jedoch nicht in einem Machtvakuum. Sie könnten sich noch stärker für alle drei Ziele der Konvention engagieren: Erhaltung, Nutzung und Gerechtigkeit. Taxonomen arbeiten fieberhaft im Rahmen der Konvention an der Katalogisierung der Artenvielfalt (Global Taxonomy Initiative). Aber müssen die Referenzmuster aller Arten ausgerechnet auf dem Territorium der USA eingelagert werden, eines Staates, der sich dafür entschieden hat, sich nicht an die Verpflichtungen der Konvention zu binden, und der zudem ein brutales Patentierungsrecht hat? Wenn

das so weiter geht, dann werden die Verhandlungen für gerechten Vortausgleich und gegen Biopiraterie zur Farce, denn die Piraten sind mit wissenschaftlicher Unterstützung schneller als die Gesetzgeber.

Klima und Biologische Vielfalt

Die Zusammenarbeit mit der Klimarahmenkonvention wurde in letzter Zeit verstärkt. An einem Punkt konnte man sich bei SBSTTA trotz vieler Versuche jedoch gar nicht einigen. Soll man sich nämlich sowohl mit den negativen Auswirkungen des Klimawandels auf die Biodiversität als auch mit menschlichen Antwortstrategien auf den Klimawandel befassen, unter denen einige sind, die ihrerseits negative Auswirkungen auf die biologische Vielfalt haben können? Das hieße, dass für die lebensnotwendige Biodiversität der Teufel des Klimawandels durch den Beelzebub schlecht gewählter Gegenmaßnahmen ausgetrieben wird. Immerhin ist mit dem Global Assessment on Peatlands ist eine kraftvolle Studie in den Text eingegangen, die in erschütternder Weise zeigt, wie die dichteste CO₂-Senke pro Fläche, nämlich die tropischen Sumpfwälder, z.B. in Indonesien zerstört wird, um Monokultur-Plantagen von Ölpalmen anzulegen.

Partizipation

Auch in der Woche nach SBSTTA gingen die CBD-Verhandlungen weiter. Die Arbeitsgruppe zur Revision der Konventionsumsetzung tagte. Das klingt langweilig, war es aber nicht. Eine scheinbare Verfahrensfrage betraf das „Gedächtnis“ der CBD: sollen abgearbeitete Entscheidungen weiterhin einfach aus den Dateien gelöscht werden? Damit wäre eine Rückschau auf die Qualität der Arbeit seit 1992 nicht mehr möglich und man könnte auch nicht feststellen, ob wirklich „abgearbeitet“ wurde. Und dann zuletzt noch ein für die Zivilgesellschaft besonders heißes Thema: Wie werden die Registrierung und Akkreditierung in Zukunft gestaltet? Wird die CBD ihre im UN-Vergleich ungewöhnlich große Partizipationsfreundlichkeit behalten? Auch hier gab es starke und bis in die Nächte dauernde Auseinandersetzungen. Es wird weiterhin leicht sein, zur COP und ihren Vorbereitungs-konferenzen zu gehen. Und da gibt es bis Mai 2008 noch einiges zu tun. ☺

Susanne Gura

Die Autorin ist selbständige Beraterin. Derzeit arbeitet sie für die Liga für Hirtenvölker und Nachhaltige Viehwirtschaft (LPP) und ist eine der Koordinatorinnen der AG Biodiversität des Forums Umwelt und Entwicklung.

Auswirkungen der Öl-Kluft auf den Verkehr

Chancen für sinkende Treibhausgasemissionen

Wie der Verkehr in Zukunft abgewickelt wird, ist sicher von der Klimapolitik abhängig, aber möglicherweise noch stärker von der Preisentwicklung des Rohöls. Öl liefert gegenwärtig weltweit über 95 % der im motorisierten Verkehr verwendeten Energie. Die Diskussion um ‚Peak Oil‘ währt schon viele Jahre – vernachlässigt wird allerdings die Öl-Kluft.

Angesichts der Endlichkeit fossiler Energieträger stellt sich die Frage, ob in absehbarer Zeit, und – falls ja, – wann die Welt-Erdölförderung ihr Maximum erreicht (und ab dann zurückgeht)¹. Dieser Wendepunkt wäre mit starken Turbulenzen auf den Energiemärkten verbunden, welche vermutlich mit großen Preissteigerungen beim Rohöl einhergehen würden. Doch bisher kreist diese Diskussion lediglich um Peak Oil und nicht um die eigentlich in diesem Zusammenhang relevantere Größe: Die Öl-Kluft.

Die Öl-Kluft (‘Oil Gap’) wird noch vor ‚Peak Oil‘ erreicht. Sie benennt

den Sachverhalt, wenn das globale Rohölangebot die (wachsende) Nachfrage nicht mehr sättigen kann. Diese Situation kann laut jüngsten Aussagen der Internationalen Energieagentur (IEA) schon vor dem Jahr 2012 erreicht werden, auch wenn die IEA hofft, dass sich das Rohölangebot langfristig nach oben anpassen kann. Die Öl-Kluft tritt jedoch bereits ein, während das globale Ölangebot noch zunimmt. Denn auf der Verbraucherseite werden Fakten geschaffen, die dazu führen, dass die Nachfrage potentiell steigt. Werden etwa mehr Fahrzeuge produziert und zugelassen als verschrottet, wächst die Nachfrage nach Öl immanent.

Wie reagiert der Ölpreis auf die eingetretene Öl-Kluft?

Diese Frage wäre mit Hilfe von Nachfrage- und Preiselastizitäten zu beantworten. Der neue IPCC-Bericht der Arbeitsgruppe 3 gibt hierzu in der Abbildung SPM 6 Hinweise: Die Auswirkungen von drei verschiedenen CO₂-Preisen (20, 50 und 100 US \$/t; also etwa 5 bis 25 US-cents Preiserhöhung pro Liter Benzin) werden im Jahr 2030 untersucht. Das Ergebnis zeigt, dass für den Verkehr im Gegensatz zu den anderen Sektoren die Auswirkung des hohen CO₂-Preises (mit der Folge einer Preiserhöhung der Ölprodukte) auf die Emissionsminderung sehr gering ausfällt. So verwundert es nicht, dass sogar der Bush-Berater Simmons darauf gewettet hat, dass der Ölpreis in den nächsten Jahren 200 bis 250 \$/barrel erreichen werde, was ohne Dollar-

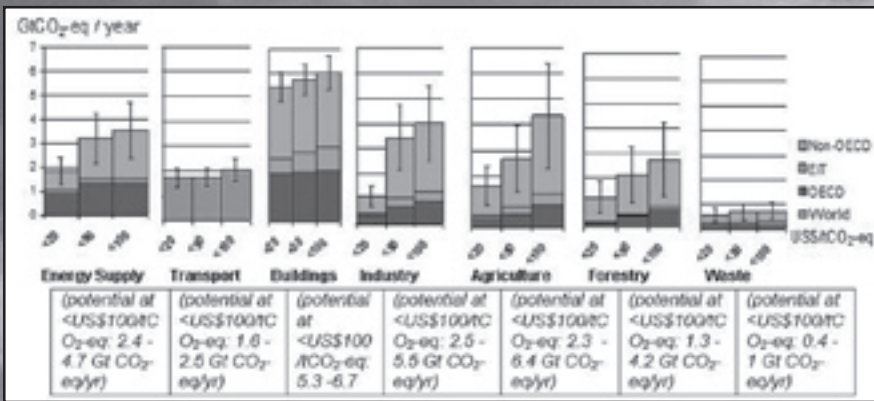


Abbildung SPM 6: Die Auswirkungen verschiedener CO₂-Preise auf die weltweiten CO₂-Emissionen in sieben Sektoren im Jahr 2030. Im Verkehrsbereich nehmen die CO₂-Emissionen auch bei einer Verhundertfachung des CO₂-Preises kaum mehr ab.

verfall bei uns zu einem Benzinpreis von 2,5 bis 3 Euro/Liter führen könnte.

Was hieße das für den Verkehr in Deutschland?

Auf Kurzstrecken bewirkt ein steigender Benzinpreis keine große Änderung bei der Pkw-Nutzung (sofern dieser vorhanden ist). Auch auf mittleren Strecken unter 30 oder 50 km Entfernung wird der Pkw weiterhin, wenn auch etwas weniger, genutzt. Der gestiegene Benzinpreis hat für Strecken unter 50 km Entfernung wegen der damit verbundenen recht niedrigen Ausgaben für den verbrauchten Kraftstoff vermutlich noch keinen starken Einfluss auf die Verkehrsmittelwahl.

Da in Deutschland jedoch 40 Prozent der Personenkilometer auf Wegen über 50 km Entfernung abgewickelt werden², dürfte ein spürbar höherer Benzinpreis mittelfristig Veränderungen bei der Pkw-Größe, bei der Verkehrsmittelwahl und langfristig bei der Siedlungsstruktur bewirken. Vielleicht wird der Pkw auf längeren Strecken nicht mehr der 'günstigste Verkehrsträger' sein – vorausgesetzt, dass Alternativen bereitstehen. Bei einem Ausbau des Schienenverkehrs (und auch eines Systems von Fernbus-

sen) könnte sich die Pkw-Nutzung für lange Strecken dann auf die Zufahrt zu den Stationen des Öffentlichen Personen(fern)verkehrs beschränken.

Einstieg in die Verkehrswende in Meseberg verpasst

Dies ist keine Zukunftsprognose, sondern nur die Projektion einer Entwicklung, die im Fall hoher Rohölpreise eintreten könnte. Für den Verkehr wäre sie in Deutschland mit stark sinkenden Treibhausgasemissionen verbunden.

Investitionen in den Ausbau des Schienenpersonenverkehrs und in dessen Attraktivitätssteigerung erhöhen demnach die Robustheit des Verkehrssystems gegenüber starken Ölpreissteigerungen und tragen ohnehin zur Minderung der Emissionen bei. Umso bedauerlicher ist, dass die Kabinettsklausur in Meseberg in ihren Beschlüssen zur Umsetzung des -40%-Klima-Reduktionsziels keine Maßnahmen aufführt, die zu einer Verkehrsverlagerung in die klimaverträglicheren Verkehrsträger führen. Der Einstieg in die Verkehrswende wurde verpasst. Dafür wären allerdings beträchtliche Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur notwendig, welche sicherlich im BMF auf

einen Finanzierungsvorbehalt gestoßen wären.

Die gegenwärtig zu beobachtende weltweite, mit der US-Immobilienkrise verbundene Delle auf den Weltfinanzmärkten zieht im Kontext mit der Öl-Kluft den Blick auf die Situation in den USA. Dort ist die durchschnittliche jährliche Fahrleistung pro Pkw doppelt so hoch, der Benzinpreis aufgrund vernachlässigbarer Besteuerung jedoch weniger als halb so hoch wie in Deutschland. Ein starker Anstieg des Rohölpreises würde deshalb zu einem prozentual viel größeren Preisanstieg des Benzins führen. Dies legt die Vermutung nahe, dass es bei hohen Ölpreisen zu teuer würde, wie heute noch üblich weite Entfernungen regelmäßig mit dem Auto zurückzulegen. Langfristig könnte somit die Zersiedlung im bisherigen Ausmaß nicht aufrechterhalten werden. Mit einer weiteren Immobilienkrise als Folge.

Manfred Treber

Der Autor ist Klima- und Verkehrsreferent bei Germanwatch.

¹ Vgl. etwa Campbell, Liesenborghs, Schindler, Zittel (2002): Ölwechsel! Das Ende des Erdölzeitalters und die Weichenstellung für die Zukunft
² Berschin & Blome (2004): Bahn 21. Eine Strategie für die Bahn von morgen. VCD Materialien; S. 7

Flugverkehr und Emissionshandel

Heiße Phase im EU-Parlament

Im Dezember 2006 legte die EU-Kommission ihren Richtlinienentwurf für den Einbezug des Flugverkehrs in das Europäische Emissionshandelssystem vor. Die Beratungen im EU-Parlament gehen jetzt in die Endphase, und es ist derzeit noch nicht abzusehen, ob sich die Befürworter eines ökologisch anspruchsvollen Einbezugs durchsetzen werden.



Fortschritte durch Berichtsentwurf des Umweltausschusses

Zwar steht die Parlamentsabstimmung dazu erst im November an, doch im Vorfeld wird die Stellungnahme des EU-Parlaments zu dem Kommissionsentwurf erarbeitet und abgestimmt. Federführend hierfür ist der Umweltausschuss, der am 3.10. über seine Empfehlungen entscheiden wird. Berichterstatter für das Parlament ist der deutsche CDU-Parlamentarier Peter Liese. Sein Entwurf für eine Stellungnahme stellt gegenüber dem Kommissionsentwurf an zentralen Punkten eine deutliche Verbesserung dar, wenngleich er hinter den Forderungen der deutschen wie europäischen NRO zurückbleibt. Nach Peter Liese soll der Flugverkehr eine Emissionsobergrenze ("Cap") von 90% der durchschnittlichen Emissionen der Jahre 2004-2006 erhalten, während die EU-Kommission hier 100% vorschlägt. Angesichts des starken Wachstums des Flugverkehrs – auf EU-Ebene verursacht der Flugverkehr heute ca. 90% mehr Emissionen als noch 1990 – wäre das auf jeden Fall ein großer Schritt nach vorne. Liese schlägt zudem vor, dass von Beginn an die Hälfte der Zertifikate versteigert werden sollte (nach der EU-Kommission sollen dies maximal 10% sein). Der Rest soll kostenlos verteilt werden. Um zu berücksichtigen, dass die Erwärmungswirkung des Flugverkehrs größer ist als die seines CO₂-Ausstoßes alleine, schlägt Peter Liese einen Multiplikator von 1,5 vor. Damit wäre aber nur ein Teil dieses zusätzlichen Erwärmungseffektes berücksichtigt. Die NRO sehen mindestens eine Verdopplung als notwendig an, die EU-Kommission will zunächst mit anderen Maßnahmen gegen einen der zusätzlich relevanten Faktoren, die NOx-Emissionen, vorgehen.

Schlüsselrolle deutscher EU-Parlamentarier

Dass der Liese-Bericht die Position des Parlaments wird, ist noch nicht gesichert. Besonders problematisch und gleichzeitig pikant ist hier die Positionierung seines ebenfalls deutschen Parteifreundes Georg Jarzembowski aus Hamburg. Dieser ist Berichterstatter des Ausschusses für Verkehr und Tourismus. Nach dem Umweltausschuss ist dieser Ausschuss der relevanteste in diesen Beratungen, wenngleich er keinen Mitentscheidungsstatus hat. Er wird seine Stellungnahme, die in die von Peter Liese einfließen soll, am 11.9. beschließen.

Der Jarzembowski-Bericht erweckt den Eindruck, als hätte es weder die EU-Klima-Beschlüsse noch die Worte einer deutschen CDU-Bundeskanzlerin gegeben. Als Emissionsobergrenze werden 125% der durchschnittlichen Emissionen von 2008-2010 vorgeschlagen, was in etwa dem Dreifachen des Wertes von 1990 entsprechen würde. Zudem setzt die anvisierte Verschiebung der Basisjahre in die Zukunft einen Anreiz für die Flugverkehrsunternehmen, in den Jahren 2008-2010 extra viel Emissionen produzieren. Die Auktionierung soll dem Bericht zufolge auf 5% für Marktneulinge beschränkt werden. Schließlich fordert Herr Jarzembowski auch, dass es außer dem Einbezug des Flugverkehrs keine weiteren klimapolitischen Regulierungen für den Flugverkehr auf EU-Ebene geben soll. Einigkeit besteht zwischen fast allen Beteiligten alleine in einem wichtigen Punkt: dass von Anfang an alle Flüge, die auf europäischen Flughäfen landen bzw. von dort abgehen, einbezogen werden sollen, nicht nur die innereuropäischen Flüge. Peter Liese plädiert für das Startjahr 2010

des EU-Emissionshandels, Georg Jarzembowski für 2012, was ein weiteres Hinausschieben bedeuten würde.

Auktionserlöse für entwicklungspolitische Maßnahmen?

Von entwicklungspolitischer Relevanz könnte die Verwendung der Auktionserlöse sein. Die EU-Kommission hatte vorgeschlagen, die Erlöse – mittelfristig in mindestens dreistelliger Millionenhöhe – für Emissionsreduzierung und Anpassung an die Folgen des Klimawandels vor allem in Entwicklungsländern zu verwenden. Dieser Vorschlag wird allerdings weder von Peter Liese noch von Georg Jarzembowski befürwortet. Peter Liese schlägt eine Verwendung vor allem für Klimaschutz im Verkehr insgesamt vor, z.B. auch zur Stärkung der Eisenbahnen. Georg Jarzembowski zufolge sollen die Erlöse ausschließlich dem Klimaschutz innerhalb der Flugverkehrsindustrie zugute kommen, damit diese also noch leichter die Ziele erfüllen können.

Die deutsche Bundesregierung ist nach wie vor weit entfernt von einer abgestimmten Position zu dem Kommissionsvorschlag. Wie so oft in den Debatten der letzten Wochen präsentiert sich das Verkehrsministerium hier als Klima-Bremse.

Durch die Konstellation Liese-Jarzembowski kommt den deutschen konservativen EU-Parlamentariern eine besondere Rolle bei den anstehenden Entscheidungen zu. Nicht zuletzt diese Situation bietet daher Raum für deutsche NROs, hier weiter lobbymäßig aktiv zu sein.

Sven Harmeling

Der Autor ist Referent für Klima und Entwicklung bei Germanwatch.

Internationale Wohnrechts-Kampagne startet im Oktober

Mehrere internationale Netzwerke haben dazu aufgerufen, im Oktober eine weltweite dezentrale Kampagne für das Recht auf Wohnen und gegen Zwangs-räumungen sowie gegen die Immobilienspekulation zu starten.

Der Grundstein für den Aufruf wurde bereits beim letzten Weltsozialforum im Januar gelegt. Die Kampagne soll aus Anlass des internationalen Welthabitattages am 1. Oktober starten. Sie soll bis zum üblichen Termin des Weltsozialforums am 26. Januar fortgeführt werden. Im Zuge der Kampagnenvorbereitung-

gen entwickeln sich in Lateinamerika Bündnisse der Wohnrechts-Bewegungen mit Menschenrechts- und Landlosensorganisationen. Aktionen sind u.a. in Buenos Aires geplant. In Indien werden mehrere Straßenaktionen gegen die Verdrängung der lokalen Ökonomie stattfinden. In Europa hat sich eine kleine Gruppe von Promoto-

ren der Kampagnenidee gebildet. Sie hofft, in einem offenen Prozess die Kommunikation zwischen verschiedenen Akteuren und Aktionsformen zu verbessern.

In Paris wird es zum Auftakt der Kampagne Ende September eine Demonstration für das Recht auf Wohnen geben. In London und Zürich arbeiten verschiedene Gruppen an der Planung von Auftaktaktionen. In Deutschland plant u.a. das Mieterforum Ruhr eine Kundgebung mit von Privatisierungen betroffenen Mietern am 1. Oktober in Dortmund.

*Kontakt: Knut Unger
knut.unger@habitat-netz.de
www.hic-net.org | www.reclaiming-spaces.org*



Forum und MISEREOR gegen Zwangsräumungen

Im Vorfeld des Welthabitattages veranstaltet MISEREOR gemeinsam mit der AG Habitat des Forum U&E am Donnerstag dem 27.09.07 ein Strategieseminar und ein Pressegespräch in Bonn zum Themenfeld Zwangsvertreibungen, lokale und globale Immobilienmärkte und Mega-Projekte. Neben Gästen aus Indien, Südafrika, Nigeria, Ägypten, Zimbabwe, Mexiko und Brasilien werden Vertreter/innen von Hilfswerken und Menschenrechtsorganisationen teilnehmen.

Welthabitattag, der internationale Tag der Wohn- und Siedlungsrechte, ist der erste Montag im Oktober; dieses Jahr der 1. Oktober. Weltweit finden zu diesem Anlass Veranstaltungen statt, um auf alltägliche und besonders schwere Verletzungen des Rechts auf Wohnen hinzuweisen. Zwei zentrale Veranstaltungen von UN Habitat finden am 1. sowie am 2. Oktober 2007 in Den Haag und in Monterrey, Mexiko statt. Das von UN Habitat vorgegebene Motto „Safe cities are just cities“ thematisiert die Problembereiche urbane Gewalt und Kriminalität, urbane Katastrophenrisiken sowie die rechtswidrige Praxis gewaltsamer Vertreibungen städtischer Armer.

Auch wenn das Thema Sicherheit in all diesen Facetten für städtische Arme bedeutsam sein mag, so ist doch besonders die stark zunehmende Praxis der Zwangsumsiedlungen und der Vertreibung einkommensschwacher Familien aus innerstädtischen Bereichen alarmierend. Meist sind die Ver-

treibungen verbunden mit Großbeigängen und mit lokalen oder globalen Kapitalinvestitionen. Menschen werden aus ihren Siedlungen verjagt und informelle Märkte werden abgerissen, weil dort städtische Entwicklungsvorhaben oder Investorenprojekte vorgesehen sind oder auch nur, weil die Städte sich einen moderneren Anstrich geben wollen und Slums oder Straßenmärkte das gewünschte Stadtbild stören. Dabei wird oft mit großer Brutalität vorgegangen, Besitztümer der Armen werden zerstört; oft kommt es zu Verletzten oder gar Toten. Meist wird den Betroffenen keine reale Alternative geboten. Sie müssen sehen, wie sie in anderen Armensiedlungen unterkommen oder sich neue Slums am Stadtrand bauen.

Gerade in den boomenden Städten Asiens, aber auch in Afrika nimmt die Zahl und das Ausmaß dieser gewaltsamen Vertreibungen in den letzten Jahren dramatisch zu. Allein die dokumentierte Zahl der von 2003 bis 2006 weltweit durch solche Prozesse

Vertriebenen lag nach Angaben der Menschenrechtsorganisation COHRE (Centre on Housing Rights and Evictions, Genf) bei ca. 4,3 Mio, davon ca. 2,1 Mio. Vertriebene in Asien und ca. 1,9 Mio. in Afrika. Die Dunkelziffer ist hoch.

Ziel der Veranstaltungen am 27.09. ist es, den Welthabitattag und die Expertise der anwesenden Gäste zum Problemfeld „Zwangsvertreibungen“ dazu zu nutzen, die Berichterstattung der deutschen Medien zu diesem Thema zu verstärken. Außerdem soll eine bessere Abstimmung zwischen den Akteuren über Strategien zur Verhinderung solcher Vertreibungen erreicht werden. Dabei soll der Bezug zwischen den gewaltsamen Vertreibungen im Asien, Lateinamerika und Afrika sowie globalen Kapitalbewegungen und -interessen aufgezeigt und geklärt werden, in welchem Umfang Unternehmensverantwortung hier in Europa eingefordert werden kann. Es geht also auch um Forderungen an Regierungen, NGOs und an die Zivilgesellschaft hier in Europa.

*Weitere Informationen: Marcelo Waschl / Klaus Teschner, MISEREOR e.V., 52064 Aachen, Tel.: 0241-442 210 / 211 / 231
waschl@misereor.de | teschner@misereor.de
Strategieseminar und Pressegespräch zu gewaltsamen Vertreibungen am 27.09.2007*



Klima-Countdown – Reportagen vom Klimawandel



Wenn das Packeis immer früher taut, bleibt den Eisbären nicht genügend Zeit, um sich das überlebensnotwendige Fettpolster anzufressen. Eisbären sind zwar hervorragende Schwimmer, jagen können sie im Wasser aber nicht. Und so gehen die Tiere stets schlechter vorbereitet in den Sommer. Schon jetzt haben die Eisbären weniger Nachwuchs und immer weniger Jungtiere überleben. Seit 2006 gilt das größte Landsäugetier in der Arktis nun offiziell als vom Aussterben bedroht.

Dies ist nur eine der schon heute zu beobachtenden Folgen des sich verändernden Klimas. Weitere Beispiele für den weltweiten Klimawandel werden in „Klima-Countdown – Reportagen vom Klimawandel“ dokumentiert. Die Autoren beschreiben in insgesamt 26 Reportagen, welche Veränderungen auf Menschen und Tiere zurollen und wie diese versuchen, sich anzupassen.

Der Klima-Countdown will aber nicht nur die dramatischen Folgen des Klimawandels aufzeigen. Das Buch gibt auch Tipps, wie die eigene CO₂-Bilanz verbessert werden kann und analysiert, welche politischen Schritte notwendig wären, um weitere dramatische Folgen abzuwenden.

Bezug:
BUNDladen,
Bestell-Nr. 39245
Am Köllnischen Park
1 10179 Berlin
Tel.: 030-27586480
Fax: 030-27586440
E-Mail: BUNDladen@bund.net
(12,80 €).

Meer ohne Fische?

Weltweit stehen nicht nur die verschiedensten Fischarten vor dem Aussterben, sondern die Zukunft mit dem gesamten maritimen Leben steht auf dem Spiel. Das Buch „Meer ohne Fische? Profit und Welternährung“, ist ein leidenschaftliches Plädoyer für den Erhalt der Weltmeere und ihrer Bewohner. Dabei legen die Herausgeber nicht nur Wert auf die aktuelle Sachlage, sondern bieten auch Einblicke in die Geschichte des Fischfangs.



News wie jene des taiwanesischen Tunfisch-Trawlers „Sheng Yi Hsing No.16“, der am 15. August 2007 in den Hoheitsgewässern der mikronesischen Inselgruppe Palau aufgehalten wurde, keine Besonderheit. An Bord des Schiffes konnten die Behörden des Palau Bureau of Marine Resources 650 Hai-fischflossen, zehn Haiköpfe und rund 94 Haifischkörper und eine Reihe von Fischen wie Marlin, Mahi-Mahi, Wahoo und Barrakudas sicherstellen. Keiner der Fische war in den offiziellen Logbüchern des Fischkutters eingetragen. Noch dazu ist das Fangen von Haien nach den lokalen Gesetzen Palaus verboten. Experten wissen längst, dass dies nur ein Beispiel in einer Reihe ähnlich gearteter Fälle ist. In den Weiten des Pazifiks ist eine lückenlose Fangkontrolle kaum möglich.

Und es ist nicht nur die illegale Fischerei, die den Weltmeeren zusetzt, sondern ganz besonders auch der legale Fischfang, dessen hoch technisierten Fangflotten die Meere auf der Suche nach den großen Fisch-

schwärmen mit modernster Technologie durchpflügen. Und das ist kein Wunder. Der Handel mit Fischprodukten wird jährlich auf einen Wert von 70 Mrd. Dollar geschätzt. Und am größten Fischmarkt der Welt, dem Tsukiji in Tokio, wird Fisch bereits heute mit Gold aufgewogen.

Auf der Strecke könnten auf der Suche nach dem Nahrungsmittel Fisch allerdings schon bald jene Länder bleiben, die nicht über die Hochtechnologie und die Fangmethoden verfügen, um die verbliebenen Fische aufzuspüren. Nach Berechnungen der FAO ernähren sich 3,5 Mrd. Menschen von Fisch. Im Vergleich zur nachhaltigen Befischung, die in sehr vielen Entwicklungsländern immer noch zum täglichen Brot gehört, holen die Hightech-Trawler wie etwa die irische „Atlantic Dawn“ am Tag bis zu 400 Tonnen Fisch aus dem Meer. Um diese Menge zu fangen, bräuchte ein lokaler Kleinfischer zehn Jahre. Doch das allein ist nicht das Problem: Denn die Methoden, mit denen die Fische gefangen werden, zerstören den Meeresboden und sorgen für gigantische Mengen an Beifang. Es sind sehr viele Aspekte, die in dem Buch beleuchtet werden. Viele Informationen mögen zwar nicht neu sein, blieben aber bis dato von den meisten Menschen unbeachtet - und das obwohl Ökologen und Biologen vor dem drohenden Overkill warnen.

Bezug:
campus-verlag
www.campus.de
(19,90 €)

The 2 degree challenge and a „New Global Deal“ for energy policy

Die Europäische Union hat sich formal verpflichtet, den Temperaturanstieg auf nicht mehr als 2 Grad Celsius (gegenüber vorindustrieller Zeit) zu begrenzen, um dem Klimawandel Einhalt zu gebieten. Regierungen und Interessensvertreter aus aller-

Publikationen

Welt argumentieren, dieses Vorhaben müsse ein globales Ziel werden. Die Forderung der G8 und anderer teilnehmender Staaten (bei dem britischen G8-Gipfel 2005 in Gleneagles) an die Weltbank, die Führungsrolle bei der Entwicklung eines internationalen „Investitions-



rahmenwerks für saubere Energie und Entwicklung“ (Clean Energy and Development Investment Framework – CEIF) zu übernehmen, war ein entscheidender Schritt in die richtige Richtung. Diese Publikation analysiert den gegenwärtigen Stand der Dinge in der „Global Deal“-Debatte innerhalb der Institutionen der Europäischen Union und den multilateralen Entwicklungsbanken. Außerdem gibt der Autor Empfehlungen für einen neuen „Global Deal“ und stellt das „Bonn-Statement“ vor, welches umfangreichere Maßnahmen zu Erreichung der Klima-Ziele fordert.

Bezug:
Forum Umwelt & Entwicklung
Am Michaelshof 8-10
53177 Bonn
Tel.: 0228-359704
Fax: 0228-92399356
E-Mail: info@forumue.de, www.forumue.de
kostenlos, nur in englisch

A Global Deal for a below 2°C Energy Vision

Dies ist das gemeinsame Strategiepapier als Ergebnis der Tagung „Coming to GRIPS with the Emerging Global Energy Policy“, die vom 23. – 25. März 2007 in



Bonn vom Forum Umwelt & Entwicklung durchgeführt wurde. Der TeilnehmerInnenkreis bestand aus 40 Personen, die jeweils wichtige an der Klima- und Energiedebatte beteiligte NRO aus den 20 Ländern des Gleneagles Dialogue on Climate Change and Clean Energy repräsentierten. Lediglich Australien und Brasilien waren nicht vertreten. Im Vorfeld der Tagung wurden 5 Positionspapiere erstellt: Malte Meinshausen – Presentation on emission pathways, concentration levels and the 2 °C target; Jennifer Morgan - An Overview of the G8 and the Gleneagles Dialogue – and as additional input the result of the GLOBE legislators conference; Germana Canzi - Threats, opportunities and other questions for civil society organisations; Jennifer Morgan - The state of affairs at the UNFCCC and the Kyoto Protocol negotiations - and an accompanying flowchart; Kirsty Hamilton - Business, Investment and International Climate & Energy Regulation. Diese Papiere wurden präsentiert und stellten die Diskussionsbasis während der Tagung dar. Ferner wurden die anstehenden strategischen Entscheidungen in den Klimaverhandlungen, dem G8-Prozess und damit zusammenhängenden anderen Organisationen und Verhandlungsforen wie etwa Weltbank und CSD plenar in Arbeitsgruppen diskutiert. Ergebnis der Tagung ist das gemeinsame Strategiepapier, mit dem die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Tagung in Gespräch mit ihren jeweiligen Regierungen treten wollen, um damit die positiven Erfolgsaussichten für die Gleneagles-Dialogue Minister-

konferenz im September zu verbessern.

Bezug:
 Forum Umwelt & Entwicklung
 Am Michaelshof 8-10
 53177 Bonn
 Tel.: 0228-359704
 Fax: 0228-92399356
 E-Mail: info@forumue.de, www.forumue.de,
 kostenlos, nur in englisch

Supermärkte auf dem Vormarsch im Süden – Bedrohung für Kleinbauern?

Das Entstehen der Supermarktmacht in den Industrie- und Entwicklungsländern stellt eine neue Herausforderung sowohl für ein nationales als auch internationales Vorgehen aller derjenigen dar, die sich für die Förderung von bäuerlichen Familienbetrieben und den Erhalt von kleinbäuerlichen Existenzen sowie menschenwürdigen Arbeitsbedingungen für Landarbeitern und Verkäuferinnen einsetzen. Die Restrukturierung der Lebensmittelmärkte durch Supermarktketten und Discounter führte zu einer neuen Konzentration von Marktmacht auf Käuferseite, die zu Preisdiktaten, Dumping auf Binnenmärkten, privaten Qualitäts- und Sicherheitsstandards und einer nie gekannten vertraglichen vertikalen Integration der Landwirtschaft in das Agrobusiness geführt hat.

Von ihrem Vordringen geht ein massiver Druck auf die Kleinbauern und auf die Binnenmärkte in Entwicklungsländern aus. Entweder begeben sie sich in weitgehende Abhängigkeit von den Supermärkten und „modernisieren“ nach deren Façon, oder sie geben die Landwirtschaft auf. Nur ein Bruchteil der bestehenden landwirtschaftlichen Existenzen hat eine Überlebenschance innerhalb des Supermarktsystems. Die Restrukturierung erfasst den gesamten Binnenmarkt für Lebensmittel und landwirtschaftliche Produkte, denn auch die lokalen Großmärkte, Kleinhändler, Straßenmärkte und Bauernmärkte sind von dem Strudel der Wal-Martisierung erfasst: Auch ihnen allen bleibt nichts anderes übrig als sich

an die Standards der Supermärkte anzupassen, denn die Verbraucher sind inzwischen verwöhnt; und sie werden von dem Verramschen der Ware, die sich nicht für den Absatz in den Supermärkten qualifiziert, preislich in die Knie gezwungen.

Die Supermarktmacht hat zu verschiedenen Widerstandskampagnen in den Industriestaaten geführt. Kampagnen sind in den USA gegen Wal-Mart – die weltgrößte Supermarktkette – gelaufen, in Großbritannien gegen Tesco, in Deutschland gegen Lidl. Aber immer konzentrierte sich der Protest nur entweder auf die arbeitnehmerfeindliche Haltung der Ketten oder auf ihre Preisdrückerei gegenüber den Zulieferern. Auch in den Industrieländern hat die Supermarktisierung bei den Milch- und Gemüsebauern zu einem massiven Bauernsterben geführt.

Mit dieser Studie soll die entwicklungspolitische Dimension der Rolle der Supermärkte auf den Binnenmärkten der Entwicklungsländer problematisiert werden. Das geschieht zu Beginn eines neuen inhaltlichen Schwerpunkts: Die kritische Begleitung der Neuentdeckung der wichtigen Rolle des Themas „ländliche Entwicklung“ für die Armutsbekämpfung durch die Regierungen. Vor 20 Jahren war „ländliche Entwicklung“ ganz oben auf der Entwicklungsagenda. Seitdem wurde es still um das Thema auf offizieller Seite, bei der Entwicklungshilfe und den nationalen Regierungen der Entwicklungsländer. Nicht allerdings auf Seiten der meisten NGOs. Mit dem drohenden Scheitern der Umsetzung der Millennium-Entwicklungsziele, der Armutshalbierung bis 2015, wurde das „alte“ Thema von allen Seiten wieder neu entdeckt: bei der Weltbank, den staatlichen Gebern, NEPAD, G8, den großen US-Stiftungen der ganz Reichen. Von ländlicher Entwicklungshilfe verspricht man sich plötzlich den Durchbruch bei der Armutsbekämpfung.

Bezug:
 Forum Umwelt & Entwicklung
 Am Michaelshof 8-10
 53177 Bonn
 Tel.: 0228-359704
 Fax: 0228-92399356
 E-Mail: info@forumue.de
 www.forumue.de.

Strategie billige Milch

In der Welthandelsorganisation (WTO) ringen die Chefunterhändler seit 1995 um ein weiteres Agrarabkommen. Dabei haben sie nur die Liberalisierung und Deregulierung der Märkte im Blick. Die Rahmenbedingungen für die Bäuerinnen und Bauern auf dieser Welt sollen zunehmend von den globalen Märkten bestimmt werden. Das bedeutet vor allem, dass die Erzeugerpreise der Produzenten mehr und mehr vom meist niedrigen und auch schwankenden Weltmarktpreis bestimmt, also nach unten gedrückt werden. Die negativen Folgen auf die vielen Menschen, die in den ländlichen Räumen leben, werden dabei genauso außer Acht gelassen wie die Entwicklungen der einzelnen Volkswirtschaften, besonders in den ärmsten Ländern der Welt. Die vorliegende Studie setzt sich am Beispiel Milch damit auseinander, wie die Mechanismen der Deregulierung und Liberalisierung auf internationaler und nationaler Ebene konkret wirken. Es kommt zum Vorschein, dass die politischen Instrumente der EU-Milch- und Agrarhandelspolitik sowohl die Milchbetriebe hier im Allgäu, in Deutschland und Europa in ihrer Existenz gefährden, als auch die Lebensgrundlage von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in den Entwicklungsländern bedrohen oder sogar zerstören. Wenn auch das Ausmaß der Folgen sich unterscheidet. Während bei uns das Höfesterben eine Vernichtung unserer Arbeitsplätze und eine Veränderung unserer Kulturlandschaft bedeutet, treibt es die Menschen in den Entwicklungsländern weiter in Armut und Hunger.

Auch wird deutlich, für wen bzw. für welche Interessen - trotz der negativen Folgen - an einer Politik der Deregulierung und Liberalisierung festgehalten wird. Die wichtigsten Profiteure sind die exportorientierten Molkereien. Sie haben ein Interesse an dem billigen Rohstoff Milch, und das in großen Mengen. Sie glauben, dann in Zukunft ungehindert auf dem Weltmarkt agieren zu können. Dort erhoffen sich die Konzerne hohe Umsatzzuwächse.

Diese Studie will auf die Probleme einer schrankenlosen Liberalisierung für die bäuerliche Landwirtschaft weltweit aufmerksam machen und Lösungsansätze für eine Agrarpolitik aufzeigen, die endlich bäuerliche, entwicklungspolitische und gesellschaftliche Anliegen in den Vordergrund rücken. Denn die Landwirtschaft ist viel mehr als nur ein Wirtschaftszweig und lässt sich nicht auf Senkung der Kosten, Gewinnmaximierung oder das Bruttoinlandsprodukt reduzieren. Eine bäuerliche und vielfältige Landwirtschaft ist in jeder Region dieser Welt notwendig, um ausreichend gesunde und angepasste Nahrungsmittel zu produzieren, um den Menschen ein Einkommen zu ermöglichen und um die Natur und die regionale Kultur zu erhalten.

Bezug:

Misereor
Mozartstr. 9
52064 Aachen
Tel.: 0241-4420
Fax: 0241-442188,
postmaster@misereor.de
www.misereor.de.

 Veränderung von Staatlichkeit und öffentliche Güter - Voraussetzungen für Nachhaltigkeit, Geschlechtergerechtigkeit und Sicherung der Lebensgrundlagen (livelihood)

Die Privatisierungspolitik der Akteure des Neoliberalismus entzieht immer mehr Bereiche des Lebens einer demokratischen Gestaltung und unterwirft sie dem Diktat der Rentabilität. Gleichzeitig wächst der Protest der sozialen Bewegungen gegen die Kapitalisierung der Welt. Im Zentrum der Diskussion nach möglichen Alternativen stehen dabei vor allem Forderungen nach der Bereitstellung, dem Erhalt und dem Schutz von (globalen) öffentlichen Gütern, um allen Menschen völlig unabhängig von sozioökonomischer Leistungsfähigkeit, Alter, Geschlecht, Herkunft und Hautfarbe, eine selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Auch die AG Frauen im Forum Umwelt und Entwicklung hat begonnen, sich mit dem Konzept der Globalen Öffentlichen Güter auseinanderzusetzen. Das Konzept ist nicht unumstritten: Während die Einen es als Zukunftskonzept für die internationale Zusammenarbeit sehen, befürchten Andere, dass das Konzept der Globalen Öffentlichen Güter einen Beitrag zur Verrechtlichung neoliberaler Globalisierungspolitik liefere, indem die allein monetäre In-Wert-Setzung fortgeführt wird und politische Ziele wie Frieden, Biodiversität, Gerechtigkeit etc. zu Gütern im ökonomischen Sinne degradiert werden. Schnell kristallisierte sich in der Diskussion heraus, dass es der AG Frauen nicht in erster Linie um eine kritische Abarbeitung und detaillierte Analyse des UN-Konzepts geht, sondern um eine feministische Perspektive auf den normativen Anspruch, mit dem Konzept der öffentlichen Güter ein Gegenkonzept zu Markt und Privatem zu entwickeln bzw. eine Neubewertung der Aufgabenverteilung und Verantwortlichkeit zwischen Markt und Staat zu erreichen.

Aus dieser Auseinandersetzung entwickelte sich die Idee, ein Fachgespräch zu „Veränderung von Staatlichkeit und öffentliche Güter. Voraussetzungen für Nachhaltigkeit, Geschlechtergerechtigkeit und Sicherung der Lebensgrundlagen (livelihood)“ durchzuführen. Dabei sollte das Hauptaugenmerk zunächst auf den westlichen Wohlfahrtsstaat und die nationalen öffentlichen Güter gelegt werden. Im Vorfeld der Veranstaltung wurde ein gemeinsames Hypothesenpapier erarbeitet, das neben ersten Statements offene Fragen enthält, die der Strukturierung der weiteren Diskussionen dienen sollten. Die AG Frauen hat mit dem Fachgespräch und seiner Aufarbeitung in diesem Arbeitspapier die Diskussion um öffentliche Güter aus einer feministischen Perspektive begonnen, jedoch keineswegs abgeschlossen.

Bezug:

Forum Umwelt & Entwicklung
nur zum Downloaden im
Internet: www.forumue.de,

Bioenergie – Im Spannungsfeld von Klimawandel und Armutsbekämpfung

Das neue MISEREOR-Positionspapier „Bioenergie“ befasst sich mit den Auswirkungen wachsender Bioenergieproduktion auf die arme Bevölkerung in Entwicklungsländern und formuliert



Anforderungen an eine nachhaltige Energie- und Entwicklungspolitik. Das Papier wurde aufgrund der Erfahrungen von Partnern in betroffenen Regionen erarbeitet. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf Ernährungssicherheit, Verteilungswirkungen/Landkonzentration und Bewahrung der Schöpfung. Auf der Basis eines entwicklungspolitischen Auftrages ist es ein besonderes Anliegen, insbesondere die Perspektive der ärmsten Bevölkerungsgruppen in den Entwicklungsländern in die aktuelle Klimadiskussion einzubringen. Das vorliegende Papier möchte einen Beitrag leisten zur aktuellen Debatte um Biokraftstoffquoten und Nachhaltigkeitskriterien zur Zertifizierung von Biokraftstoffimporten in Deutschland/Europa. Es ist wichtig, dass Maßnahmen zum Klimaschutz nicht auf Kosten der Menschen in Entwicklungsländern gehen. Eine Energiewende bei uns sollte mit politischen Maßnahmen zur Energie- und Verkehrseffizienz beginnen.

Bezug:

Misereor
Mozartstr. 9
52064 Aachen
Tel.: 0241-4420
Fax: 0241-442188,
www.misereor.de.

Klimaschutz jetzt! Ein Appell der Klima-Allianz

Der Klimawandel trifft Mensch und Natur weltweit in einem Ausmaß, das historisch ohne Beispiel ist. Die Lebensgrundlagen und das Wohlergehen von Millionen Menschen, besonders in den Entwicklungsländern, sind extrem gefährdet.

Der Klimawandel ist kein Schicksal; er ist Folge eines Mangels an Verantwortung, ein Mangel an Gerechtigkeit gegenüber den besonders betroffenen Menschen in Entwicklungsländern, den indigenen Völkern, nachfolgenden Generationen und der Schöpfung. Die Bekämpfung des Klimawandels ist der zentrale Prüfstein für eine solidarische Weltgesellschaft; eine Weltgesellschaft, die lernen muss, mit den allen Menschen zur Verfügung stehenden Gemeinschaftsgütern verantwortungsbewusst und gerecht umzugehen.

Wir brauchen eine breite gesellschaftliche Bewegung für konsequenten Klimaschutz. Immer wieder wird die Klimapolitik von kurzzeitigen Interessen blockiert. Diese Blockaden wollen wir überwinden. Die Klima-Allianz ruft die Bundesregierung, die Landesregierungen, die Unternehmen, die Gewerkschaften, die Verbände, Städte und Gemeinden und alle Bürgerinnen und Bürger dazu auf, mit dem Klimaschutz ernst zu machen: in der Politik wie auch im persönlichen Einflussbereich. Die Zeit drängt. Der Klimawandel hat bereits eingesetzt. Eine neue Klima- und Energiepolitik duldet keinen weiteren Aufschub. Die Zeit ist reif für einen gesellschaftlichen Aufbruch. Hauptforderungen an die internationale Politik zum Klimawandel sind in diesem Positionspapier jetzt in der 2. aktualisierten Auflage aufgeführt.

Bezug:

Forum Umwelt & Entwicklung
Am Michaelshof 8-10
53177 Bonn
Tel.: 0228-359704
Fax: 0228-92399356
E-Mail: info@forumue.de
www.forumue.de.

Veranstaltungen



Zwangsverreibungen, lokale und globale Immobilienmärkte und Mega-Projekte

Strategieseminar und
Pressegespräch
27. September 2007
Bonn

Im Vorfeld des Welthabitattages veranstaltet MISE-REOR gemeinsam mit der AG Habitat des Forum U&E am Donnerstag dem 27.09.07 ein Strategieseminar und ein Pressegespräch in Bonn zum Themenfeld Zwangsverreibungen, lokale und globale Immobilienmärkte und Mega-Projekte. Neben Gästen aus Indien, Südafrika, Nigeria, Ägypten, Zimbabwe, Mexiko und Brasilien werden Vertreter/innen von Hilfswerken und Menschenrechtsorganisationen teilnehmen. Welthabitattag, der internationale Tag der Wohn- und Siedlungsrechte, ist der erste Montag im Oktober; dieses Jahr der 1. Oktober. Das von UN Habitat vorgegebene Motto „Safe cities are just cities“ thematisiert die Problembereiche urbane Gewalt und Kriminalität, urbane Katastrophenrisiken sowie die rechtswidrige Praxis gewaltsamer Verreibungen städtischer Armer.

Auch wenn das Thema Sicherheit in all diesen Facetten für städtische Arme bedeutsam sein mag, so ist doch besonders die stark zunehmende Praxis der Zwangsumsiedlungen und der Verreibung einkommensschwacher Familien aus innerstädtischen Bereichen alarmierend. Meist sind die Verreibungen verbunden mit Großereignissen und mit lokalen oder globalen Kapitalinvestitionen. Menschen werden aus ihren Siedlungen verjagt und informelle Märkte werden abgerissen, weil dort städtische Entwicklungsvorhaben oder Investorenprojekte vorgesehen sind oder auch nur, weil die Städte sich einen moderneren Anstrich geben wollen und Slums oder Straßenmärkte das gewünschte Stadtbild stören. Gerade in den boomenden Städten

Asiens, aber auch in Afrika nimmt die Zahl und das Ausmaß dieser gewaltsamen Verreibungen in den letzten Jahren dramatisch zu.

Ziel der Veranstaltungen am 27.09. ist es, den Welthabitattag und die Expertise der anwesenden Gäste zum Problemfeld „Zwangsverreibungen“ dazu zu nutzen, die Berichterstattung der deutschen Medien zu diesem Thema zu verstärken. Außerdem soll eine bessere Abstimmung zwischen den Akteuren über Strategien zur Verhinderung solcher Verreibungen erreicht werden. Dabei soll der Bezug zwischen den gewaltsamen Verreibungen in Asien, Lateinamerika und Afrika sowie globalen Kapitalbewegungen und –interessen aufgezeigt und geklärt werden, in welchem Umfang Unternehmensverantwortung hier in Europa eingefordert werden kann. Es geht also auch um Forderungen an Regierungen, NGOs und an die Zivilgesellschaft hier in Europa.

Informationen:
Marcelo Waschl/Klaus Teschner
Misereor e.V.
52064 Aachen
Tel.: 0241-442210/211/231
E-Mail: waschl@misereor.de
teschner@misereor.de

Blumen global –
Probleme lokal

Seminar
05. – 07. Oktober 2007
Frankfurt

Die Blumenproduktion ist ein globalisierter Industriezweig. Vor allem Schnittblumen werden zunehmend in den Ländern um den Äquator für die Märkte in den Industrieländern produziert. Die Produktion hat nicht nur menschenrechtliche Auswirkungen auf die Arbeiterinnen und Arbeiter der Farmen, sondern auch auf ihre Familien, Dörfer und Gemeinden. So leiden auch die Kinder der Beschäftigten unter den langen Arbeitszeiten und niedrigen Löhnen ihrer Eltern. Der hohe Wasserverbrauch der Farmen und ihre giftigen Abwässer führen zu Konflikten mit den Gemeinden. Welche Rolle spielen

verletzungen bei der Kreditvergabe der Bundesregierung an Blumenplantagen in Entwicklungsländern? Bieten Gütesiegel eine Lösung für diese Probleme? ReferentInnen aus Ecuador und Deutschland werden zu diesen Themen informieren.

Informationen:
Gertrud Falk
FIAN-deutschland e.V.
Düppelstr. 9-11
50679 Köln
Tel.: 0221-7020072
Fax: 0221-7020032
E-Mail: g.falk@fian.de
www.fian.de

Wem gehört die Atmosphäre – Über Klimagerechtigkeit und die Tücken des Emissionshandels

Seminar
06. Oktober 2007
Luxemburg

Wir erleben derzeit weltweit einen rapiden Wandel des Klimas. Obwohl inzwischen eindeutig feststeht, dass er auf die Zunahme anthropogener Treibhausgase zurückgeht, steigen deren Emissionen in den Industrieländern weiter an. Ein Instrument des Kyoto-Protokolls, um den Klimawandel aufzuhalten, ist der Clean Development Mechanism, durch den Industrieländer sich von eigenen Reduktionsverpflichtungen freikaufen können, indem sie Rechte aus Projekten erwerben, die in Entwicklungsländern liegen – ein Handel, der mittlerweile global ein Volumen von ca. 8 Mrd € umfasst. Auch Luxemburg kauft derzeit sehr diskret und aktiv solche Rechte ein, um dadurch weniger Treibhausgase hier im Lande einsparen zu müssen. Allerdings zeigt sich mittlerweile, dass die real existierenden CDM-Projekte im Süden der Welt dort kaum zur nachhaltigen Entwicklung beitragen, dort oft sogar negative Folgen auf Mensch und Umwelt haben und ihre Klimarelevanz häufig dubios ist

Informationen:
Action Solidarité Tiers Monde
L-1931 Luxembourg
Tel.: ++352-40042730
Fax: ++352-40042727
E-Mail: education@astm.lu
www.astm.lu



Internationale Lebensmittelmärkte im Umbruch: Auswirkungen der Nachfragemacht der Supermärkte auf den Süden

Fachtagung
15. Oktober 2007
Berlin

Mit dem Vordringen der Supermarktmärkte auf den Binnenmärkten in Lateinamerika und Asien – aber auch in einigen afrikanischen Staaten – kommt es zu einschneidenden Veränderungen bei den Marktbeziehungen. Konventionelle Absatzkanäle, wie Großhandel und Straßenhandel, verlieren an Bedeutung. Strenge Qualitätsstandards und deren Kontrolle bis ins letzte Glied der Vermarktungskette stellen höchste Ansprüche an die Dokumentation und Rückverfolgbarkeit auf dem Lebensmittelmarkt. Die Marktmacht der internationalen Unternehmen setzt mittelständiges Ernährungsgewerbe unter Druck. Die vertikale Integration der Bauern durch den Vertragsanbau führt zum Verlust der Selbstständigkeit von Familienbetrieben: Produktionsmethoden inkl. Düngung und Pestizideinsatz werden vorgeschrieben. Den Nachteilen in Form von Marginalisierung, Verlust an Beschäftigung und Abhängigkeiten stehen neue Organisationsformen bei der Beratung, ein gesicherter Absatz, teilweise bessere Preise für die Bauern und vertraglich ausgehandelte Bedingungen entgegen. Doch überwiegen im Endeffekt die Vorteile oder die Nachteile? Wer sind die Gewinner, und wer die Verlierer? Was passiert mit denjenigen, die auf der Strecke bleiben?

Diese gemeinsame Fachtagung von EED, Oxfam und Forum Umwelt & Entwicklung will diesen Prozess mit Hilfe von unabhängigen Experten kritisch beleuchten und den zentralen entwicklungspolitischen Fragen nachgehen. Dabei sollen weniger die mikroökonomischen Anpassungsstrategien im Vordergrund stehen, sondern ein besseres Verständnis der entwicklungspolitischen Dimensionen ermöglicht werden. Der Tagung liegt eine

Studie von Marita Wiggert-hale zugrunde, die bei den Organisatoren Anfang Oktober zu beziehen ist.

Informationen:

Forum Umwelt & Entwicklung
AG Landwirtschaft
und Ernährung
Rudolf Buntzel-Cano
Tel.: 030-20355225
E-Mail: r.buntzel@gkke.org
www.forumue.de

Furchtbar Fruchtbar: Globale Landwirtschaft

Tagung

02. – 04. November 2007
Hirschluch bei Berlin

Die INKOTA-Herbsttagung bietet jedes Jahr viel Stoff zum Nachdenken und Diskutieren, aktuelle Informationen, interessante ReferentInnen, innovative Methoden, neue Impulse und Anregungen für die eigene Arbeit sowie die Gelegenheit zum Austausch und zur Vernetzung mit Gleichgesinnten. In diesem Jahr stehen drängende Fragen der Landwirtschaft in Nord und Süd im Mittelpunkt. Warum sterben Menschen an Hunger, obwohl genügend Nahrungsmittel für alle produziert werden? Wie kann das Menschenrecht auf Nahrung und die biologische Vielfalt gegen die Profitinteressen internationaler Konzerne verteidigt werden? Gibt es echte Alternativen zur industriellen Landwirtschaft? Das ausführliche Programm ist auf der Homepage zu finden.

Informationen:

INKOTA-netzwerk e.V.
Arndt von Massenbach
Greifswalder Str. 33a
10405 Berlin
Tel.: 030-4289111
Fax: 030-4289112
massenbach@inkota.de
www.inkota.de

Die Millennium-Entwicklungsziele – Eine besondere Herausforderung für Afrika und die Entwicklungspolitik

Bonner Konferenz für
Entwicklungspolitik/Bonn
Conference on International
Development Policy
05. – 06. November 2007
Bonn

Mit der Bonner Konferenz für Entwicklungspolitik wird die Landesregierung

Nordrhein-Westfalen eine regelmäßig stattfindende internationale Entwicklungskonferenz am UN-Standort Bonn etablieren. Diese wird wichtige Nord-Südfragen behandeln und Entscheidungsträger sowie Aktive der Entwicklungspolitik zusammenbringen. Deshalb soll die Bonner Konferenz auch am ersten Konferenztag der Rahmen zur Vorstellung der neuen Partnerschaft zwischen der Republik Ghana und Nordrhein-Westfalen sein. Der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Dr. Jürgen Rüttgers, empfängt dazu Bundespräsident Prof. Dr. Horst Köhler und den Präsidenten der Republik Ghana, John Agyekum Kufuor (angefragt). Damit kommt die Landesregierung ihren Bestrebungen, die Beziehungen zu den Ländern Subsahara-Afrikas zu intensivieren, einen grossen Schritt näher und setzt ihre am 21. August 2007 beschlossenen „Leitlinien für Entwicklungszusammenarbeit“ um.

Im Konferenzverlauf werden die Themenbereiche Migration, Klimawandel, Good Governance und Wirtschaft sowie ihr jeweiliger Einfluss auf Entwicklung und Armutsbekämpfung in Afrika behandelt.

Informationen:

lab concepts
Am Hofgarten 18
53113 Bonn
Tel.: 0228-2498-110
Fax: 0228-2498-111
E-Mail: info@lab-concepts.de
www.lab-concepts.de



Biologische
Vielfalt
erhalten!

Kreativitätswerkstatt
07. – 09. Dezember 2007
Bonn

Im Mai 2008 findet in Bonn die Vertragsstaatenkonferenz (COP) zur Biodiversitätskonvention statt; ein Ereignis, mit dem das Thema Biodiversität für eine kurze Zeit in das Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit rücken wird. Sie bietet damit allen, die sich für den Erhalt der Artenvielfalt engagieren, einen hervorragenden Anlass für die Kommunikation zum Thema an die Öffentlichkeit. Die Kreativitätswerkstatt liefert das

Handwerkszeug für eine effektive, zielgruppengerechte Kommunikation zum Thema Biodiversität. Zentraler Gedanke dabei ist, dass nur wer seine Zielgruppen, ihre Einstellungen und Bedürfnisse sowie ihre Kommunikationspräferenzen, kennt, erfolgreich kommunizieren kann. Denn: Eine Botschaft, die sich an alle richtet, verhallt oftmals ungehört!

Im Mittelpunkt der Werkstatt stehen soziale Milieus (Lebensstilgruppen) und ihre Einstellungen zum Thema Biodiversität. Dabei handelt es sich um Zielgruppen, die sich im Marketing und auch in der Nachhaltigkeitskommunikation bereits bewährt haben. Im Rahmen der Werkstatt wird vermittelt, welche Einstellungen die sozialen Milieus zum Thema Biodiversität haben und wie sie zu erreichen sind. Es werden Beispiele für eine zielgruppengerechte Kommunikation diskutiert. Außerdem werden Methoden für die Konzeption von zielgruppengerechten Aktionen und Kampagnen vorgestellt und in Arbeitsgruppen erprobt. Ziel ist die

Entwicklung von konkreten Kommunikationskonzepten zu verschiedenen Aspekten biologischer Vielfalt, die von den TeilnehmerInnen im Rahmen ihrer Arbeit in die Praxis umgesetzt werden können. Die Veranstaltung ist Teil des Projektes 'Kompetenznetz Nachhaltigkeitskommunikation'. Dieses verfolgt das Ziel, ein Netzwerk an MultiplikatorInnen und BeraterInnen für lokale und regionale Gruppen aufzubauen. Nach Abschluss des Projekts sind jährliche Veranstaltungen geplant, in denen sich die AkteurInnen weiterqualifizieren und vernetzen können.

Informationen:

Forum Umwelt & Entwicklung
NGO Coordination CBD
COP9/MOP4 2008
Günter Mitlacher
Am Michaelshof 8-10
53177 Bonn
Tel.: 0228-92399353
Fax: 0228-92399356
mitlacher@forumue.de;
COP9@forumue.de
www.biodiv-network.de



Vorankündigung

Plenum 2007 des Forums Umwelt & Entwicklung
Berlin, 26.-27. September 2007 – Beginn: 26.9. 18 Uhr

Schneller, höher, weiter – Auf der Suche nach der perfekten NGO

Professionell, kampagnenfähig, schlagkräftig, vielfach kooperationsfähig, international vernetzt, innovativ, ausreichend finanziert – das alles und noch viel mehr sollte die »perfekte NGO« sein. Aber nobody is perfect, das wissen wir auch. Wie perfekt kann die durchschnittliche NGO in Deutschland sein?

Die G8-Kampagne hat gezeigt, dass in Deutschland durchaus Massenmobilisierung und professionelle Lobbyarbeit für dieselben Ziele funktionieren können. Was bedeutet das für unsere weitere Arbeit? Welche Rolle spielt die Mobilisierung für Aktionen in nächster Zeit? Was haben wir erreicht und sind wir mit unseren Ergebnissen zufrieden? Was sollten wir anders machen? Das Forums-Plenum ist auch dieses Jahr wieder eine Gelegenheit, konstruktiv und selbstkritisch eine Zwischenbilanz zu ziehen und neue Ideen mit nach Hause zu nehmen.



Eingeladen sind alle, die im
Forum Umwelt & Entwicklung
und seinen Arbeitsgruppen aktiv sind.
Detaillierteres Programm ab Mitte
Juli auf www.forumue.de

Kampagnen

Abstimmung Vergabe Negativpreis

15. Oktober – 24. November 2007

Die Suche nach den schlimmsten Beispielen von Lobbyismus und Greenwash in der Europäischen Union im Jahr 2007 hat begonnen. Für die dritte Ausgabe der Worst EU Lobbying Awards können noch bis zum 15. September 2007 Nominierungen eingereicht werden! Dieses Jahr werden Preise in zwei Kategorien verliehen: Der „Worst EU Lobbying Award“ wird an Lobbyisten, Unternehmen oder Interessenverbände vergeben, die 2007 manipulative, irreführende oder andere problematische Taktiken in ihrer Lobbyarbeit in Brüssel verwendeten. Außerdem wird ein zusätzlicher Preis in der Kategorie „Worst EU Greenwash“ vergeben. Damit werden Unternehmen ausgezeichnet, deren Werbung, PR- und Lobbyrhetorik im Widerspruch zu den wahren Umweltauswirkungen ihres Kerngeschäfts steht. Aus den eingereichten Nominierungen wählen die Organisatoren zwei Listen mit jeweils fünf Top-Kandidaten aus, die dann vom 15. Oktober bis 24. November 2007 online zur Abstimmung stehen. Die Gewinner werden bei einer festlichen Preisverleihung am 4. Dezember 2007 in Brüssel bekannt gegeben.

Corporate Europe Observatory, Friends of the Earth Europe, LobbyControl und Spinwatch veranstalten den Negativpreis gemeinsam, um auf kontroverse Lobby-Methoden in der EU aufmerksam zu machen und vom Gebrauch solcher Methoden abzuschrecken. Im letzten Jahr wurde der „Worst EU Lobbying“ Preis an den Ölgiganten ExxonMobil für seine verdeckte finanzielle Unterstützung von klimaskeptischen Denkfabriken

verliehen. Im Jahr 2005 ging der Preis an die irreführende Tarnorganisation Campaign for Creativity, die für große Softwareunternehmen Lobbyarbeit für Softwarepatente und den Schutz des geistigen Eigentums betrieb.

Informationen:
LobbyControl
– Initiative für
Transparenz und
Demokratie
Friedrichstr. 63
50676 Köln
Tel.: 0221-1696507
u.mueller@
lobbycontrol.de
www.lobbycontrol.de

Climate before profit! Frauen fordern einen wirksamen Klimaschutz

6 Aktionspostkarten

„Und was ist Ihre Klimabotschaft an die Staatsoberhäupter?“ - so wurden Frauen aus aller Welt während des NGO-Alternativkongresses zum G8-Gipfel in Heiligendamm gefragt. Die AG Frauen im Forum Umwelt und Entwicklung und die Leitstelle für Gender, Umwelt, Nachhaltigkeit (genanet) hatten bereits im Vorfeld einen Aufruf in englisch, spanisch, französisch und deutsch gestartet, den G8-Gipfelchefs und der einen -chefin zu zeigen, dass Frauen weltweit den Klimaschutz als hohe Priorität auf der Agenda sehen wollen. Aus Peru, Deutschland, Uganda, den Niederlanden, Frankreich und vielen anderen Ländern waren Botschaften angekommen. Die Texte und Fotos wurden zu einer Ausstellung verarbeitet und Anfang Juni am Rostocker Hafen präsentiert. Direkt nebenan befanden sich die Kulturbühne und das Pressezelt des Alternativgipfels, so dass sich hieraus



günstige Synergieeffekte ergaben. Gleichzeitig entstanden viele neue Fotos, die auf der Internetseite www.climatemessengers.org angeschaut werden können. Mit den sechs Aktionspostkarten soll verdeutlicht werden, dass Frauen weltweit weitreichendere Maßnahmen zum Klimaschutz fordern. Technik und Ökonomie bestimmen die politischen Debatten zum Klimaschutz. Das „wirkliche Leben“, Fragen der Armutsbekämpfung, des Zugangs zu Energie wie auch grundsätzlich die Millennium Development Goals spielen dabei - wenn überhaupt - eine untergeordnete Rolle. Diese Perspektive stärker in den Mittelpunkt der Diskussionen und der Wahrnehmung zu rücken, war ein weiteres Ziel des gemeinsamen Projektes. Und so wurden Postkarten und Forderungen an Staatschefs/innen und UmweltministerInnen in der ganzen Welt verschickt. Mit diesen Postkarten können und sollen auch eigene Klimabotschaften verbreitet werden.

Informationen:
Forum Umwelt & Entwicklung
Am Michaelshof 8-10
53177 Bonn
Tel.: 0228-359704
Fax: 0228-92399356
E-Mail: info@forumue.de
www.forumue.de
www.climatemessengers.org

Internationale Wohnrechts-Kampagne

Start: 1. Oktober 2007

Mehrere internationale Netzwerke haben dazu aufgerufen, im Oktober eine weltweite dezentrale Kampagne für das Recht auf Wohnen und gegen Zwangsräumungen sowie gegen die Immobilienspekulation zu starten. Der Grundstein für den Aufruf wurde bereits beim letzten Weltsozialforum im Januar gelegt. Die Kampagne soll aus Anlass des internationalen Welthabitattages am 1. Oktober 2007 starten. Sie soll bis zum Termin des Weltsozialforums am 26. Januar 2008 fortgeführt werden. Im Zuge der Kampagnenvorbereitungen entwickeln sich in Lateinamerika Bündnisse der Wohnrechts-Bewegungen mit Menschenrechts- und Landlosenorganisationen. Aktionen sind u.a. in Buenos Aires geplant. In Indien werden mehrere Straßenaktionen gegen die Verdrängung der lokalen Ökonomie stattfinden. In Europa hat sich eine kleine Gruppe von Promotoren der Kampagnenidee gebildet. Sie hofft, in einem offenen Prozess die Kommunikation zwischen verschiedenen Akteuren und Aktionsformen zu verbessern. In Paris wird es zum Auftakt der Kampagne Ende September eine Demonstration für das Recht auf Wohnen geben. In London und Zürich arbeiten verschiedene Gruppen an der Planung von Auftaktaktionen. In Deutschland plant u.a. das Mieterforum Ruhr eine Kundgebung mit von Privatisierungen betroffenen Mietern am 1. Oktober in Dortmund.

Informationen:
Knut Unger
knut.unger@habitat-netz.de
www.hic-net.org
www.reclaiming-spaces.org



**Aktionstag
8. Dez. 2007**

**» KLIMA
SCHUTZ
JETZT! «**

die-klima-allianz.de

Die Zeit drängt.

Der Klimawandel bedroht uns weltweit: Krankheiten, Überschwemmungen, Dürreperioden und Wirbelstürme gefährden Millionen von Menschen, vor allem in den Entwicklungsländern. Doch noch immer ist Deutschland weit entfernt von einer konsequenten Klimaschutzpolitik.

Die Zeit ist reif für einen gesellschaftlichen Aufbruch.

Effektiver Klimaschutz duldet keinen längeren Aufschub. Damit aus folgenlosen Ankündigungen wirkungsvolle Klimapolitik wird, ist jetzt der Druck von vielen Bürgerinnen und Bürgern notwendig.

Wenn auch Sie es satt haben,

- » dass die deutschen Energiekonzerne über 25 neue Kohlekraftwerke planen,
- » dass die Regierung vor den Lobbys der Automobil- und Energiekonzerne einknickt,
- » dass die USA die internationalen Klimaverhandlungen blockieren, dann beteiligen Sie sich am globalen Klima-Aktionstag!

Hunderttausende Menschen werden am 8. Dezember weltweit demonstrieren. Dies wird das Startsignal für eine neue Klimaschutzbewegung in Deutschland.

Wann: **Samstag, 8. Dezember 2007**

Wo: **» Berlin, Brandenburger Tor
» Kohlekraftwerk Neurath (bei Düsseldorf)
» und andere Städte**

Infos: **www.die-klima-allianz.de**

Verpassen Sie diesen Tag nicht!

die klima-allianz

